Nr. 251. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 27. Oktober 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Wirren in Oesterreich.

Die parlamentarische Krise in Oesterreich hat eine weitere Verschärfung erfahren. Das anständigste, konzilianteste und bei der Opposition nicht einflußlose Mitglied des Präsidiums des Abgeordnetenhauses, der deutsche Klerikale Dr. Kathrein hat heute sein Amt als erster Präsident niedergelegt. Die Majoritätsparteien hatten ihm Zumuthungen zur Unterdrückung der Obstruktion gemacht, die er nicht erfüllen konnte. Seine Ablehnung dieser Vorschläge und sein kluges Vorgehen der Opposition gegenüber hatte seine Stellung bei den Majoritätsparteien untergraben, so daß er weichen mußte. Sein Nachfolger auf dem Präsidentenstuhle soll ein anderer deutscher Klerikaler, Herr Ebenhoch werden, der bei allen liberalen Deutschen, den Sozialdemokraten und allen anderen Vertheidigern des freien Volksschulwesens als unermüdlicher Verfechter der Klerikalisirung der Schule aufs ärgste verhaßt ist. Man muß sich nun auf Brutalisirung der Opposition und auf Verschärfung der Obstruktion gefaßt machen.

Sicherlich wird jetzt der sozialdemokratische Antrag, den Grafen Badeni wegen Erlaß der Nothverordnung über die Zuckersteuerprämien in Anklagezustand zu versetzen, die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung finden. Uebrigens ist nachträglich noch ein gleicher Antrag von der deutschen Fortschrittspartei gestellt worden. Diese Anträge auf Versetzung des Ministeriums in Anklagezustand sind weit bedeutungsvoller als die bisher schon erledigten, handelt es sich doch dabei, festzustellen, ob in Oesterreich auch ohne Parlament regiert werden kann, ob der Wunsch des Grafen Badeni in Erfüllung gehen wird, den Ausgleich mit Ungarn außerparlamentarisch zu verlängern. So ist man in Oesterreich nun beim entscheidenden Punkte angelangt. Wird die Mamelukenmehrheit des Grafen Badeni so weit in ihrer politischen Verblendung gehen, auch hier die zum Schutze des Parlamentarismus zusammenstehende Minderheit niederzustimmen, dann hat Graf Badeni in Oesterreich wenigstens das Feld für seine weitere verfassungswidrige Politik offen.

Aber neue Schwierigkeiten erwachsen dem österreichischen Ministerpräsidenten durch die Haltung der ungarischen Regierung und der ungarischen Parlamentsmehrheit.

Der Ausgleich mit Ungarn ist eben eine recht komplizirte Gesetzesarbeit. Es ist dazu nothwendig, daß sich die beiden Häuser des österreichischen Reichsrathes und die beiden Kammern des ungarischen Reichstages, sowie die beiden Regierungen und der beiden Ländern gemeinsame Monarch sich zu einhelliger Beschlußfassung zusammenfinden. Die ordnungsgemäße parlamentarische Erledigung dieser hochwichtigen Gesetzesarbeit liegt den Ungarn sehr am Herzen. Wohl wünschen sie vor allem eine möglichst niedrige Belastung ihrer Reichshälfte und deshalb muß damit gerechnet werden, daß Graf Badeni die mit Geld stets käuflichen Magyaren zuletzt noch zur Anerkennung seiner gesetzwidrigen Politik in Oesterreich zwingt. Aber die herrschenden Parteien in Ungarn haben auch sehr gewichtige Gründe, den Präcedenzfall einer antiparlamentarischen, mit der von dem Monarchen anerkannten Verfassung im Widerspruche stehenden Regierung zu verhindern. Die in Oesterreich über die Staatskrippe allein verfügenden sogenannten Liberalen wissen ganz wohl, daß in der Umgebung der Krone unermüdlich gegen ihre Partei gearbeitet wird, seitdem die dem Klerus verhaßten kirchenpolitischen Gesetze in kraft sind, arbeitet „hohe" Geistlichkeit und „hoher" Adel mit allen öffentlichen und geheimen Mitteln gegen die liberale Regierung und Bureaukratie. Daß die Herrschaften dabei auf die Sympathien des strengkatholischen „apostolischen Königs von Ungarn" rechnen dürfen, weiß man in den ungarischen Ministerien nur zu gut. Deshalb sucht man in Ungarn einen Staatsstreich und jede Vergewaltigung des österreichischen Parlamentarismus nach Kräften zu verhindern. Man weiß nur zu gut, daß an ein absolutistisch regiertes Cisleithanien nicht ein liberal, sondern nur ein von Pfaffen und dem klerikalen Adel regiertes Ungarn grenzen kann. Dann ist es aber aus mit der den Liberalen zu gute kommenden Korruption, dann setzen sich andere an die Futterplätze und deshalb hat die liberale Parlamentsmehrheit Ungarns alle Veranlassung, Graf Badeni's dunkle Wege zu kreuzen.

An Deutlichkeit hat es Graf Banffy, der ungarische Ministerpräsident, in der gestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses nicht fehlen lassen. Er sagte:

„... Die aus diesem Verbande sich ergebenden und im 1867er Ausgleich bezeichneten gemeinsamen Angelegenheiten müssen daher, was für eine Aenderung auch immer eintrete, unter den verfassungsmäßigen Verhältnissen der auf grund der Pragmatischen Sanktion mit uns in einem unlöslichen Verbande stehenden Länder den Gegenstand unserer Fürsorge bilden. Und weil wir dieses Bundesverhältniß nicht tangiren wollen, erachten wir es nicht für vortheilhaft, daß sich dort die zerfahrenen Verhältnisse in dieser Richtung noch weiter entwickeln. (Zustimmung rechts.) Es ist im Gegentheil unser Wunsch und unser Streben, daß auch in Oesterreich das verfassungsmäßige Leben fortdauere und sich ungestört weiter entwickele (Zustimmung rechts), und daß wir mit einem unter verfassungsmäßigen Verhältnissen lebenden und wirkenden Oesterreich den Ausgleich auch definitiv, jetzt aber einstweilen provisorisch, zu stande bringen. Wir wünschen es als ausgeschlossen zu betrachten, daß man in Oesterreich anders als verfassungsmäßig regieren müsse; wenn aber die Verhältnisse sich dennoch so gestalten sollten, was Gott verhüten möge, so wird in einem solchen Falle die Regierung es nicht verabsäumen, ihre Pflicht zu erfüllen, die Angelegenheiten vorzubereiten und Ungarns Interessen zu wahren unter Berücksichtigung der im Gesetz übernommenen Verpflichtungen und gesicherten Rechte.

Die Drohung, daß Ungarn im Falle parlamentsloser Zustände allein die gemeinsamen Angelegenheiten ordnen werde, hat in Oesterreich die schwerste Beunruhigung hervorgerufen. Im Abgeordnetenhause interpellirten die Christlich-Sozialen unter Führung Lueger's den Ministerpräsidenten Grafen Badeni wegen der gestrigen Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Banffy, aus welcher geschlossen werden könne, daß die ungarische Regierung eventuell willens sei, einseitig die Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn zu regeln. Bei der weittragenden Bedeutung dieser Erklärung wünschten die Interpellanten zu wissen, welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gedenke, wenn das Ausgleichsprovisorium im verfassungsmäßigen Wege nicht zur Erledigung gelangen sollte.

Die Majoritätsparteien möchten nun mit aller Gewalt das Ausgleichsprovisorium zur parlamentarischen Erledigung bringen, die Minorität weiß aber, daß dann Graf Badeni völlig freie Hand hat und dann alle Mittel der Obstruktion versagen würden. Graf Badeni würde mit dem Ausgleichsgesetze in der Tasche einfach das Abgeordnetenhaus vertagen und nach freier Schlachzizenart ohne jede Kontrolle Oesterreich regieren. Deshalb fordert die Opposition vor der Berathung des Ausgleichsgesetzes die Erledigung des Dipauli'schen Sprachenantrages und die Aufhebung der ungesetzlich erlassenen Sprachenverordnungen. Dies sind unversöhnliche Gegensätze. Es giebt niemand, der vorauszusagen vermag, wie der gordische Knoten gelöst werden kann. Eins ist sicher, daß Graf Badeni kein Alexander der Große ist, der diesen gordischen Knoten zerhauen kann.

Graf Badeni ist ein schlauer Geschäftspolitiker, aber kein großer Staatsmann, er weiß wohl selbst nicht den Ausweg aus der schwierigen Lage, die sein politisches Ungeschick geschaffen hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, 26. Oktober.

Von der „entscheidenden Stelle." Unsere Ausführungen vom vorigen Sonntag haben natürlich denen mißfallen, die ein Interesse haben an der Erhaltung der Zustände, gegen die unser Artikel gerichtet war. Es giebt aber gewisse Dinge, über die man am besten schweigt, wenn man nicht die Macht hat, den Gegner mit brutaler Gewalt zu erdrücken. Das haben die Blätter vom Kaliber der „Norddeutschen Allgem. Zeitung", der „Post" u. s. w. vergessen, die der „Konservativen Korrespondenz" eine angebliche „Widerlegung" unseres Artikels entnehmen. Die Intelligenz des „Widerlegers" erhellt aus der Thatsache, daß sein Hauptargument die Behauptung ist, es gebe kein souveränes Volk. Denn das Volk sei aus verschiedenen Klassen zusammengesetzt, und da von diesen keine über die andere „entscheiden" könne, so sei der Monarch, der über den Klassenunterschieden stehe, die einzig denkbare „entscheidende Stelle".

Wir danken dem Artikelschreiber der „Kons. Korresp.", der diese Stilübung verbrochen hat, für sein umstürzlerisches Zugeständniß, daß im Staat „Klassenunterschiede" obwalten, aus welchen Unterschieden sich ja mit zwingender Logik der Klassenkampf ergiebt. Auf die Frage, was und wo denn das souveräne Volk sei, wollen wir ihm kurz antworten: das deutsche Volk, welches das allgemeine Stimmrecht besitzt, ist ein souveränes Volk und es übt seine Souveränität direkt aus durch die Wahl der Volksvertretung, also des Reichstags, und indirekt durch die von ihm gewählte Volksvertretung, also den Reichstag. Das ist so einfach und klar, daß die Verdunkelungsmanöver der reaktionären Blätter nur Heiterkeit erregen können. Wie jämmerlich muß es um eine Sache bestellt sein, deren Vertreter so thun — wie der Artikelschreiber es thut —, als hätten wir mit der „entscheidenden Stelle" den sozialdemokratischen Parteitag gemeint!

Und was will das Wort von dem Monarchen, der „über den Partei-Unterschieden" steht? Wenn ein solcher Monarch vorhanden, und wenn er möglich wäre, dann hätten wir unseren Artikel nicht zu schreiben brauchen. Was wir dort ausgesprochen haben, das sind nicht sozialdemokratische Parteigedanken — das sind Gedanken, welche in den weitesten Volkskreisen herrschen und in landes-, ja weltkundigen Verhältnissen ihre Wurzel haben. Diese Verhältnisse, die von Tag zu Tag sich mehr zuspitzen, führen uns, wenn das so fortdauert, unvermeidlich zu sehr bedenklichen Zuständen. Abhilfe kann blos geschaffen werden durch die endgiltig „entscheidende Stelle": das souveräne Volk. —

* * *

Deutsches Reich.

— **Dem Bundesrath** sollen dem Vernehmen nach im Laufe dieser Woche bereits einige Spezialetats für 1898/99 zugehen, so daß die Ausschüsse des Bundesraths, die, wie alljährlich um diese Zeit, neu gebildet sind, in die Berathung eintreten können. Die Drucklegung des Reichshaushalts-Etats für 1898/99 soll, wie es heißt, so gefördert werden, daß er dem Bundesrath bis Mitte nächsten Monats vollständig vorliegt. —

— **Große Aufregung** spiegelt sich seit einigen Tagen in den Spalten der patriotischen Presse. Es muß etwas Gewaltiges passirt sein. Da reist Zar Nikolaus in Deutschland herum und befindet sich gerade in Darmstadt. Des badischen Nachbarstaates Großherzog will mit seiner Gemahlin den Zaren besuchen, aber auf die Ankündigung seines Besuches wird erwidert, der Zar habe über seine Zeit verfügt und könne die Herrschaften nicht empfangen. Diese Absage wird alsbald im Karlsruher Regierungsblatt bekannt gegeben, ein Zeichen, daß die Sache sehr verschnupft hat. Großer Sturm in der deutschen Presse. Ein Bundesfürst beleidigt, der beliebte Großherzog, der so schöne staatserhaltende Reden zu reden pflegt, von dem fremden Herrscher brüskirt. Großer Streit über das Warum. Steckt „hohe Politik" dahinter? Ist es blos eine „Familienangelegenheit"? Ist es schließlich nur ein Mißverständniß?

Es gehört schon die ganze unaussprechliche Bedientenhaftigkeit dazu, die sich bei uns Partikularismus nennt, um solche Geringfügigkeiten in den „höheren Regionen" zu Staatsaktionen aufzubauschen. —

— **Ein Pendant zur „Ausmiethung der Sozialdemokratie"** hat, wie wir schon kurz mittheilten, der Magistrat von Schleswig gestellt. Dort hatte das Mitglied der sozialdemokratischen Partei, Otto Wustreck aus Flensburg, um Ertheilung einer Schankkonzession für das Etablissement Bellevue nachgesucht. Derselbe wurde abschlägig beschieden und erhob Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Der Magistrat von Schleswig hat als erste Instanz diese Klage als unbegründet zurückgewiesen. Die Gründe dieser Abweisung, die uns aus Schleswig berichtet werden, sind ganz besonderer Art und verdienen ausführlich bekannt gegeben zu werden. Die Begründung sagt:

„... Der Kläger hat ferner erklärt, der Führer der sozialdemokratischen Partei in Flensburg zu sein. Demgegenüber ist jeder Zweifel darüber ausgeschlossen, daß der Kläger die für den Ankauf des Gewerbes Bellevue und die Anzahlung erforderlichen Summen, da er selbst kein Vermögen besitzt, von seinen Parteigenossen erhalten wird. Der Kläger übernimmt damit die Verpflichtung, nach wie vor im Interesse seiner Parteigenossen thätig zu sein und das von ihm zu erwerbende Etablissement als Mittelpunkt für die Bestrebungen der Sozialdemokratie in der Stadt Schleswig dienen zu lassen. Die hiesigen Sozialdemokraten sind schon seit Jahren vergeblich bemüht gewesen, ein für sie geeignetes Vereinslokal zu gewinnen. Diese Absicht wird und soll dadurch erreicht werden, daß der Kläger das Etablissement kauft.

Dasselbe würde in Zukunft sowohl für die hiesige Sozialdemokratie, als auch für die von auswärts her hier im gleichen Sinne zu betreibende Agitation als Zentralisationspunkt dienen, der Partei einen Stützpunkt gewähren und eine Forderung der Bestrebungen dieser Partei in Aussicht stellen. Bellevue würde hierdurch endlich der Benutzung durch alle übrigen Gesellschaftsklassen völlig entzogen werden. Die Stadtvertretung muß jedoch eine Pflicht darin erblicken, einer Ausdehnung der Anhängerschaft der Sozialdemokratie, deren Endziel im Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ist, eine Forderung der Interessen und Zwecke dieser Partei, gegebenen Falles nach Kräften zu verhindern."

Diese Auslegungskunst der Väter der Stadt Schleswig steht einzig da, und sie wird den Beifall haben des Herrn v. Köller, der als Oberpräsident jetzt über die Provinz Schleswig-Holstein waltet.

Allerdings ist weder in der Gewerbe-Ordnung noch in einem anderen Gesetzbuche des Landes irgend eine Bestimmung vorhanden, welche einer Behörde die Berechtigung gäbe, eine Schankkonzession zu verweigern, weil der Nachsuchende in seinem Lokal die Sozialdemokraten aufzunehmen bereit ist. Wie der Schleswiger Magistrat sein Verfahren mit den bestehenden und auch ihn bindenden Gesetzen vereinigen will, ist daher nicht zu erkennen.

Sicherlich wird auch die höhere Instanz zur Entscheidung veranlaßt werden. Schon bisher hat man viele Mühe aufgewendet, um sozialdemokratischen Personen die Erlangung von Schankberechtigungen zu erschweren. Es fragt sich, ob es gelingen wird, die Nichtertheilung von Schankkonzessionen aus politischen Gründen zur Regel zu erheben. Noch sind wir nicht so weit. Und so leicht wird das nicht gelingen!

Wir werden Gelegenheit nehmen, auf diese wichtige Angelegenheit wieder zurückzukommen. —

— **Wozu die Junker gut sind,** sagt uns die „Kreuz-Zeitung" in ihrer vorgestrigen Nummer. Da lesen wir im Leitartikel („Die innere Politik der Woche"):

„Wer sind denn die Leute gewesen, die unter Führung der Hohenzollern Deutschland, seit den Tagen des Großen Kurfürsten von Stufe zu Stufe fortschreitend, trotz manchen jähen Wechsels des Glücks und mancher Niederlage, politisch und militärisch groß gemacht, wie wir es heute sehen? Sind es nicht meist preußische Junker, denen sich auch einige nichtpreußische, wie z. B. Stein und Moltke zugesellen? Wer für die Bedeutung dieser geschichtlich feststehenden Thatsache keinen Sinn und kein Verständniß hat, mit dem wollen wir um so weniger streiten, je öfter man uns genöthigt hat, auf Dinge zurückzukommen, die von unserem Standpunkte in gewisser Weise an Selbstlob (!) mahnen (?).

„Ein trauriges Zeichen für den mangelnden Nationalsinn vieler Deutschen und die niedrige Denkart weiter Kreise aber müssen wir es nennen, daß ein Stand, dessen Mitglieder sich in alter und neuer Zeit in großer Zahl weltgeschichtliche Verdienste unvergleichlicher Art erworben haben, lediglich zur Zielscheibe der gehässigsten Angriffe dient, und alle Welt kein anderes Ziel zu haben scheint, als sich aus seiner Haut „Riemen zu schneiden". Die von den Liberalen viel bewunderten Engländer thun das nicht. Trotz aller Fehler und Schwächen ihrer Aristokratie halten sie an ihr fest, und wissen ihre großen politischen Leistungen gebührend zu schätzen. Wer aber kann sich bei einiger Kenntniß der menschlichen Dinge darüber täuschen, daß der Ruhm und die Größe Englands nach außen hiermit steht und fällt. Jeder Stand hat seine besondere Aufgabe im Leben.

Der Aristokratie ist von jeher die politische und militärische Führung zugefallen. Selbst eine so demokratisch-nivellirende Zeit, wie die unsere, muß sich das thatsächlich noch gefallen lassen. Die übrigen Stände und Berufsklassen haben eben andere Aufgaben zu erfüllen, die sie vollauf in Anspruch nehmen, und ihrer ganzen Eigenart mehr entsprechen. Geschäftsleute können keine diplomatischen Verhandlungen führen, Gelehrte keine Heere und Flotten. Nur bei uns will man das nicht gelten lassen. Da wird fortwährend auf das emsigste nachgerechnet, wie das Zahlenverhältniß im Heer und in der Verwaltung sei, ob der Adel da nicht unverhältnißmäßig stark vertreten sei u. s. w. Das ist so rechte Philisterart, die keinem anderen etwas gönnt."

Das preußische Junkerthum unter Führung der Hohenzollern! Aber weiß der Nachfolger Hammerstein's denn nicht, daß die Herren Junker einen Hohenzollern, der ihren Unfug nicht duldete, aufhängen wollten? Und daß die Hohenzollern, um überhaupt regieren zu können, die Raubschlösser der Herren Junker erst zusammenschießen mußten?

Und die „weltgeschichtlichen Verdienste" der Herren Junker? Wir gewöhnlichen Menschenkinder kennen überhaupt keinen Junker, der „weltgeschichtliche Verdienste" gehabt hätte. Freilich, wenn man Stein und Moltke zu den Junkern rechnet, dann kann ihnen schließlich auch Humboldt und Goethe annektirt werden.

Dem englischen Adel vergleicht die „Kreuz-Zeitung" das preußische Junkerthum! O heilige Einfalt. Wir Nicht-Junker haben schon in der Quarta gelernt, daß der englische Adel durch und durch bürgerlich ist. Daß es seit Jahrhunderten in England gar keine alten Adelsgeschlechter mehr giebt, weil die „Gemeinen" durch gründliche Ausrottung dafür gesorgt haben, daß England nicht unter den „weltgeschichtlichen Verdiensten" dieser Sippe ebenso zu leiden hat, wie Preußen-Deutschland.

Während bescheiden ist, wie die „Kreuz-Zeitung" das Monopol der Politik (des Regierens) und der militärischen Führung für die Junker in Anspruch nimmt. Das deutsche Volk ist den Herren Junkern gut genug, ihnen alljährlich ein paar hundert Millionen an Liebesgaben 2c. zu zahlen, aber nicht gut genug, sich selbst zu regieren. Nun, dafür danken wir. Die Herren Junker mögen sehen, wie sie durchkommen. Am besten tragen sie ihre „weltgeschichtlichen Verdienste" nach Kamerun, wo sie weniger schaden können, als in Puttkamerun. Freilich, ehe sie auswandern, müßten die Herren etwas lernen. Und das thun sie nicht. Deshalb werden wir sie wohl noch eine Zeit lang behalten, bis dem deutschen Michel einmal der Geduldsfaden reißt.

— Der mehrfach erwähnte Kompetenzkonflikt zwischen dem Oberlandesgerichte Halle und einer Militärbehörde in Metz hat nunmehr seine Lösung gefunden. Die Militärbehörde, die sich bisher weigerte, die vom Oberlandesgerichte zwecks Erzwingung einer Handlung ausgesprochene Verurtheilung des Premierlieutenants v. Puttkamer zu einer Haftstrafe von vier Wochen zu vollstrecken, erkennt jetzt, nach der „Köln. Volksztg.", ihre gesetzliche Verpflichtung dazu an. v. Puttkamer hat dementsprechend den Befehl erhalten, die erkannte Haft in Magdeburg zu verbüßen.

Merkwürdig bleibt doch diese Affäre, wenn sie auch so sehr verspätet und nachdem sie in der Presse das größte Aufsehen erregte, ihre Lösung gefunden hat. Die Absicht des Zivilgerichts, durch die Haft des Herrn v. Puttkamer dessen geschiedene Frau in den Besitz der ihr gerichtlich zugesprochenen vom Gatten verweigerten Kinder zu bringen, dürfte, wie wir fürchten, durch die Verzögerung der Vollstreckung der Haft durch die Militärbehörden vereitelt sein. Ein merkwürdiges Beispiel für die Folgen des doppelten Strafverfahrens in einem Lande, in dem nach einem Ausspruche des Kaisers „Ein Gott, Ein Volk, Ein Recht" gelten soll. —

— Maschinengewehre. In Anknüpfung an die Thatsache, daß bei den letzten Manövern des 7. französischen Armeekorps Schnellfeuergeschütze mit Gewehrkalibern in Verwendung gekommen sind, behandelt die „Köln. Ztg." die Entwickelung und Bedeutung dieser vielgenannten und von manchen Seiten als „Zukunftsgeschütz" bezeichneten furchtbaren Waffe. Geschütze dieser Art sind im Tschitral-Feldzuge der Engländer gebraucht worden und kommen auch im jetzigen Krieg an der nordwestlichen Grenze Indiens zur Verwendung; desgleichen sind auf deutschen Kriegsschiffen, sowie bei der Infanterie und Kavallerie in England selbst derartige Konstruktionen in Gebrauch. Abgesehen von älteren Typs ist die Konstruktion Maxim's die bekannteste und folgenreichste. Der Rückstoß der zuerst entzündeten Patrone wird zum Auswerfen der beschossenen Hülse, Einführen einer neuen Patrone und zum Abfeuern benutzt; ein einfacher Mechanismus erlaubt die Feuergeschwindigkeit je nach den Gefechtsverhältnissen zu bestimmen und nach Bedarf auf 600 Schuß in der Minute zu steigern. Das Feuer wird in ungeschwächter Geschwindigkeit fortgesetzt, so lange noch Patronen da sind. Die Patronen befinden sich in Hülsen auf einem Ladestreifen und ist es nur nöthig, wenn das Feuer fortgesetzt werden soll, einen neuen Ladestreifen an den im Gebrauch befindlichen zu befestigen. Die Schußleistung entspricht der Wirkung eines gleichkalibrigen Infanteriegewehrs, doch fallen alle Fehler, die durch den Schützen beim Abkommen gemacht werden, fort, da das Geschütz sich auf einem festen Dreifuß befindet. Für das 11 mm-Kaliber wiegt der Dreifuß 23,5, das Rohr mit Verschluß und Wassermantelung 25 kg, sodaß nur zwei Mann zum Transport des Geschützes erforderlich sind. Wie sich aus der oben gegebenen Charakteristik des Maximgewehrs ergiebt, verhält sich die alte Mitrailleuse, wie sie die Franzosen 70/1871 benutzten, zu einem modernen Maschinengewehr etwa wie das alte Feuersteinschloßgewehr zum deutschen Magazingewehr. Die neuen kleinkalibrigen Schnellfeuergeschütze, Maschinengewehre, oder wie wir sie sonst nennen wollen, wollen nicht mit dem Geschütz wetteifern, sie wollen in erster Linie nur als schnellfeuernde Infanteriewaffen auf festem Stativ betrachtet sein. Das Fehlen einer Raucherscheinung, die geringe Feuerhöhe von nur einem Meter und eine Streuvorrichtung für eine größere wagerechte Ausbreitung der Schüsse begünstigen die Einführung. Die Furcht vor nutzloser Munitionsvergeudung dürfte nach den mit Mehrladern gemachten Erfahrungen unberechtigt sein. Die Bedeutung für die Taktik der Truppen charakterisirt der militärische Mitarbeiter der „Köln. Ztg." folgendermaßen:

„In der Vertheidigung geben diese Gewehre die Möglichkeit, die Feuerkraft bis auf das denkbar höchste Maß zu steigern, und da auch in der Vertheidigung die Entscheidung nur im Angriff liegt, so gewähren Maschinengewehre die Möglichkeit, an Stärke der Besatzung zu sparen, dafür aber die zur Führung des entscheidenden Angriffs bestimmte Hauptreserve stärker zu bemessen. Vor allem wird aber die Kavallerie bei Einführung von Maschinengewehren eine wesentliche Erhöhung ihrer Gefechtskraft erblicken müssen; die große Feuerkraft dieser Waffen gewährt die Möglichkeit, die Zahl der zum Fußgefecht zu verwendenden Reiter zu vermindern, somit eine größere Zahl Säbel im Sattel verfügbar zu behalten. Ein einigermaßen ernsteres Fußgefecht fordert erhebliche Einbuße an Mannschaften, da nun für jeden außer Gefecht gesetzten Mann noch ein zweiter ausfällt, der das Pferd des Verwundeten oder Erschossenen nachführt, so schwächt jedes Fußgefecht in empfindlichster Weise die Kavallerie und begründet dieser Nachtheil auch hinreichend die Abneigung der Kavallerie, zum Gefecht abzusitzen. Erhöhung der Feuerkraft, Erleichterung der Führung des Feuerkampfes, Möglichkeit mit Feuer gegen anreitende Kavallerie zu wirken, sind die am meisten in die Augen fallenden Vortheile, welche durch Ausstattung der Kavallerie mit Maschinengewehren — etwa zwei für jedes Regiment — sich ergeben. Sehen wir von der Schweiz ab, so sind zur Zeit Maschinengeschütze nur in England eingeführt. Jede Infanteriebrigade und jedes Kavallerie-Regiment verfügt über eine Revolvergeschütz-Abtheilung von zwei Geschützen. Die Berichte lauten durchweg anerkennend und dürfte eine vorurtheilsfreie Beschäftigung mit dieser Frage zweifelsohne am Platze sein."

So bringt fast jeder Tag „neue Fortschritte" in der Technik der Kriegsinstrumente. Es sind fürwahr edle Aufgaben, an denen der Erfindergeist der Menschen seine Kräfte mißt! —

— Die feindlichen Brüder. Die „Kons. Korresp." klagt darüber, daß die Leitung des Bundes der Landwirthe und die Bundespresse nichts thun, um in der West-Priegnitz der Bekämpfung des konservativen Kandidaten durch die Antisemiten Einhalt zu thun. In anbetracht des disziplinlosen Verhaltens der antisemitischen Bundesmitglieder müsse „bei der Erwartung verharrt werden, daß man im Bunde der Landwirthe ebenso wie in der konservativen Partei die Antisemiten überall da, wo sie auftauchen, grundsätzlich und von vornherein als Gegner betrachten müsse. Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe" protestirte zwar gegen diese Forderung und begründet dies durch den Hinweis auf den parteilosen Charakter des Bundes. Mit dieser Sache aber hat die „Parteilosigkeit" nichts zu thun; denn, indem die Bundesleitung dem stimmenzersplitternden Treiben der antisemitischen Bundesmitglieder mit verschränkten Armen zusieht, handelt sie eben nicht parteilos, sondern parteiisch gegen den konservativen Kandidaten." —

— Aus Thielen's Reich. Uns wird geschrieben:

Möglichst wenig Ausgaben und möglichst viel Einnahmen — das ist die Losung. An allem wird gespart — an Menschen, an Wagen, an Komfort. Wie die Leute sitzen, ob sie Platz haben — das ist gleichgiltig. Wenn nur Geld einkommt. Aus allem wird Geld geschlagen. Und die Erfindung der Bahnsteigkarten und der Platzkarten, die vom Publikum verwünscht werden, gilt als geniale Leistung. Die Platzkarten für die D-Züge sind, nachdem der gesunde Menschenverstand und das Rechtsgefühl des Volkes sich dagegen aufgelehnt, mit Hilfe der findigen Justiz glücklich unter den Schutz des Gesetzes gestellt worden. Und das arme Publikum, das den dolus eventualis verschluckt hat, muß „es eben leiden", wie das arme Rößlein roth. Ja, wenn man für seine 2 M. Platzgeld noch wenigstens Platz, Bequemlichkeit und schnelle Fahrt bekäme! Aber der das glaubt, ist in den meisten Fällen betrogen. Schreiber dieses fuhr vor einigen Tagen — mittags 1,40 mit einem D-Zug über Halle nach Gotha. Die 2 M. wurden pünktlich erhoben, allein an Platz und Bequemlichkeit war nicht zu denken! Wir waren wie die Heringe aneinander gequetscht. Mindestens ein Wagen zu wenig. Aber Wagen kosten Geld! Doch die Fahrt war schnell und so erlang man es. Schlimmer erging es uns, als wir mit dem D-Zug, der abends 7 Uhr 4 M. von Gotha abfährt — Verzeihung: abfahren soll! — nach Berlin zurückkehren wollten. Erstens kam der D-Zug 15 Minuten zu spät. Und nun erst diese Enttäuschung auf der Fahrt! Die 2 Mark wurden natürlich prompt abgefordert und abgenommen. Aber Schnellzug! Extraschneller Schnellzug! Kein Gedanke. An jeder Station angehalten. Gut ein Dutzend Mal bis Berlin! Und welche Gemüthlichkeit in der Fortbewegung! Als wir endlich in Berlin ankamen, hatten wir glücklich eine halbe Stunde Verspätung. Zum Trost sagte man uns: Wir seien noch gut gefahren. Und das soll D-Zug sein! Und dafür 2 Mark extra! Im gewöhnlichen Geschäftsleben würde man sagen: das ist nicht reell!

— Aus den „Ferienkolonien berichtet die „Mannheimer Volksstimme": Ein Unteroffizier der 6. Kompagnie des 111. Regiments hatte während des Manövers in einem Quartier in Bühl einen Soldaten durchprügeln lassen. Ein dortiger Bürger brachte die Mißhandlung zur Anzeige, die den Erfolg hatte, daß der Unteroffizier zu 3 Wochen Gefängniß und von den Soldaten, welche den Befehl ausgeführt hatten, zwei je 5 und einer 7 Tage Arrest erhielten. Im Verhältniß zur Bestrafung der Untergebenen, die nur dem Befehle gefolgt waren, ist die Bestrafung des rohen Vorgesetzten eine recht geringfügige. —

— Duell und öffentliche Meinung. Wegen Zweikampfs wurden der Secondelieutenant Robert Merkl vom ersten bayerischen Jägerbataillon in Straubing und der Portepeefähnrich Alfred Mustier vom 4. Feld-Artillerie-Regiment in Augsburg vom Militär-Bezirksgericht Würzburg zu je drei Monaten Festungshaft verurtheilt. Der Zweikampf war am 15. Februar in Fürth ausgefochten worden, wobei der Geforderte, Mustier, leicht am Kopfe verwundet wurde. Von Interesse ist ein Passus in einem Schreiben des Kriegsministeriums an das Generalkommando des II. Armeekorps in Würzburg, der in der Verhandlung zur Verlesung kam. Er lautete: „daß (das Kriegsministerium) in Rücksicht auf die Kammerverhandlungen gegen alle ihm zur Kenntniß kommenden Duelle vorgehen müsse", weshalb das Generalkommando ersucht wurde, „gegen Merkl und Mustier Strafeinschreitung zu veranlassen".

Man sieht, die Kritik in der Oeffentlichkeit und in den Parlamenten ist nicht nutzlos. Also nur fleißig gegen derartige Mißstände weiter ankämpfen! —

— Freisinnige Wahltaktik. Aus Dresden wird uns geschrieben: Den Vertrauensleuten der freisinnigen Volkspartei ist jetzt ein 16 Seiten umfassendes Zirkular, dessen Inhalt ausdrücklich geheim gehalten werden soll, zugestellt worden. Das Schriftstück hat weder Titel noch Unterschrift und geht offenbar von Berlin aus. Es werden darin in 15 Abschnitten gute Lehren gegeben, wie die Freisinnigen bei den kommenden Reichstagswahlen ihre Agitation, Taktik 2c. einrichten wollen oder sollen. Man erfährt da, auf welche Art nach dieser Richtung diese „Volksmänner" verfahren wollen. Hier nur einige Proben davon. So heißt es z. B. in bezug auf das Verhalten des Kandidaten: „Es ist nicht Aufgabe des Kandidaten, seinen Gegenkandidaten persönlich anzugreifen. Dies muß, soweit es nöthig ist, von den Rednern zur Unterstützung des Kandidaten geschehen." Dann heißt es weiter: „... Der Kandidat darf sich während der Wahlbewegung in politischen Dingen schriftlich weder öffentlich noch privatim äußern, ohne vorherige Gutheißung des Wortlauts seitens des Wahlkomitee's". Ein Wahlaufruf soll sofort nach Ausschreibung der Wahl überall erfolgen. Sogenannte Wahlzeitungen soll man herausgeben, in welchen durch kurze Artikel auf die jeweiligen lokalen Verhältnisse bezug zu nehmen ist. Polemiken will man thunlichst vermeiden. Bei der Anfertigung von Stimmzetteln soll, wenn eine Einigung mit anderen in Frage kommenden Parteien nicht möglich ist, folgendermaßen verfahren werden: „Ist es nicht möglich, ganz gleichmäßige Stimmzettel herzustellen, so empfiehlt es sich, die eigenen Stimmzettel in verschiedener Form, verschiedener Farbe und Größe herzustellen, auch empfiehlt es sich dann, die Stimmzettel nicht allzuklein herzustellen, damit man sie event. denen der Gegner entsprechend beschneiden kann." Ein derartiges Auskunftsmittel dürfte sich auch für unsere Parteigenossen empfehlen. — Bei den abzuhaltenden Versammlungen soll von vornherein der Vorsitzende bestimmt sein. Derselbe hat sich vom Wirth das Hausrecht während der Tagung der Versammlung übertragen zu lassen. Von diesem soll dann event. auf grund des § 123 des Strafgesetzes Gebrauch gemacht werden. Außerdem sollen aber noch handfeste Ordner bestellt werden, welche durch besondere Abzeichen kenntlich sein müssen. Sogar die Erfrischung, welche dem Redner während des Vortrages gewährt und bereitgestellt wird, ist vorgeschrieben. Weiter geht's reglementiren doch bald nicht mehr! Die „Säumigen" sollen am Wahltage — nach konservativem Muster! — in der Droschke herangeholt werden. Viel Droschken werden die Freisinnigen, speziell hier in Sachsen, dazu freilich nicht brauchen. Ein geradezu erbärmliches Verhalten wird für die Stichwahlen vorgeschrieben. Es heißt wörtlich: „Im allgemeinen empfiehlt es sich nicht, in der Zeit zwischen der Hauptwahl und der Stichwahl viele Versammlungen abzuhalten, zumal solche Versammlungen leicht zu Streitigkeiten Veranlassung geben können mit solchen Parteien, auf deren Unterstützung man bei der Wahl angewiesen ist." Farbe bekennen im offenen ehrlichen Kampfe war von jeher nicht die starke Seite der freisinnigen Helden. Da hat man sich immer hübsch gedrückt, wenn es irgend ging, wenn es galt, den Sozialdemokraten stand zu halten. Diese Drückebergerei wird auch jetzt wieder empfohlen.

— Für die Landtags-Nachwahl, die in Nürnberg durch das Ableben Grillenberger's nöthig geworden ist, sind bereits die behördlichen Anordnungen getroffen worden. Wie die „Münch. Post" sagt, wird Genosse Segitz als Kandidat aufgestellt werden.

Die Mittheilungen einiger Blätter, so der „Voss. Ztg.", bezüglich der Nachfolge Grillenberger's für die Reichstags-Kandidatur, sind als verfrüht zu bezeichnen.

München, 25. Oktober. (Eig. Ber.) Bayerischer Landtag. In heutigen Sitzung wurde mit der Berathung des Militäretats begonnen. Ohne Debatte wurde zunächst ein Nachtragspostulat auf den Etat 1896/97 für die Herstellung von Unterkunftsräumen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Der Militäretat für 1897/98 bilanzirt mit 71 572 249 M., d. i. um 5 049 053 M. mehr als im Vorjahr. Diese Mehrung hat in der beabsichtigten Verbesserung der Artillerie und in der Erhöhung der Offizersgehälter ihren Grund. Referent Wagner sprach bezüglich der Militär-Strafprozeß-Reform die Erwartung aus, daß der jetzige Zustand nicht verschlechtert, sondern ein den Forderungen der Neuzeit entsprechendes Strafverfahren eingeführt werden möge. Namens der Zentrumspartei brachte Dr. Schädler eine Reihe von Wünschen und Beschwerden vor. Zur Frage der Militär-Strafprozeß-Reform erklärt er u. a.: „Wir halten an unserem Reservatrecht fest und haben die Ueberzeugung, daß wir uns gegen weitere Zumuthungen wehren müssen. Für eine solche Bundesfreundschaft, die man zumuthet, immer nur Opfer zu bringen, danken wir; denn wir wünschen nicht, daß die Hohenzollernflagge, die auf der Burg zu Nürnberg weht, die bayerische Flagge vollständig verdecke, und wir wissen wohl, daß man auch in Freundesumarmung erstickt werden kann. Wir möchten daher gern das Ungewöhnliche erleben, daß bayerische Minister von der Reichstagsbühne herab die bayerischen Sonderrechte vertreten."

Der Kriegsminister v. Asch erwiderte ziemlich gereizt, daß die Verhandlungen über die Militär-Strafprozeß-Ordnung geheim geführt werden; er lasse dahingestellt, ob der Abgeordnete Schädler sich auf dem richtigen Wege mit seiner Andeutung befinde, wo das Hinderniß liege, warum der Gesetzentwurf noch nicht vorgelegt wurde. Dr. Orterer (Z) forderte vom Kriegsminister eine Erklärung, daß die bayerische Regierung nicht gewillt sei, ein Reservatrecht, auch nicht den obersten Gerichtshof, ohne Zustimmung des Landtags preiszugeben. Dann würden nach dieser Richtung alle Bedenken schwinden. —

München, 26. Oktober. (Telegramm.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde die Berathung des Militäretats fortgesetzt, wobei unter anderen Abg. Vollmar (Soz.) eine längere Rede hielt, in welcher er in Uebereinstimmung mit den gestrigen Zentrumsrednern das bayerische Reservatrecht eines obersten Militär-Gerichtshofes vertheidigte. Der Kriegsminister erklärte, daß die Interpretation, welcher man seiner im Finanz-Ausschusse abgegebenen Erklärung gegeben habe, zutreffe insofern, als die bayerische Regierung Aufrechterhalten des obersten Militär-Gerichtshofes für ein auf Vertrag begründetes Reservatrecht ansieht. (Beifall.) Wer mitten in der Frage stehe, gewinne ein Urtheil darüber, wie unzutreffend die Auslassungen der Presse über den Stand der Militär-Strafprozeß-Reform größtentheils seien. —

— Die Nationalliberalen in Württemberg nahmen in einer Vertrauensmänner-Versammlung, die am Montag in Stuttgart stattfand, eine Resolution gegen die von der Regierung vorgeschlagene Verfassungsrevision an. Die Herren müssen nämlich von dieser Verfassungsänderung eine Schwächung ihrer Partei befürchten, und daher ihre Opposition gegen etwas, was von der Regierung ausgeht. Die Versammlung erklärte sich ferner für das neue Ortsvorsteher-Gesetz, das an stelle der lebenslänglichen Amtsdauer der Ortsvorsteher eine zehnjährige Wahlperiode einsetzen will, aber das neue Gesetz soll keine rückwirkende Kraft auf die im Amt befindlichen Ortsvorsteher haben. Den Beschluß der Berathungen bildete eine Besprechung über die bevorstehenden Reichstagswahlen und die dazu einzuleitende organisatorische Thätigkeit. —

— Der „geistige" Kampf gegen die Sozialdemokratie. Das „Mainzer Tagbl." schreibt: „Bei der letzten hessischen Landtagswahl wurden von der sozialdemokratischen Partei in Offenbach u. a. sechs Mitglieder der Schützengesellschaft als Wahlmänner aufgestellt bezw. gewählt. Der Vorstand der Schützengesellschaft hat diese Mitglieder, worunter drei Wirthe, ausgeschlossen und eine Generalversammlung hat die Ausschließung bestätigt. Die Ausgeschlossenen wandten sich beschwerdeführend an das Landgericht, wurden aber abgewiesen. Das Oberlandesgericht, dessen Entscheidung angerufen wurde, schloß sich der Ansicht des Landgerichts an und erkannte am 18. d. M. gleichfalls auf Abweisung der Klage. — Diese Helden zetern über sozialdemokratischen Terrorismus und den sozialistischen Zwangsstaat. —

— Koloniales. Eine Expedition der ostafrikanischen Schutztruppe in das Hinterland von Lindi und Mikindani wurde im Juli d. J. von der 8. Kompagnie der Schutztruppe unter dem Befehl des Premierlieutenants Engelhardt unternommen. Es handelte sich um den Schutz des Hinterlandes gegen die Einfälle der Wangoni.

Am 12. und 13. Juli waren mehrere Wangoni-Häuptlinge im Lager der Kompagnie bei Songea zum Schauri versammelt worden. Als sich im Verlauf der Verhandlung erkennen ließ, daß auf gütlichem Wege die Herausgabe der in den letzten Jahren geraubten Menschen und Güter nicht zu erreichen sei, wurde zur Verhaftung der Häuptlinge und ihrer bedeutendsten Akidas geschritten. Einige versuchten die Flucht zu ergreifen und dabei wurden fünf getödtet. Mehrere der Verhafteten wurden später gegen Erlegung eines Strafgeldes freigelassen. 150 Kriegssklaven wurden ausgeliefert; sie sollen in ihren Heimathsgebieten wieder angesiedelt werden. Die Häuptlinge Chikuse, Fuse und Mgendera werden in Haft gehalten, bis die gegen sie vorliegenden Klagen auf Herausgabe von Kriegssklaven erledigt und die ihnen auferlegten Strafen gezahlt sind. Insbesondere soll Mgendera nicht eher freigelassen werden, bis die Erben des beim Ueberfall am Ligolonga getödteten Lupinda aus Lindi voll entschädigt sind, damit die Händler an der Küste keine Verluste haben und kennen lernen, daß ihre Handelsunternehmungen im Innern unter dem Schutze des Gouvernements stehen. —

Oesterreich.

Wien, 25. Oktober. Das Bureau des Abgeordnetenhauses ist heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Kathrein zusammengetreten, um im Sinne der Geschäftsordnung eine Hausordnung festzustellen; die Berathung gelangte nicht zum Abschluß; sie wird demnächst zu Ende geführt werden.

Der schönste Entwurf zu einem Maulkorb-Gesetz nützt freilich nichts, so lange es Mittel der Obstruktion giebt, seine Berathung zu verhindern. —

Wien, 25. Oktober. Heute begann der erste österreichische Raiffeisentag. Der Ackerbauminister versicherte, er strebe an, der in Deutschland anerkannten Verbindung von Selbst- und Staatshilfe auch in Oesterreich nach Möglichkeit Geltung zu verschaffen. Die Versammlung nahm eine Resolution an, durch welche der Landesausschuß beauftragt wird, für Schaffung eines eigenen Ressorts für landwirthschaftliches Genossenschaftswesen im Ackerbauministerium und für Ernennung von Praktikern aus den Raiffeisen-Organisationen zu Berathen vorzusorgen. —

Frankreich.

Paris, 24. Oktober. (Eig. Ber.) Die Interpellation über die Brotvertheuerung ist, wie zu erwarten war, resultatlos verlaufen. Die schutzzöllnerische Kammermehrheit, die weit über die Grenzen der Regierungsmehrheit hinausreicht, während letztere andererseits eine Gruppe kapitalistischer Freihändler enthält, hat den Brotvertheuerern ein Vertrauensvotum ertheilt mit 398 gegen 76 Stimmen. Um der Masse Sand in die Augen zu streuen, wurde der Vertrauensformel noch der Wunsch angehängt, die „unerlaubten Spekulationen" verfolgt zu sehen.

Aber auch der Agitationswerth der Debatte für die Sozialisten ist gleich Null, und zwar deshalb, weil die beiden sozialistischen Redner, Gérault-Richard und Clovis Hugues, weit weniger gegen die Getreidezölle als gegen die Getreidespekulanten Sturm liefen. Gérault-Richard erklärte sogar von vornherein, die Sozialisten hätten keine Veranlassung, in dem häuslichen Streit zwischen schutzzöllnerischen und freihändlerischen Ausbeutern Stellung zu nehmen. Diese unter dem Gesichtspunkt der endgiltigen Ziele des Sozialismus gerechtfertigte Erklärung mußte in Anwendung auf den gegebenen konkreten Fall, wo es sich um das unmittelbare Interesse der konsumirenden Masse handelt, die ganze Argumentation des Redners lähmen. Einerseits suchte Gérault-Richard nachzuweisen — unter anderem an der Hand von Zuschriften aus bäuerlichen Kreisen —, daß die Getreidezölle und die Brottheuerung einzig die Großgrundbesitzer bereichert hätten; andererseits aber forderte er in der von ihm gemeinsam mit Jaurès eingebrachten Resolution — nicht etwa die Aufhebung oder auch nur Herabsetzung der Zölle, sondern die Einführung des staatlichen Getreideeinfuhr-Monopols. Dieses Monopol soll nach den Antragstellern „die Getreidespekulation brechen und die Konsumenten gegen fiktive Preissteigerungen schützen, ebenso wie die bäuerlichen Produzenten gegen übermäßig niedrige Preise".

Die sozialistische Kammerfraktion zeigte sich übrigens getheilter Meinung über die Frage. Jules Guesde und Genossen beantragten ihrerseits, die Ueberschüsse aus den Getreidezoll-Einnahmen (selbst nach Meline werden diese im laufenden Jahre infolge der gesteigerten Getreide-Einfuhr 80 Millionen Franks betragen, nach anderen Schätzungen mindestens 120 Millionen) für die Gründung eines Arbeitslosen-Fonds zu verwenden, welcher von den Gewerberäthen zu vertheilen wäre. Den konsequentesten Antrag stellten die blanquistischen Abgg. Vaillant und Genossen: sie verlangten schlechthin von der Regierung die Einbringung eines dringlichen Entwurfes betreffend vollständige Abschaffung der Getreidezölle.

Was Meline's Antwort betrifft, so war sie nur eine Wiederholung seiner Erklärungen zur Zeit der sozialistischen Agitation gegen die Brottheuerung. Die Getreidepreise wären gerade hoch genug, um der „Landwirthschaft" einen einigermaßen erträglichen Gewinn zu verschaffen, — trotzdem derselbe Meline 1894, zur Zeit der Erhöhung der Getreidezölle auf 7 Fr., einen Preis von 25 Fr. pro 100 Kilo Getreide als „lohnend" bezeichnet hatte, während der gegenwärtige Preis noch immer um 29 Fr. (auf der Pariser Getreidebörse) schwankt. Der skrupellose Minister half sich über diesen Widerspruch damit, daß er anstatt der Pariser Preise die letzten Notirungen der Börse von Rouen anführte, welch' letztere aber noch immer auf 26 Fr. 95 Centimes stehen. Ferner fügte der Brotvertheuerer den Hohn hinzu, daß die ärmere Bevölkerung nicht so stark an billigem Brote interessirt wäre, weil sie mehr als früher sich mit — Fleisch, Butter und Eiern ernähre .... Die stärksten Ansprüche an die Naivetät seiner Zuhörer machte Meline, indem er für die Brottheuerung — unglaublich, aber wahr — die sozialistische Agitation gegen die Brottheuerung verantwortlich machte! Indeß, das ist eine jener zahlreichen Redeblüthen Meline's, bei denen man sich fragen muß, ob man es noch mit einem zurechnungsfähigen Menschen zu thun hat. —

Paris, 26. Oktober. Die Zollkommission berieth einen Antrag, nach welchem der Zoll auf Butter und Margarine abgeändert werden soll, und setzte den Margarinezoll auf 35 Fr. im allgemeinen Tarif und auf 25 Fr. im Minimaltarif fest, den Zoll auf Butter auf 30 Fr. in dem allgemeinen Tarif und auf 20 Fr. im Minimaltarif.

Paris, 26. Oktober. Die „Agence Havas" meldet, es bestätige sich, daß nach den letzten Nachrichten von der westafrikanischen Küste ernste Schwierigkeiten in Borgu und der Gegend von Niki als bevorstehend anzusehen seien, die auf die Handlungen der Niger-Company zurückgeführt werden müßten. Angesichts dieser Lage habe die Senegal-Kolonie vorsichtshalber Verstärkungen nach Dahomey gesandt. —

Spanien.

Madrid, 26. Oktober. Die Antwort Spaniens auf die am 23. v. M. übermittelte Note des Gesandten Woodford wurde demselben gestern überreicht. Sie drückt das Bedauern der spanischen Regierung darüber aus, daß die kubanischen Aufständischen bei den häufigen Freibeuterzügen von seiten der Amerikaner Unterstützung erhielten, und vertritt die Meinung, daß ohne diese Hilfe der Aufstand auf Kuba vielleicht schon beendigt wäre. Sodann äußert die spanische Antwortnote die Hoffnung, daß der kubanische Aufstand unter dem Einfluß der für die Insel einzuführenden Autonomie und infolge des Aufhörens der Unterstützung von amerikanischer Seite demnächst erlöschen werde. Die spanische Regierung will Kuba eine lokale Verwaltung mit allgemeinem Stimmrecht für die Provinz- und Legislaturwahlen einräumen. Das kubanische Parlament wird aus zwei Kammern bestehen. Die zu dem Parlament verantwortliche Regierung werden fünf Minister bilden, und an der Spitze des Ministerraths wird der Generalgouverneur stehen. Die spanische Regierung wird die Kontrolle über die Armee, die Marine, Polizei und auswärtigen Angelegenheiten führen. Der Grundton der Note soll sehr energisch sein. Der amerikanische Gesandte beschränkte sich vorläufig darauf, den Empfang der Note anzuzeigen.

Nach einer Depesche des „Imparcial" aus Washington wird in einer halbamtlichen Note erklärt, wenn Spanien die Intervention der Vereinigten Staaten in der kubanischen Frage nicht annehme, würde der Präsident Mac Kinley genöthigt sein, energische Maßregeln zu ergreifen.

Vor Jahresfrist hätten diese Konzessionen noch ihre Wirkung gethan, jetzt dürfte es damit zu spät sein.

Nach einer in Madrid veröffentlichten Drahtmeldung aus Havana wurde eine im Weichbilde Havana's aufgetauchte Schaar Aufständischer von den spanischen Truppen zurückgeschlagen, wobei der Führer der Aufständischen fiel. Die Leiche desselben wurde nach Havana geschafft. —

— Beendigung eines Berichterstatter-Streiks. Der Systemwechsel auf Kuba, der durch die Abberufung des Generals Weyler und durch die Ernennung des Generals Ramón Blanco zum Höchstkommandirenden gekennzeichnet wurde, hat auch für die spanische liberale Presse eine gewisse Bedeutung gehabt. Nachdem Weyler durch seine Depeschenzensur jede unparteiische Berichterstattung vom Kriegsschauplatze unmöglich gemacht hatte, beschlossen die großen Madrider Blätter, wie „Imparcial", „Heraldo" u. a., ihre Sonderberichterstatter von der Insel abzuberufen, so daß man sich in Spanien über den Gang der Ereignisse nur noch aus den rosafarbenen offiziösen Meldungen unterrichten konnte. Von Blanco erhofft man eine wesentlich mildere Handhabung der Depeschenzensur und vor allem etwas weniger Schönfärberei. Deshalb haben die liberalen Blätter den Berichterstatter-Streik für beendigt erklärt und wieder ein ganzes Heer von Korrespondenten nach Kuba geschickt. —

Rußland.

— Arbeiterschutz-Gesetzgebung in Rußland. Die soeben erlassene Regierungsverordnung betreffend die Festsetzung der Arbeitszeit in den Fabriken trägt nur einen vorläufigen Charakter. Durch die Bestimmungen sollen zunächst erst Erfahrungen über die Zulässigkeit einer Beschränkung der Arbeitszeit in den einzelnen Industriezweigen gesammelt werden. Deshalb schwanken die Stundenziffern für die verschiedenen Gewerbe sehr bedeutend, wobei noch besonders zwischen den jugendlichen und erwachsenen, sowie zwischen den männlichen und weiblichen Arbeitern wesentliche Unterschiede gemacht werden. Im allgemeinen hält sich die Verordnung an folgende Grundsätze: In den Berg- und Hüttenwerken soll die Frauenarbeit nur ausnahmsweise gestattet werden und nicht mehr als 10 Stunden betragen; jugendliche Arbeiter sollen in denselben Betrieben ebenfalls nur 10 Stunden, und die erwachsenen männlichen Arbeiter nur 12 bis 13 Stunden beschäftigt werden. In mechanischen Webereien wird die weibliche Arbeitszeit auf 12, die männliche auf 13 Stunden beschränkt, während in Maschinenfabriken die Arbeitszeit je eine Stunde weniger betragen soll; in landwirthschaftlichen Fabriken (Brennereien und Zuckerfabriken) wird dagegen während der Hauptbetriebszeit für männliche und weibliche Arbeiter eine tägliche Arbeitszeit bis zu 14 Stunden gestattet. —

Serbien.

— Das neue liberale Ministerium giebt das denkbar traurigste Bild; „Verderbtheit und Gewissenlosigkeit auf der einen, Einfalt und Unfähigkeit auf der anderen Seite", so wird es von dem Belgrader Korrespondenten der „Kölnischen Ztg." charakterisirt. Der Ministerpräsident Dr. Wladan Georgewitsch gilt als der „unverfrorenste Mensch im ganzen Serbenthum". Er war früher Milan's Leibarzt und wurde allmälig so eine Art Mann für alles. Er sorgte für Unterhaltungen, angenehme Gesellschaften, fesselnde Bekanntschaften. Natalie stand ihm dabei im Wege. Deshalb wurde er ihr geschworener Feind. Dadurch war aber auch seine Stellung bei Hofe unhaltbar. Nun begann ihn Milan in der Politik zu verwenden. Er sandte ihn in die Skuptschina und in den Gemeinderath. Ueberall war er sein Vertreter, sein Sprachrohr. Gleich Milan haßte er leidenschaftlich Frau Natalie und die Radikalen. Als es die Scheidung durchzuführen galt, wurde er Kultusminister. Mit dem alten, halbverrückten Metropoliten „Mrascha" — der jetzige lebte in freiwilliger Verbannung in Rußland — warf er mit einem Ruck Canones und Gesetze über den Haufen. Die „allerergebenste Tochter der orthodoxen Kirche" war gegen ihren Willen im Handumdrehen geschieden. Als Milan die Flucht ergriff, empfahl er ihn Ristitsch. Der Alte machte einen schüchternen Versuch, ihn in den radikalen Staatsrath hineinzubringen. Offenbar brauchte er ihn dort. Da erhoben sich aber die Radikalen wie ein Mann: „Wir wollen ihn nicht, wir brauchen ihn nicht!" hallte es von allen Seiten, und Denunzirungen fielen, die man nicht wiedergeben kann. Später wurde er auf Milan's Drängen von einer nichtradikalen Regierung zum Gesandten in Konstantinopel ernannt. Dort hinterläßt er nicht den besten Eindruck. Jetzt ist er Ministerpräsident, es gilt, den Radikalen alte Schulden heimzuzahlen. Wieder einmal haben sich Milan und er verbündet. Die übrigen Kabinetsmitglieder reihen sich würdig an. Das kann gut werden. —

Türkei.

— Zur armenischen Frage wird aus Konstantinopel geschrieben: Nachdem die Beschwerden des armenischen Patriarchen über die ungerechte Zusammensetzung der Untersuchungskommissionen betreffend die den armenischen Gemeinden Kleinasiens zugefügten Schädigungen auch von mehreren Botschaftern Unterstützung gefunden hatten, sah sich die Pforte veranlaßt, dem Patriarchat ein nach ihrer Ansicht wesentliches Zugeständniß zu machen. Dasselbe besteht darin, daß noch eine zweite Untersuchungs-Kommission eingesetzt wurde, welche ausschließlich die Lage der armenischen Wittwen und Waisen zu prüfen hat. Dieser Ausschuß soll aus drei Türken und drei Armeniern bestehen, denen als siebentes Mitglied und zugleich als Vorsitzender der Oberstkommandirende der kurdischen Hamidieh-Regimenter Derby Pascha beitreten wird. Auf armenischer Seite ist man jedoch durch dieses Zugeständniß sehr wenig befriedigt; denn einerseits ist es ganz undenkbar, daß diese zweite Kommission neben bezw. nach der ersten Kommission noch etwas ausrichten würde, und andererseits kann die Wahl des genannten Vorsitzenden, der durch seine Theilnahmslosigkeit während der Armenierverfolgungen die Blutthaten offenkundig begünstigt hatte, doch wahrlich wenig zur Beruhigung der Armenier beitragen. —

— Als Gouverneur für Kreta ist, wie schon mitgetheilt, der luxemburgische Oberst Schäfer von den Mächten ausersehen. Dieser ist 1856 in Luxemburg geboren und ging vor zwanzig Jahren nach dem Orient. Er gehörte u. a. zur Gesandtschaft Baker Pascha's, die den Bericht über Reformen in Armenien und den anderen Provinzen Kleinasiens erstattete, war dann Leiter der Antisklaverei-Bewegung im Dienste Egyptens und Mitglied des Generalstabs während des Feldzuges Lord Wolseley's zur Entsetzung Gordon's. Er hat eine Armenierin aus angesehener Familie Namens Dadian geheirathet. Oberst Schäfer ist luxemburgischer Staatsangehöriger geblieben; er ist seit der Unterdrückung des Sklavenhandels in Egypten pensionirt und wohnt in Luxemburg.

Wenig stimmt freilich zu dieser Ernennung des Gouverneurs durch die Mächte das Verhalten der Pforte in dieser Frage. Wie die „Neue Freie Presse" aus Konstantinopel meldet, hat die Pforte folgende Vorschläge zur Lösung der kretensischen Frage gemacht: Vollständige Autonomie der Insel unter Souveränetät des Sultans; Ernennung des Generalgouverneurs, der türkischer Unterthan, wenn auch christlicher Religion, sein soll, durch den Sultan; Garantie des Lebens und Eigenthums der muselmanischen Bewohner von Kreta; Aufrechterhaltung von türkischen Garnisonen und Belassung türkischer Kriegsschiffe an den Punkten der Insel, wo dies nothwendig ist; Ausübung aller Akte der Verwaltung und Justiz im Namen des Sultans, Zahlung eines festen jährlichen Tributs an die Türkei; Beibehaltung der türkischen Flagge für alle kretischen Handelsschiffe.

Ueberhaupt ist das Auftreten der Pforte etwas herausfordernd. So wird aus Konstantinopel telegraphirt: Ein Rundschreiben der Pforte an die Vertreter der Mächte protestirt gegen die für morgen festgesetzte Aburtheilung der wegen der Vorfälle in Zikalaria angeklagten Muselmanen durch eine Gerichtskommission auf Kreta und wünscht, daß die Angeklagten vor das Gericht von Rhodus verwiesen werden mögen. Ein zweites Rundschreiben der Pforte bespricht die durch die internationalen Autoritäten auf Kreta erfolgte Beschlagnahme von 10 000 Gras-Gewehren, welche vom Piräus nach Kreta eingeschifft werden sollten, und stellt das Verlangen, daß dieselben der kaiserlich ottomanischen Regierung ausgefolgt werden. —

Griechenland.

Athen, 25. Oktober. Die Frage über die Heimkehr der flüchtigen Thessalier ist nunmehr zwischen Edhem-Pascha und den griechischen Delegirten dahin geregelt worden, daß zuerst die Bewohner der von den türkischen Truppen besetzten Dörfer, darauf die flüchtigen Bewohner der Städte zurückkehren sollen.

Infolge der großen in Kreta herrschenden Erregung hat die Regierung strenge Befehle zur Verhinderung jeglicher Waffensendung oder Abreise von Freiwilligen erlassen. —

Afrika.

— Die Anlage des britischen Telegraphen durch die Längenausdehnung Afrika's nimmt kräftigen Fortgang. Im April v. J. bei Blantyre begonnen, war sie am 20. Juli d. J. schon am Südende des Nyassasees angekommen, den sie an einem Punkte 85 Meilen nördlich des Forts Johnston erreichte. 200 Tons Leitungsmaterial, für eine Strecke von 150 Meilen ausreichend, trafen Ende Juli in Tschinde ein, Material für weitere 450 Meilen war unterwegs. Dies wird genügen bis zum Südende des Tanganyika, wo man spätestens im April n. J. anzukommen hofft. Von dort soll die Linie längs des westlichen Seeufers und quer durch Uganda fortgesetzt werden. Ihre fernere Tracirung hängt von dem Gange der britischen Unternehmungen in den Ländern am Oberlaufe des Nil und der Möglichkeit ab, Fühlung zwischen den britischen Machtsphären daselbst und in Uganda herzustellen. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

An die Tapezirer Berlins! Kollegen! Nach der erfolgten Reorganisation in unserem Gewerbe tritt die Nothwendigkeit gebieterischer denn je an uns heran, mit der Gleichgiltigkeit zu brechen, die der Organisation gegenüber in unserer Branche gang und gäbe ist. Die gewerkschaftlichen Kämpfe der letzten Zeit müssen selbst dem Indifferentesten unter Euch die Nothwendigkeit der Vereinigung klar gemacht haben. Wollt Ihr abwarten, bis das Unternehmerthum, der Schwäche der Kollegen sicher, den Fuß immer fester auf Euren Nacken setzen wird? Oder wollt Ihr dem zuvorkommen und Euch um das Banner der neugeschaffenen Organisation schaaren, die uns helfen kann, in unserem Gewerbe bessere Zustände herzustellen? Die in der letzten Versammlung gewählte Agitationskommission hat beschlossen, mit aller Kraft in die Agitation einzutreten sie fordert die Kollegen auf, in allen Werkstätten Vertrauensmänner zu wählen. Die Adressen derselben sind unverzüglich dem Obmann der Kommission, O. Wels, Greifswalderstr. 29, mitzutheilen. Die Agitationskommission der Tapezirer Berlins. J. A.: O. Wels.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma Simon u. Co., mechanische Schuhfabrik, Neue Königstr. 89, haben sämmtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten. Die Agitationskommission.

Die Bäckermeister führen mit allen Mitteln den Kampf gegen den Maximal-Arbeitstag. Vor kurzem hat die „Germania"-Innung beschlossen, alle Gesellen, die „böswillig" ihre Arbeitgeber wegen der Uebertretung des Maximal-Arbeitstages denunziren, von dem Arbeitsnachweis der Innung zurückzuweisen und die Namen derselben öffentlich bekannt zu geben. Diese Kampfesweise zeigt so recht, wie schwer es den Arbeitern gemacht wird, selbst so mäßige Vorschriften, wie sie für den Bäckereibetrieb vom Bundesrath vorgesehen sind, eine wirksame Durchführung zu sichern. Die Rache der Unternehmer wendet sich gegen diejenigen, in deren Interesse die Innehaltung der Vorschriften liegt und die nicht selten gegen solche veraltete, üble Gewohnheiten und Mißstände des Berufs keine andere Hilfe haben als die, die Behörde um Schutz anzugehen. Beanspruchen aber die Arbeiter, daß die Unternehmer ebenso peinlich die Gesetze achten, wie es von ihnen verlangt wird, dann werden sie von den Unternehmer-Organisationen auf die schwarze Liste gesetzt und büßen ihr Verlangen mit Arbeitslosigkeit. Auch ein Zeichen unserer Zeit.

Die Korbmacher haben nach ihrem Beschluß in der Versammlung, die am Montag Abend stattfand, in fünf Werkstätten die Arbeit niedergelegt und beträgt die Zahl der Ausständigen ca. 120. In betracht kommt nur die Geschoßkorbbranche, für welche ein Tarif aufgestellt ist, der einen Tagelohn von 4,50 Mark verlangt, der bereits von einigen Firmen innegehalten wird. Die Arbeiter hatten für heute früh eine Besprechung geplant, die aber von der Polizei eine unliebsame Unterbrechung erfuhr, weil die Zusammenkunft nicht angemeldet war. Der Zuzug ist fernzuhalten.

Achtung, Steinarbeiter! Der Werkplatz Müller in der Gothenstraße in Hamburg ist gesperrt. Die Firma hatte drei Familienväter, welche für entsprechende Bezahlung ihrer Arbeit eintraten, auf das Straßenpflaster gesetzt. Die nach dort zureisenden Kollegen mögen den Platz streng meiden. — Die Aktionäre der Oberkirchner Sandsteinbrüche fürchten, daß die Dividende nicht so hoch ausfällt, wenn die Organisation der Steinarbeiter in den Brüchen überhand nimmt. Die Direktion der Gesellschaft läßt in den Betrieben durch Anschlag folgendes bekannt machen:

„Diejenigen Leute, welche bei uns ferner hier arbeiten wollen, müssen sich in der aufgestellten Liste bis zum 1. November unterschreiben, daß sie dem deutschen Steinarbeiter-Verein nicht mehr angehören wollen. Wer dieses nicht bis zum 1. November unterschrieben hat, wird mit 14 Tagen gekündigt.

Oberkirchner Sandsteinbrüche.

Was glaubt nun die Gesellschaft mit diesem Gewaltakt fertig zu bringen? Wo bleibt für die Arbeiter der § 152 der Gewerbe-Ordnung, die Koalitionsfreiheit? Nur so weiter, ihr Herren, und eure Rücksichtslosigkeit wird sich bitter rächen.

Also Achtung, Steinarbeiter! Jeder fühle sich moralisch verpflichtet, den Zuzug von diesem „Eldorado" streng fernzuhalten.

Die Geschäftsleitung
der Steinarbeiter Deutschlands.
J. A.: P. Mitschke.

Deutsches Reich.

Die Handschuhmacher in Zeitz haben den Erfolg zu verzeichnen, daß sämmtliche Fabrikanten, die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen, abgesehen von einigen nebensächlichen Punkten, bewilligt haben. Damit ist der Ausstand verhindert und die Arbeiter dürfen der guten Organisation in ihrem Beruf den ruhigen Ausgang der Lohnbewegung beimessen.

In einer allgemeinen Gewerkschaftsversammlung in Hannover hielt Otto Näther-Berlin ein Referat über den Achtstundenkampf der englischen Maschinenbauer übernommen. Redner behandelte im Laufe des Vortrages auch die Ausweisung des Genossen Königs aus Kiel und gebrauchte die Wendung: „Die Polizei hätte kaum bessere Reklame für die englischen Maschinenbauer trommeln können, als durch die Ausweisung des Genossen Königs aus London. Die preußische Polizei will sonst so schlau sein ..." Weiter kam Redner nicht, denn der überwachende Beamte machte den Vorsitzenden darauf aufmerksam, daß er die Versammlung auflöse, wenn der Referent weiter rede. Auf Beschluß der außerordentlich stark besuchten Versammlung mußte der Referent Näther weiter reden, worauf die Versammlung aufgelöst wurde, ohne daß uns ein ersichtlicher Grund für diese Maßnahme vorlag.

Dem abgeschobenen Engländer, der in Kiel über den Ausstand der englischen Maschinenarbeiter sprechen wollte, ist es, wie die „Schleswig-Holstein'sche Volkszeitung" mittheilt, gelungen, den ihn begleitenden Geheimpolizisten an der Nase herumzuführen und in Hamburg spurlos zu verschwinden. Die Hamburger Polizei, welche von Kiel aus avisirt worden war, unseren Genossen in Empfang zu nehmen, war begreiflicherweise sehr enttäuscht. Auch der Freund des Engländers ist in Sicherheit und spricht hiermit allen betheiligten Kollegen und Genossen seinen wärmsten Dank aus für die Bemühungen, die sie sich seinetwegen gemacht haben. Uebrigens war unsere Annahme, daß der Genosse Königs noch reichsangehörig sei, irrthümlich, dies traf nur für den Begleiter des Genossen Königs zu.

Ein Streikprozeß, in welchem es sich hauptsächlich um angebliche Zuwiderhandlungen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung handelte, kam am 22. Oktober vor dem Liegnitzer Landgericht zum Austrag. Bei Gelegenheit des Wirkerstreiks in Liegnitz sollen die Angeklagten, 12 an der Zahl, mit den Streikbrechern scharf ins Gericht gegangen sein und ihren Abscheu vor diesen Leuten auf alle mögliche Art und Weise manifestirt haben. Die Angeklagten bestritten ihre Schuld und der Vertheidiger, Rechtsanwalt Freudenthal-Berlin, beantragte Freisprechung. Der Gerichtshof verurtheilte jedoch sechs von den Angeklagten je nach dem Grade ihrer Betheiligung an den „Ausschreitungen" zu 30 M. Geldstrafe bis 5 Monaten Gefängniß. Bei den übrigen Angeklagten trat Freisprechung ein.

Zum Streik der Korbmacher in Hamburg und Geesthacht. Während des jetzt acht Tage dauernden Streiks sind in Hamburg von den 350 Streikenden 72 theils abgereist, theils in andere Beschäftigung getreten, so daß noch 278 zu unterstützen sind. Von den 125 in Geesthacht Ausständigen sind noch 90 zu unterstützen; die übrigen haben andere Arbeit angenommen. Sonst hat sich an dem Stande des Streiks nichts geändert. Zuzug ist streng fernzuhalten. Anfragen sind zu richten an E. Francke, Streikkommission der Korbmacher, Hamburg, Lessinghalle, Gänsemarkt.

Ausland.

Aus Luzern wird dem Berner „Bund" gemeldet: Die schiedsrichterlichen Verhandlungen im Maurerausstande blieben ohne Ergebniß. Die Baumeister erklärten, mit den Ausständigen nicht weiter unterhandeln, dagegen im Frühjahre den neueintretenden Arbeitern gegenüber den gestellten Forderungen thunlichst entsprechen zu wollen.

Im Kampfe der englischen Maschinenbauer hat sich in den letzten Tagen wenig Neues ereignet. Ueber die vom Handelsamt gemachten Vorschläge hat sich auch jetzt noch keine der beiden Parteien geäußert. Die Unternehmer werden in den nächsten Tagen in Manchester zusammentreten, um Beschluß zu fassen. Was die Maschinenbauer anlangt, so ist nach John Burns Aeußerungen, die wir schon gestern erwähnten, und nach der Stimmung der Arbeiter überhaupt, wohl bestimmt anzunehmen, daß diese zu Unterhandlungen sich bereit erklären werden.

Aus Bolton wird der „Daily Chronicle" gemeldet, daß die dortigen Maschinenbauer beschlossen haben, die Streikunterstützung, die bisher pro Mann und Woche 15 Schilling betrug, auf 12 Schilling herabzusetzen, um die Fonds weniger schnell zu erschöpfen.

Der „Avanti", das Zentralorgan der Sozialdemokratie Italiens hat nun ebenfalls einen Aufruf zu gunsten der streikenden Maschinenbauer erlassen. Die Zentralstelle für die Sammlungen, die unter den italienischen Arbeitern eröffnet werden sollen, ist das Komitee der italienischen Metallarbeiter zu Mailand.

Elf Kommunalwähler-Versammlungen

fanden gestern Abend für die 18 Bezirke statt, welche bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl für unsere Parteigenossen in Frage kommen.

Im Saale der Urania in der Wrangelstraße wurde die Versammlung für den **12.** und **14.** Bezirk abgehalten. Der Referent Genosse Singer erstattete seinen Wählern den Rechenschaftsbericht über seine Thätigkeit als Stadtverordneter. Er sagte etwa folgendes: Als wir vor 14 Jahren zuerst in die Stadtvertretung eintraten, wurden wir zunächst mit Hohn und Spott von unseren Gegnern empfangen. Das ist jetzt anders geworden. Durch unsere Anträge haben wir die Stadtverordneten-Versammlung gezwungen, sich mit Dingen zu beschäftigen, an die sie vordem nicht gedacht hatte. Wir haben es als unsere wesentliche Aufgabe betrachtet, die städtischen Angelegenheiten unter die kritische Lupe zu nehmen. Wenn es uns auch nicht gelungen ist, eigentlich sozialistische Einrichtungen zu schaffen, so können wir doch sagen, daß wir auf dem Gebiete der Schule, der städtischen Arbeiter, der Verwendung von Straßen und Plätzen im Dienste des Privatkapitals wesentliche Verbesserungen im Interesse der ärmeren Klasse durchsetzten. Unsere Hauptthätigkeit widmeten wir den drei großen Gebieten: der Schule, der Armen- und Krankenpflege und den sozialpolitischen Einrichtungen, soweit sie die städtische Verwaltung betreffen. Wir sind bekanntlich — leider bis jetzt vergebens — für die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel an alle Gemeindeschüler eingetreten. Wir wollen, daß der Unterricht der Kinder nicht beeinträchtigt werde durch die Armuth der Eltern, die nicht in der Lage sind, die Lehrmittel zu kaufen. Wir wollen Schulärzte angestellt wissen, die Frequenz der Schulklassen herabsetzen, die achtklassige Volksschule einführen, für minderbegabte Kinder einen ihnen angepaßten besonderen Unterricht einrichten. Die Stellung all dieser Forderungen wäre vor zehn Jahren noch unmöglich gewesen; daß wir sie jetzt zur Berathung stellen können, ist ein Zeichen dafür, daß als Folge unseres Auftretens auch durch die Stadtvertretung ein Hauch sozialen Geistes geht. Unser Verlangen, den Schulkindern das Frühstück zu liefern, wird von unsern freisinnigen Gegnern auf die Privatwohlthätigkeit verwiesen, während unser Antrag, durch Polizeiverordnung die Beschäftigung der Kinder vor der Schule zu verbieten, als ein Eingriff in die Heiligkeit der Familie bezeichnet wird. Wir haben ferner verlangt, die Kinderarbeit auf den städtischen Rieselfeldern solle aufhören. Man hat uns gesagt, diese Arbeit sei gesund. Ei, warum schicken denn unsere Gegner nicht ihre Kinder auf die Rieselfelder? Eine Schande ist es für die Stadt Berlin, daß sie in solcher Weise sich an der Ausbeutung der Schulkinder betheiligt. Die wichtigste Aufgabe, welche ein Gemeinwesen haben kann, den Kindern ein zeitgemäßes Wissen angedeihen zu lassen, muß erweitert werden. Die gegenwärtigen Leistungen unserer Gemeindeschulen stehen nicht auf der Höhe der Zeit. Alles, was wir auf diesen Gebieten verlangen, sind durchaus keine sozialdemokratischen Forderungen, sie lassen sich ohne Ausnahme auf dem Boden der heutigen Gesellschaft durchführen. Daß aber diese Anträge gerade von den Sozialdemokraten gestellt und vertreten werden, kommt daher, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die ein Herz und ein Verständniß für die Bedürfnisse des Volkes hat. Auf dem Gebiete der städtischen Sozialpolitik verlangen wir, daß die Arbeiter der städtischen Verwaltung hinsichtlich des Lohnes, der Arbeitszeit, der Ausübung des Koalitionsrechts mindestens nicht schlechter gestellt sind, wie die Arbeiter der Privatindustrie; auch wollen wir eine zweckmäßige Fürsorge für die im Dienste der Stadt alt und arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter. Redner geht weiter auf das Verhältniß der städtischen Verwaltung zu den Straßenbahnen ein und hebt hervor, daß es auch hier gelungen sei, einige wesentliche Verbesserungen zu gunsten des Publikums und der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter durchzusetzen. Bei Gelegenheit der Einsprüche gegen die Kommunal-Wählerlisten habe sich die liberale Stadtvertretung reaktionärer gezeigt, wie das preußische Abgeordnetenhaus. Das Dreiklassen-Wahlsystem hindere uns ja, die Mehrheit zu bekommen, wenn aber jeder Parteigenosse seine Schuldigkeit thue, werde es möglich sein, nicht nur die bisherigen Mandate zu behalten, sondern neue zu gewinnen, so daß mit der Zeit die gesammten Mandate der dritten Abtheilung in unsere Hände kommen. Möge also jeder an seinem Theil dazu beitragen, daß der Wahltag ein Siegestag der Sozialdemokratie werde. (Großer Beifall.)

Hierauf nahm Genosse Stadthagen, der Vertreter des 14. Kommunal-Wahlbezirks, das Wort. Er ging gleichfalls auf die wichtigsten Anträge, die in letzter Zeit der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegen haben, ein, und wies nach, daß die liberale Mehrheit bei den das Schulwesen betreffenden Anträgen einen geradezu reaktionären, kulturfeindlichen Standpunkt eingenommen habe, und daß es jetzt Aufgabe der Sozialdemokratie sei, die früher von liberaler Seite vertretenen Forderungen zu verfechten. Eine wesentliche Aufgabe unserer Parteigenossen sei es, gerade bei den Wahlen darauf hinzuweisen, wie verschieden das Angesicht der Freisinnigen sei, je nachdem ob sie die Mehrheit haben, wie im Rothen Hause, oder ob sie, wie im Reichs- und Landtage, in der Minderheit sind. So mühsam auch unsere Arbeit in der Stadtvertretung sei, sei sie doch nothwendig und ein Schritt zur Verwirklichung unserer weiteren Ziele. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion appellirte Genosse Metzner an diejenigen Parteigenossen, denen es möglich ist, in den Schul-, Armen- 2c. Kommissionen sich zu bethätigen, nicht vor einer solchen Arbeit zurückzuschrecken, sondern auch in dieser Weise unsere Vertreter im Rothen Hause zu unterstützen. Scholz und Gadegast sprachen im Sinne der Referenten.

Dann wurden die Genossen **Singer** für den **12. Stadthagen** für den **14.** Bezirk wieder als Kandidaten einstimmig proklamirt. Zur Leitung der Stadtverordneten-Wahlen wurde ein Komitee gewählt, bestehend aus den Genossen: Schwarz, Gesche, Menzel, Baberske, Scholz, Jöchel, Böhm, Weise und Lose.

Die Versammlung des **3.** Bezirks fand im „Klubhaus", Krausenstr. 10, statt. Der Stadtverordnete Genosse Dupont referirte. Im dritten Bezirk speziell gilt es, die letzte Säule der antisemitischen Bürgerpartei, Herrn Pretzel, aus dem Felde zu schlagen. Nach kurzer Diskussion wurde als Kandidat für den Bezirk der Genosse **Paul Singer** aufgestellt.

In der Versammlung bei Zühlke, Dennewitzstr. 13, referirte Genosse Gisbolt, in seinen Ausführungen unter anderem die mißliche Lage der Pferdebahn- und Straßenreinigungs-Arbeiter hervorhebend. Des längeren verweilte Redner beim Schulwesen, auf die gepflogenen Debatten im Rothen Hause verweisend. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Als Kandidat für die bevorstehende Wahl im **8.** Bezirk wurde einstimmig Genosse **Autrick** aufgestellt. Das Wahlkomitee bilden die Genossen Werner, Kleinert und Bartsch.

In Habel's Brauerei fand die Versammlung für den **10.** Wahlbezirk statt. Der bisherige Vertreter desselben, Stadtv. Dr. Zadek, schilderte die Thätigkeit unserer Vertreter im Rothen Hause, hervorhebend, daß die streng manchesterlichen Ansichten, die unsere Genossen bei ihrem Einzuge daselbst fanden, sich denn doch geändert hätten, wenn es auch an recht unparlamentarischen Auftritten bei Erörterung solcher Fragen nicht gefehlt hat, wie es namentlich die Behandlung der kürzlich von unserer Partei gestellten Anträge gezeigt hat. Die Arbeiterklasse Berlins habe daher die hohe Pflicht, würdige Vertreter in das Kommunal-Parlament zu entsenden, da dort Anträge von hoher sozialpolitischer Bedeutung der Erledigung harren. Da Dr. Zadek eine Wiederkandidatur wegen der großen Arbeitslast, die auf ihm ruhe, ablehnt, wurde **Karl Koblenzer** einstimmig als Kandidat nominirt. Nach einer kurzen Ansprache des neuen Kandidaten wurde ein Wahlkomitee gewählt, bestehend aus: Schüler, Dähow, Schrader, Nitzing, Giesag, Krey und Abromeit. Hierauf sprach die Versammlung dem Genossen Zadek den Dank aus für seine Thätigkeit in der Stadtvertretung.

Für den **19.** und **21.** Bezirk tagte die Versammlung in Brochnow's Lokal und hatten die Genossen Gottfried Schulz und Wilke das Referat übernommen. Nach einer längeren Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Versammlung mit der Thätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten einverstanden erklärt. Zu Kandidaten wurden von der Versammlung für den **19.** Bezirk Tischler **Rudolf Millarg** und für den **21.** Bezirk **Paul Singer** aufgestellt. Zur Leitung der Wahlagitation wurde ein Komitee von 11 Personen gewählt.

In den Andreas-Festsälen, wo die Versammlung für den **25.** und **26.** Bezirk tagte, war der Besuch ein äußerst reger. Sowohl die Referenten Genossen Bruns und Wernau, sowie die nachfolgenden Redner in der Diskussion schilderten in eingehender Weise die reaktionäre Haltung der liberalen Stadtvertretung. Zu Kandidaten wurden die bisherigen Vertreter wiederum aufgestellt, Gen. **Wernau** für den 25. und Gen **Bruns** für den 26. Bezirk. In das Wahlkomitee für den 25. Bezirk wurden Blume, Kunath, Löschke, Gütling und Faber, und für den 26. Bezirk Franke, Werner, Schöpke, Burchardt, Winkler, Joppich und Wegner gewählt.

Im **28.** Kommunal-Wahlbezirk referirte Genosse Zubeil. Nach kurzer Diskussion, die sich hauptsächlich um Schulfragen drehte, wurde Stadtverordneter **Bruns** für diesen Bezirk als Kandidat aufgestellt. Zur Durchführung der Wahl wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, der die Genossen Butziger, Mertins, Wilh. Späth, Klein, Reul angehören.

Die Versammlung für den **32.** Bezirk im Lokal von Wernau war sehr gut besucht und hielt Genosse Jacobey das einleitende Referat. An der Diskussion betheiligten sich die Genossen Graßhold, Neubert, Ehrlich, Schuhmacher und Flechner, die ihr Einverständniß mit dem Referenten bekundeten. Hierauf wurde Genosse **Joh. Timm** als Kandidat proklamirt.

Einen guten Besuch wies die Versammlung in Hensel's Salon, Invalidenstraße, auf. Das Referat hatte der bisherige Vertreter des **34.** Bezirks, Genosse Borgmann, übernommen, der in treffender Weise eine eingehende Kritik an der städtischen Verwaltung übte. In der Diskussion wurden an den Referenten einige Fragen gerichtet, die von diesem zur Zufriedenheit beantwortet wurden. Hierauf wurde von der Versammlung der Genosse Hutmacher **Borgmann** als Kandidat für den 34. Bezirk nominirt.

Für den **38.** Bezirk fand die Versammlung bei Täger, Gartenstr. 13, statt. Genosse Gleinert hielt das einleitende Referat, in welchem er unser kommunales Programm entwickelte. Nach einer kurzen Diskussion im zustimmenden Sinne wurde Genosse **Hilgenfeld** für diesen Bezirk als Kandidat aufgestellt. Das Wahlkomitee bilden: Eugen Ernst, Habanz, Walter, Fahrow, Blasfeld.

Im **40.** Wahlbezirk referirte Genosse Vogtherr im Saale der Brauerei Moabit. In ca. 1½stündigem Vortrag kritisirte er in treffender Weise die Thätigkeit der freisinnigen Stadtväter, und schilderte die Schwierigkeiten unserer Genossen, im Rothen Hause die wirklichen liberalen kommunalen Forderungen gegen diese sogenannten liberalen Männer geltend zu machen. Zur Diskussion nahm ein Gegner, ein städtischer Lehrer, das Wort und versuchte die Ausführungen Vogtherr's zu wiederlegen. Der lebhafte Widerspruch, der ihm aus der Versammlung wiederholt zu theil wurde, mag ihn wohl belehrt haben, daß er mit seinen Ausführungen auf dem Holzwege war. Der sehr stark besuchten Versammlung wurde Rechtsanwalt **Heine** als Kandidat vorgeschlagen und nach einer kurzen, aber eindrucksvollen Ansprache desselben gegen vier Stimmen als Kandidat nominirt.

Soziales.

Dem soeben erschienenen Jahresbericht des Allgemeinen Kindergärtnerinnen-Vereins ist zu entnehmen, daß die Ideen Fröbel's weit über Deutschlands Grenze hinaus Verbreitung gefunden haben. So ist neuerdings in Neapel eine große Fröbel'sche Erziehungsanstalt entstanden, in Afrika und zwar in der Kapstadt bestehen Kindergärten, das goldene Land der Anhänger Fröbel's aber ist Amerika, wo das deutsche Wort Kindergarten längst ins Englisch aufgenommen ist.

Aus Mühlhausen berichtet die thüringische „Tribüne" über die dort herrschende Wohnungsnoth, daß die Stadtbehörde den Wohnungslosen jetzt Obdach in Räumen offerire, die seinerzeit von der Bau- und Sanitätspolizei als gesundheitsschädlich hätten geschlossen werden müssen.

Zur Sicherung der Ein- und Ausfahrt der Bergleute in den Schächten hat die belgische Regierung eine Verordnung erlassen, worin bestimmt wird, daß an der Fördermaschine außer dem Maschinenmeister stets noch eine zweite Person, die mit der Technik der Maschine vollkommen vertraut ist, zugegen sein muß. Den Anlaß zu der Verordnung gab der Tod eines Maschinisten, der in dem Augenblick erfolgte, als sich in dem in Bewegung begriffenen Förderkorbe Bergleute befanden, die nun in der größten Lebensgefahr schwebten.

Während das Frauenstudium in Deutschland noch auf große Schwierigkeiten stößt, giebt es in Amerika bereits gegen 400 weibliche Advokaten.

Die Depositen der britischen Geldinstitute, einschließlich der Bank von England, haben nach der neuesten Statistik die Höhe von 790 Millionen Pfund erreicht, also zirka 15¾ Milliarden nach deutschem Gelde.

Ueber die industrielle Entwickelung Rußlands sagt das österreichische Generalkonsulat in Moskau in seinem 1896er Jahresbericht: Der hohe Aufschwung der russischen Industrie, wie er sich auf der Ausstellung in Nischny-Nowgorod zeigte, hat sich unter einem konsequenten protektionistischen Zollsystem vollzogen, unter dessen Herrschaft den industriellen Gewerben in allen Stadien der Produktion, von der Herstellung des Rohstoffes und dessen Verarbeitung zu Halbfabrikaten angefangen bis zur Anfertigung der theuersten Gebrauchsartikel, ein mächtiger Schutz durch den Zolltarif gewährt war. Auf die großen Errungenschaften der seit zwanzig Jahren befolgten Wirthschaftspolitik hinweisend, erklärt daher die Regierung ihre Entschlossenheit, auf dem bisherigen Wege des Protektionismus auch ferner fortzufahren und etwaige Ermäßigungen einzelner Positionen des Zolltarifs nur in denjenigen Fällen eintreten zu lassen, wo der eine oder der andere Industriezweig bereits genügend erstarkt ist, um den Wettbewerb mit dem Auslande aufnehmen zu können, zumal wenn die betreffenden auswärtigen Staaten dem entgegen eine Herabsetzung ihrer Zölle auf die landwirthschaftlichen Ausfuhrartikel Rußlands zugestehen sollten. Daß Rußland im raschen Uebergange vom reinen Agrikulturzustand und vom System der Naturalwirthschaft zur Industriestufe und Geldwirthschaft begriffen ist, zeigt wohl am deutlichsten der Umstand, daß seine gesammte Hervorbringung an landwirthschaftlichen Erzeugnissen blos einen Jahreswerth von nicht über 1½ Milliarden Rubel repräsentirt, während die jährliche Produktion seiner Montan- und Fabrikindustrie 2 Milliarden Rubel übersteigt.

Ueber die Fabriken Rußlands und deren Produktion hat das kaiserliche Finanzministerium folgende Daten gegeben (der Anzahl der Fabriken ist der Werth ihrer Produktion in tausenden von Rubeln in Klammern beigefügt): Faserstoffe 3951 (19 945), Papier 436 (26 965), Holzbearbeitung 1373 (38 876), chemische Produkte 1214 (40 945), Verarbeitung thierischer Stoffe 4192 (78 422), Keramik 2389 (34 472), Metallurgie, Bergbau und Hüttenwesen nebst Zweigen 8301 (344 127), Nahrstoffe 13 349 (502 869), diverse Betriebe 986 (72 610).

Das Königreich Polen hatte 2711 Fabriken; die Produktion betrug hier 229½ Mill Rubel.

Für industrielle Unternehmungen wird in Rußland die Form von Aktiengesellschaften immer beliebter. So sind im Jahre 1893 die Statuten von 68 verschiedenen Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von zusammen 64 Millionen Rubel bestätigt worden, 1894 wurden 67 Gesellschaften mit einem Grundkapital von 95 Millionen Rubel, 1895 95 Gesellschaften mit 110 Millionen und endlich im vorigen Jahre 122 Gesellschaften mit einem Grundkapital von zusammen 176 Millionen Rubel errichtet. Das durchschnittliche Gründungskapital der einzelnen Unternehmungen betrug im Jahre 1893 940 000 Rubel, 1894 1 418 000 Rubel, 1895 1 157 000 Rubel und 1896 1 448 000 Rubel. Die größten Kapitalien wurden der Montanindustrie und besonders der Eisenindustrie und dem Maschinenbau zugewendet. Im vorigen Jahre wurden beispielsweise 85 neue Etablissements dieser Art mit einem Grundkapital von 102 Millionen Rubel, also mit durchschnittlich etwas mehr als 3 Millionen Rubel gegründet.

Soziale Rechtspflege.

Wegen der Mißhandlung eines Pferdes hatte der Schlächtermeister Ring den Kutscher Röhr entlassen. Dieser strengte darauf gegen Ring beim Gewerbegericht eine Klage an und erhob Anspruch auf eine vierzehntägige Lohnentschädigung. Er meinte, seine sofortige Entlassung sei nicht gesetzlich gerechtfertigt. Der Beklagte erbrachte den Beweis dafür, daß Kläger das ihm anvertraute Pferd geradezu bestialisch behandelt hatte. Der rohe Mensch hat es mit der Mistgabel geschlagen, so daß die Haut einen großen Riß erhielt, und außerdem hat er das Thier mit den Füßen vor den Bauch gestoßen. Eines Sonntags befestigte er den Kopf des Thieres derart an der Raufe, daß es sich bei der geringsten Bewegung erhängt hätte. Er ließ sich dann den ganzen Nachmittag nicht sehn. Ein fremder junger Mann kletterte durchs Fenster, befreite das Pferd aus seiner unglücklichen Lage und fütterte es. Der Beklagte, der nicht im selben Hause wohnt, erfuhr von diesen Vorgängen erst durch andere Leute. — Kläger wurde mit der Begründung abgewiesen, daß in der unerhörten Mißhandlung des Pferdes eine vorsätzliche und rechtswidrige Sachbeschädigung zu sehen sei.

Lohnabrede und angemessener Lohn. Der Galanterie-Arbeiter J. war bei dem Albumfabrikanten Breslauer als Stanzer in Arbeit getreten und hatte mit dem Unternehmer einen Lohn von 17 M. verabredet. J. wurde jedoch nicht nur als Stanzer, sondern auch als Zuschneider beschäftigt. Er verlangte deswegen einen höheren Lohn, der der Thätigkeit eines Zuschneiders angemessen sei. Es kam zu einem Rechtsstreit beim Gewerbegericht. Die Kammer VIII stellte sich auf den Standpunkt, die einmal getroffene Lohnabrede sei solange maßgebend, bis sie ausdrücklich abgeändert sei. Erfolge eine derartige Aenderung nicht, so gelte die alte Abrede auch bei veränderter Thätigkeit. Nachträglich könne dann ein angemessener Lohn nicht verlangt werden. Schließlich kam noch ein Vergleich zustande. Im selben Rechtsstreit sprach der Gerichtshof den Grundsatz aus, die sogenannten Ueberstunden seien besser zu bezahlen, als die reguläre Arbeitszeit.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Leipzig, 26. Oktober. (W. T. B.) Das Reichsgericht verwarf die Revision der bei der Gründung der Aktiengesellschaft „Kaiserbazar" in Berlin betheiligten Personen, nämlich der Kaufleute Fritz Doller und Eduard Daus, des Ingenieurs Wilhelm v. Döhn, der Kaufleute Eugen Bierstedt und Moritz Richter, sowie des Premierlieutenants der Reserve und Rittergutsbesitzers v. Westernhagen, die vom Landgericht I Berlin am 16. März wegen Vergehens gegen das Aktiengesetz (bei der Gründung ist eine geliehene Million Mark zum Schein eingezahlt worden) zu Geld- und theilweise zu Gefängnißstrafen verurtheilt worden sind.

Hildesheim, 26. Oktober. (W. T. B.) Professor Karl Müller, Leiter der hiesigen landwirthschaftlichen Versuchsstation, ist heute gestorben.

Wien, 26. Oktober. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. In der fortgesetzten Debatte über die Minister-Anklage wegen der Vorgänge in Eger behauptet Abg. Bendel, 53 Personen seien dabei verletzt worden. Redner bedauert alsdann den Rücktritt des Präsidenten Kathrein, der sich durch seinen Gerechtigkeitssinn die Sympathien der Linken erworben habe, erwähnt die Auslassungen des ungarischen Ministerpräsidenten und die daran geknüpften Drohungen mit dem Absolutismus, welche als Einschüchterungsversuche gegenüber den Deutschen gemeint seien. (Beifall links.) Abg. Baernreither stellt namens des verfassungstreuen Großgrundbesitzes folgenden Antrag: „Indem das Haus der Regierung bezüglich ihres Verhaltens gegenüber dem am 11. Juli 1897 in Eger geplanten Volkstage entschiedenen Tadel ausspricht, geht es über den Antrag auf Erhebung der Anklage gegen den Ministerpräsidenten zur Tagesordnung über." Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, sowie nach einer Reihe thatsächlicher Berichtigungen, nahm das Haus mit 172 gegen 145 Stimmen den Antrag des Abg. Stransky auf einfachen Uebergang zur Tagesordnung über die Anklageanträge an.

Wien, 26. Oktober. (W. T. B.) Der Raiffeisentag ist heute geschlossen worden. Unter den angenommenen Resolutionen befindet sich eine, welche Herabsetzung der bestehenden Frachtsätze für landwirthschaftliche Betriebserfordernisse auf die Höhe der entsprechenden Frachtsätze auf den deutschen und ungarischen Staatsbahnen wünscht, und eine zweite, welche sich gegen die projektirte Transportsteuer ausspricht.

London, 26. Oktober. („Voss. Ztg.") Einer Wiener Depesche des „Daily Telegr." zufolge hat die Pforte mittels Rundschreibens an ihre Vertreter im Auslande Protest gegen die Ernennung des Obersten Schäfer zum Gouverneur von Kreta mit der Begründung eingelegt, daß dadurch der Grundsatz, daß jeder Gouverneur ottomanischer Nationalität sein müsse, verletzt werde. —

London, 26. Okt. (W. T. B.) Die Arbeitgeber des Maschinenbauer-Gewerbes von Manchester beriethen heute in einer Versammlung, welche Antwort sie dem Handelsamt auf die Vorschläge in betreff der Einberufung einer Konferenz zugehen lassen sollen. Offiziell ist über das Ergebniß der Versammlung nichts verlautbart worden; dem Vernehmen nach jedoch sind die Arbeitgeber mit der Konferenz einverstanden; vorausgesetzt, daß die Forderung des Achtstundentages zurückgezogen wird und auch auf der Konferenz nicht zur Erörterung kommt.

Madrid, 26. Oktober. (W. H.) Seitens der Regierung wurden Truppen nach Nordspanien verfügt, die den Auftrag haben, einen eventuellen karlistischen Putsch zu verhindern.

Petersburg, 26. Oktober. (W. T. B.) Die „Petersburgskija Wjedomosti" erfahren: Dem Generalgouverneur von Warschau Fürsten Imeretinsky ist ein vom Ministerium des Innern ausgearbeiteter Entwurf zur Begutachtung zugegangen, betreffend Einführung einer neuen Städteverfassung in den zehn Weichsel-Gouvernements.

Lagos, 26. Oktober. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus".) Die hier liegenden westindischen Truppen sind heute mit Ausnahme einer als Garnison zurückbleibenden Kompagnie nach der Grenze abgegangen.

Konstantinopel, 26. Oktober. (W. H.) Um abermalige Ruhestörungen zu verhüten, hat die Regierung die strengste Ueberwachung aller ankommenden Fremden und der hier weilenden verdächtigen Armenier angeordnet.

Simla, 26. Oktober. (W. T. B.) Der Vizekönig empfing von dem Gouverneur von Bengalen die telegraphische Meldung, daß ein schwerer Zyklon Chittagong am Abend des 24. Oktober heimgesucht hat. Die Hälfte der Häuser der Stadt sind eingestürzt, die Regierungsgebäude sind jedoch unversehrt geblieben. In der ganzen Umgegend sind die Straßen durch umgefallene Bäume gesperrt. Drei Personen sind umgekommen. Der Schaden an Privatbesitz ist beträchtlich.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Partei-Nachrichten.

In Stralsund stellte eine Parteiversammlung nach einem beifällig aufgenommenen Vortrage des Genossen Storch aus Stettin einstimmig den Vertrauensmann Albert Genzen, der gegenwärtig wegen Richterbeleidigung eine neunmonatige Freiheitsstrafe im Stralsunder Gefängniß verbüßt, als Reichstags-Kandidaten für den Kreis Stralsund-Rügen-Franzburg auf.

Wiederbetheiligung an den Kommunalwahlen beschloß eine Parteiversammlung in Kottbus, weil, wie es in dem betreffenden Beschluß u. a. heißt, „auch in den Gemeindevertretungen sich immermehr das Bestreben bemerkbar macht, die Wenigerbemittelten durch immer höhere Steuern und Abgaben zu gunsten der besitzenden Klassen zu belasten", ferner, weil „die wesentlichen Rechte der Stadtverwaltung gegenwärtig nur von einer ganz geringen Zahl der Einwohner, einigen Großkapitalisten, Großindustriellen und einigen dem sogenannten Gelehrtenstande angehörigen Personen ausgeübt werden". Als Kandidaten sollen zunächst nur geeignete Personen mit sozialdemokratischer Gesinnung aufgestellt werden; wenn das aus irgend welchen Gründen nicht angängig ist, soll für solche Kandidaten gestimmt werden, die sich verpflichten, für Beseitigung aller indirekten städtischen Steuern, für möglichst niedrige Verzinsung der städtischen Anleihen, für Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes mit unentgeltlichem Arbeitsnachweis und noch für eine Reihe anderer Forderungen kommunaler Natur einzutreten.

In Waltersdorf bei Sorau sprach am Sonntag der Parteigenosse Otto Antrick aus Berlin unter Beifall über die politische und wirthschaftliche Lage und die nächsten Reichstagswahlen. In der Diskussion ergriffen auch zwei Gegner das Wort.

Der erste, der Rittergutsbesitzer und Brennereibesitzer Bentzler aus Laubnitz, versuchte, im Gegensatz zu dem Referenten, den Nachweis zu führen, daß die 42½ Millionen Liebesgaben nicht dazu verwendet werden, dem Junker aus den Taschen der Steuerzahler ein Geschenk zu machen, sondern diese Liebesgaben hätten nur den Zweck, die kleinen Brennereien gegen die großen zu schützen. Zur Frage des allgemeinen geheimen und direkten Wahlrechts führte er ungefähr folgendes aus: Er sei auch für das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht, aber — er müsse doch sagen, daß es für ihn, den Herrn Guts- und Brennereibesitzer, etwas Beschämendes habe, wenn bei der Reichstagswahl ein Arbeiter, der kaum richtig schreiben und lesen könne, ein socher dummer Arbeiter, den er das ganze Jahr hindurchschleppen, ernähren müsse —, dasselbe Recht besitze wie er, der gebildete Großgrundbesitzer. Zum Schluß forderte der Herr den Referenten ganz kategorisch auf, doch zu sagen, wer und was er sei! ob er auch so schwer arbeite wie er, der Brennereibesitzer? — Sonst könne er überhaupt nicht mit ihm diskutiren.

Der zweite Redner, Gutsbesitzer und Amtsvorsteher Lehmann aus Laubnitz, versuchte die Fleischzölle, überhaupt alle indirekten Steuern zu vertheidigen. Er appellirte besonders an die Landbewohner, sie möchten nur nicht ablassen von ihrem Patriotismus u. s. w. — vor allen Dingen solle man dem sozialdemokratischen Redner nicht glauben. Je höher die Fleischpreise, je mehr bekäme der Landarbeiter, der kleine Bauer für sein Schwein bezahlt.

Beiden Rednern, die als eifrige Agitatoren des „Bundes der Landwirthe" bekannt sind, wurde von dem Referenten im Schlußwort so heimgeleuchtet, daß sie sich wüthend in ihre draußen stehenden Equipagen warfen und unter dem Hohngelächter der Versammlungsbesucher davonjagten.

Die Parteigenossen in Memel vertheilten auf vier Landagitationstouren große Mengen Flugblätter, die in deutscher und lithauischer Sprache abgefaßt waren. Einer der Genossen schreibt uns über die Tour, die er mitgemacht hat: „Ich habe auf dem Lande großes Elend vorgefunden. Die armen Leute wohnen in jämmerlichen, meist aus Lehm erbauten Hütten. Das Vieh wohnt besser. Man brachte uns große Sympathien entgegen."

Die Parteigenossen in Barmen erklärten sich mit den Beschlüssen des Hamburger Parteitages im allgemeinen einverstanden und erwarten deren strikte Durchführung. Genosse Fritz Salzberg wurde einstimmig wieder zum Vertrauensmann gewählt.

Im Dorfe Bennungen bei Sangerhausen beschloß der Gemeinderath auf Antrag des Vertreters der Arbeiter, daß die Zahlung des jährlichen Zuschusses an die Kirchengemeinde, der 900 M. beträgt, vom 1. April nächsten Jahres an eingestellt werden soll. In der Kirchengemeinde hatten sich, wie die „Thüringische Tribüne" hierzu mittheilt, „einige nicht noble Ereignisse" abgespielt, die den Gemeinderath veranlaßten, den Antrag des Arbeitervertreters anzunehmen.

Der Wahlverein für Langenbielau und Umgegend hatte im letzten Verwaltungsjahre eine Zunahme der Mitglieder von 315 auf 360 zu verzeichnen.

In Werdau i. S. sprach eine Volksversammlung dem Parteigenossen Liebknecht anläßlich seiner Verurtheilung zu 4 Monaten Gefängniß ihre Sympathie mit dem Wunsche aus, daß er die Strafe wohl überstehen möge.

Als Vertrauensperson für den Bezirk Zwickau ist der Parteigenosse H. Schmidt wiedergewählt worden.

Zur Nachwahl im württembergischen Landtags-Wahlkreis Böblingen ist Arbeitersekretär Agster in Stuttgart als Kandidat unserer Partei aufgestellt. Der als Kandidat ausersehen gewesene Genosse Proß aus Eßlingen hat aus Gesundheitsrücksichten ablehnen müssen.

Der Sozialdemokratische Verein in Ravensburg in Württemberg beschloß, beim Gemeinderath zu petitioniren um Einführung der obligatorischen Benützung der städtischen Leichenhalle und um Uebernahme sämmtlicher Beerdigungskosten bei allen Beerdigungen auf die Stadtkasse.

Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben. Die Parteiversammlung der hiesigen Genossen, deren Abhaltung vom Bezirkspräsidium verboten worden war, wurde nun am Sonntag Nachmittag im badischen Dorfe Neumühl abgehalten. Nach dem Bericht unseres Delegirten Böhle über die Verhandlungen des Hamburger Parteitages wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit der Mandatserfüllung des Delegirten Böhle einverstanden. Bei dieser Gelegenheit erhebt die Sozialdemokratie Straßburg's Einspruch gegen die vom Berichterstatter über die parlamentarische Thätigkeit der sozialistischen Reichstagsfraktion, Genossen Schippel, auf dem Parteitag zum Ausdruck gebrachte Auffassung, soweit dieselbe eine Abweichung von dem bisherigen rein negativen Standpunkt der Partei gegenüber der Bewaffnung von Heer und Marine des heutigen, der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstehenden Staates darstellt. Die Versammlung betont angesichts der fortwährenden Angriffe, Verdächtigungen und Entstellungen der bürgerlichen Presse aufs neue mit Nachdruck die unverbrüchliche Solidarität des internationalen Proletariats."

Todtenliste der Partei. In Bremen starb im Alter von 55 Jahren der Zigarrenarbeiter Hermann Nordhold, der bereits dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein als Mitglied angehörte und dem Sozialismus bis zum letzten Athemzuge treu geblieben ist.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Die sozialdemokratischen Frauen in Breslau sollen schon wieder das Vereinsgesetz übertreten haben, indem sie ihren eben erst geschlossenen Verein ganz öffentlich fortgesetzt hätten. Frau Geiser ist bereits vom Untersuchungsrichter vernommen worden. Aus der Vernehmung ergab sich, wie die „Volkswacht" mittheilt, daß in der Wahl des Bureaus für die Liebknecht-Versammlung im Tivoli, zu welcher Frau Geiser als Vorsitzende und als Schriftführerin Frau Scheffler vorgeschlagen und gewählt wurden, diese verbotene Vereinsfortsetzung gegeben sein soll, weil Frau Scheffler zu den Revisorinnen gehört hat, die mit den beiden weiblichen Vertrauenspersonen den geschlossenen Verein gebildet haben sollen. Selbstverständlich ist die Wahl der Frau Scheffler rein zufällig gewesen und sie genügt nach Ueberzeugung der „Volkswacht" absolut nicht, um eine Anklage und noch weniger eine Verurtheilung ausreichend zu begründen.

— Der Parteigenosse C. Huhn in Düsseldorf wurde im Juli d. J. wegen Verkaufs einer verbotenen Auflage des Corvinschen „Pfaffenspiegels" vom dortigen Landgericht zu drei Wochen Haft verurtheilt. Das Urtheil ist jetzt vom Reichsgericht verurtheilt worden. Man kann nur bedauern, daß wegen jenes thatsächlich werthlosen Buches Parteigenossen sich einer gerichtlichen Prozedur aussetzen.

— Wegen Beleidigung des Notars Buchartz ist Genosse Hofrichter in Köln als verantwortlicher Redakteur der „Rheinischen Zeitung" seinerzeit zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden, während der mitangeklagte Genosse Chefredakteur Dr. Erdmann freigesprochen wurde. Hofrichter legte gegen seine Verurtheilung und der Staatsanwalt gegen die Freisprechung Erdmann's Revision ein. Das Reichsgericht verwarf beide Revisionen. In Beziehung auf Erdmann lag die Sache wie folgt: Erdmann hatte das mit der Post eingelaufene Manuskript des fraglichen Artikels seinem Mitredakteur Hofrichter mit der Bemerkung übergeben, der Aufnahme stehe nichts im Wege. Die Anklagebehörde wollte nun nicht nur Hofrichter, der als verantwortlicher Redakteur selbständig die Aufnahme angeordnet hatte, zur Verantwortung ziehen, sondern auch Dr. Erdmann, da dieser durch das Hinüberreichen und seine Bemerkung dem verantwortlichen Redakteur Behilfe durch Rath und That geleistet habe. Das Landgericht hat aber Dr. Erdmann freigesprochen, weil er keinen bestimmten Einfluß auf die Veröffentlichung geübt habe und habe üben können. Das Reichsgericht bestätigte das Erkenntniß.

— „Groben Unfug" soll Genosse H. Becker in Saalfeld, Redakteur am dortigen „Volksblatt", einem ihm zugegangenen Strafmandate zufolge dadurch begangen haben, daß er während der Landtags-Wahlbewegung in Bock und Teich (einem Dorfe bei Gräfenthal in Thüringen) am Sonntag, den 26. September, „Flugblätter aufreizenden Inhalts in den Wohnungen der dortigen Ortsnachbarn vertheilt hat". Dieses Verbrechen glaubt der Herr Amtsanwalt gesühnt mit einer Geldstrafe von **10 M. oder — 10 Tagen Haft!** Da jedoch nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht ist, wird Berufung eingelegt werden und das Gericht wird diesen groben Unfug einfach nicht anerkennen können, wie es ja auch in dem analogen Falle der Rudolstädter Parteigenossen vor vier Jahren zu einem freisprechenden Urtheile kam.

— Der Parteigenosse Engelbert Pernerstorfer, Mitglied der österreichischen Parteileitung, war vor dem Bezirksgericht in Wien der Beleidigung der Minister Badeni und Gutenberg angeklagt. Der Richter beschloß aber, die Akten dem Landgericht zu übersenden, weil das Vergehen der Aufreizung vorliege.

Der dritte Kongreß der Gastwirthsgehilfen Deutschlands.

Nachdem die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gastwirthsgehilfen bereits zweimal in Kongressen vereinigt waren, begann am Dienstag in Berlin im oberen Saale des Feuerstein'schen Lokals der dritte Kongreß. — Auf der Tagesordnung stehen an wichtigeren Punkten: die Organisationsfrage (Uebergang zur Zentralisation), Statutenberathung, die Formen der Arbeitsvermittelung für Gastwirthsgehilfen, Arbeiterschutz-Gesetzgebung im Gastwirthsgewerbe, Stellungnahme zu den Gastwirthe-Innungen, die Prozentarbeit, Stellung zu denjenigen Personen, die den Kellnerberuf als Nebenbeschäftigung ausüben, Stellungnahme zum „Allgemeinen Fachkongreß" 2c.

Der Saal ist mit rothen Fahnen und sozialdemokratischen Denksprüchen dekorirt. Hinter dem Podium prangt auf rothem Banner die Inschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" Daneben sieht man die Büsten von Marx und Lassalle. — Die Sitzungen beginnen vormittags 10½ Uhr. Nach einer warmen Begrüßung durch Pötzsch wird das Bureau gewählt und zu Vorsitzenden Fröhlich-Hamburg und Pötzsch-Berlin bestimmt. Das Andenken Karl Grillenberger's ehrt die Versammlung durch Erheben von den Plätzen. Ebenso wird beschlossen, den streikenden Maschinenbauern in England 100 M. als Zeichen der Sympathie zu überweisen.

Ströhlinger berichtet danach für die Agitations- und Preßkommission. Die Abrechnungen liegen den Versammelten gedruckt vor. Die Preßkommission hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 6249 M. vereinnahmt; die Agitationskommission hat seit 1. Oktober 1895 bis 30. September 1897 eingenommen 3834 M. Es haben in den letzten beiden Jahren über 100 Versammlungen zu gunsten der Bewegung stattgefunden. An Flugblättern sind 25 000 verbreitet worden. Die finanziellen Verhältnisse des „Gastwirthsgehilfen" seien jetzt vollkommen konsolidirt, sodaß die Fortexistenz außer Zweifel gestellt sei. Auch in wirthschaftlicher Beziehung seien schon Erfolge durch die Organisation erzielt worden; namentlich habe sich die Behandlung der Kellner durch die Unternehmer mehrfach gebessert, weil die Unternehmer die Aufdeckung der Mißstände in der Oeffentlichkeit fürchten. Immerhin entspreche aber das Resultat noch nicht der aufgewandten Agitationsarbeit. In der Diskussion wird fast allgemein Befriedigung mit dem Stande der Organisation und der Haltung des „Gastwirthsgehilfen" ausgedrückt. Es wird beschlossen, das Abonnement desselben auf 1,50 M. pro Vierteljahr heraufzusetzen. Aus vielen Orten des In- und Auslandes sind mittlerweile Begrüßungstelegramme eingelaufen.

Punkt 2 der Tagesordnung betrifft die Ueberführung der Kellnerorganisation, die bisher aus einzelnen Lokalvereinen bestand, in die Zentralisation. Fröhlich aus Hamburg referirt über diesen Gegenstand und empfiehlt den Uebergang zur Zentralisation. Besonders weist er auf die Unterstützungs- und ähnliche Einrichtungen hin, die durch die Zentralisation möglich werden und die geeignet seien, weitere Kreise in die Organisation hineinzuziehen. Die Diskussion über diesen Punkt findet nach der Mittagspause statt, und es sprechen sich fast alle Redner für die Zentralisation aus. Auch der Vertreter der Generalkommission in Hamburg, Legien, spricht seine Freude aus, daß die Gastwirthsgehilfen jetzt zur Zentralisation übergehen wollen. Nur warnt er davor, wenn es geschieht, dann keine Spaltungen in den eigenen Reihen entstehen zu lassen.

In namentlicher Abstimmung wird darauf einstimmig gegen zwei Stimmenthaltungen beschlossen, einen Zentralverband zu begründen. Der Rest des Nachmittags wird darauf durch die Berathung der Statuten des zu gründenden „Verbandes deutscher Gastwirthsgehilfen" ausgefüllt. Eine längere Debatte entspinnt sich über die Frage, ob auch die Kellnerinnen im Verband zugelassen werden sollen. Beschlossen wird, diese Möglichkeit offen zu halten, wenn man auch nicht hoffen dürfe, daß sich viele Kellnerinnen anschließen würden. Wichtig ist besonders auch der § 4 des Statuts, nach dem den Mitgliedern Unterstützungen bei Maßregelungen, Reise-Unterstützung, Kranken-Unterstützung und Unterstützung in besonderen Nothfällen zustehen soll. Ebenso sollen die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder Unterstützung erhalten. Das Beitrittsgeld soll 1 M., der wöchentliche Beitrag 30 Pf. betragen. — Um 7 Uhr abends wird die Weiterberathung des Statuten-Entwurfs auf Mittwoch früh vertagt. Für den Abend ist ein gemeinsamer Besuch der „Urania" vorgesehen.

Kommunales.

Der von der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung eingebrachte Antrag auf Einrichtung von noch zwei städtischen Rieselgütern zur sofortigen Aufnahme von Lungenleidenden beiderlei Geschlechts und Neubau einer Heilanstalt für Tuberkulöse beiderlei Geschlechts beschäftigte am Montag Abend den von der Versammlung zur Vorberathung dieser Angelegenheit eingesetzten Ausschuß unter dem Vorsitz des Vorstehers Dr. Langerhans und in Anwesenheit der Magistratskommissare Stadtrath Marggraff und Dr. Straßmann. Wie bereits bei der Berathung im Plenum der Versammlung, so wurde auch im Ausschusse von den Vertretern des Magistrats mitgetheilt, daß in diesem Jahre der Andrang zu den beiden vorhandenen Heimstätten sehr stark gewesen sei, so daß zeitweise die Zahl der Vornotirten weit über 100 betragen habe, und eine nicht geringe Anzahl derselben bis zu 10, ja bis zu 11 und 12 Wochen hätten warten müssen, bevor sie aufgenommen werden konnten. Unter diesen Umständen war der Ausschuß einstimmig der Ansicht, daß hiergegen, um den Anforderungen zu genügen, neue zweckentsprechende Einrichtungen erforderlich seien. Von diesem Gesichtspunkte aus wurden zwei verschieden lautende Anträge gestellt. Der eine ging dahin, den Magistrat zu ersuchen, möglichst bald Einrichtungen auf den städtischen Rieselgütern oder an anderweitig günstig gelegenen Orten zur Aufnahme solcher Lungenleidenden beiderlei Geschlechts zu treffen, welche als Rekonvaleszenten aus Krankenhäusern entlassen sind oder welche sich im Anfang der Krankheit befinden. Nach dem anderen Antrage sollte der Magistrat ersucht werden, auf den Rieselgütern baldmöglichst zwei neue Heimstätten zu errichten. Der Ausschuß entschied sich in seiner Mehrheit für den letzteren Antrag. Was sodann den Antrag auf Neubau einer Heilanstalt für Tuberkulöse beiderlei Geschlechts betrifft, so wurde leider mit großer Mehrheit beschlossen, der Versammlung die Ablehnung dieses Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberathung der Magistratsvorlage behufs Abänderungen zu der Gehaltsordnung für die Lehrpersonen in den Berliner Gemeindeschulen hat gestern unter Vorsitz des Vorstehers der Stadtverordneten-Versammlung Dr. Langerhans und in Anwesenheit der Magistratskommissare Bürgermeister Kirschner und Stadtschulrath Bertram die erste Lesung beendet und bezüglich der Fachlehrerinnen folgende Bestimmungen getroffen. Die Fachlehrerinnen sind zu vierundzwanzig Stunden verpflichtet und können zeitweise zur Vertretung bis vier Stunden herangezogen werden. Grundgehalt 900 Mark, Miethsentschädigung 300 Mark, Alterszulagen: nach 3 Jahren 100 Mark, nach 6 Jahren 200 M., nach 9 Jahren 300 M., nach 12 Jahren 400 M., nach 15 Jahren 500 M., nach 18 Jahren 600 M., nach 21 Jahren 720 M. Zur Anrechnung kommen die Jahre, in welchen die Fachlehrerinnen an öffentlichen Schulen in Deutschland mit mindestens 24 wöchentlichen Stunden beschäftigt sind. Fachlehrerinnen, welche bereits im städtischen Dienst stehen und voraussichtlich dauernd 24 Stunden ertheilen werden, sollen zur endgiltigen Anstellung vorgeschlagen werden ohne Rücksicht auf das Lebensalter und auch mit nur einem Examen. Von einer Seite wurde beantragt: Die Miethsentschädigung in Höhe, wie für die verschiedenen Lehrer-Kategorien festgestellt ist, wird nur dann gezahlt, wenn der Empfänger bezw die Empfängerin festen Wohnsitz in Berlin hat. Ist letzteres nicht der Fall, so wird nur der Betrag als Miethsentschädigung gezahlt, welcher von den betreffenden Wohnortsgemeinden für ihre eigenen Angestellten gleicher Kategorie festgesetzt ist; dieser Antrag wurde abgelehnt. Bis zur nächsten Sitzung soll eine Zusammenstellung der Beschlüsse erster Lesung, sowie eine Berechnung über den finanziellen Effekt derselben angefertigt werden.

Lokales.

Genosse Liebknecht hatte bei der Staatsanwaltschaft in Breslau den Antrag gestellt, seine Strafe nicht in Breslau, sondern in Plötzensee verbüßen zu dürfen. Dieser Antrag ist genehmigt worden. Ein Termin für den Antritt der Strafe ist noch nicht festgesetzt.

Die Unterrichtserfolge der Berliner Gemeindeschulen haben wir kürzlich durch Mittheilung einiger Zahlen über das Alter der Kinder der einzelnen Gemeindeschulklassen zu beleuchten versucht. Einen weiteren Beitrag zur Erörterung dieser wichtigen Frage bringt der neueste Schuldeputations-Bericht (für 1896/97), indem er zum ersten Male die Zahl der nach Vollendung der Schulpflicht, also im Alter von mindestens 14 Jahren entlassenen Kinder nach den Klassen angiebt, aus denen sie abgingen. Für das Jahr 1896 ergab sich folgendes. Es gingen ab aus Klasse:

	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	überhaupt
Knaben	5429	2412	952	222	15	2	9032
Mädchen	5854	2385	1105	224	14	—	9582
zusammen	11283	4797	2057	446	29	2	18614

Das heißt: von 9032 bezw. 9582 abgegangenen Knaben und Mädchen hatten 1191 bezw. 1343 (= 13,2 bezw. 14 pCt.) die Oberstufe nicht erreichen können, die unter normalen Verhältnissen schon nach vierjährigem Schulbesuche, also mit Vollendung des zehnten Lebensjahres erreicht werden müßte. Dieses Resultat ist geradezu beschämend für die vielgepriesene Berliner Gemeindeschule! Wir wiederholen, daß nach unserer Ueberzeugung hier weder eine außerordentliche Faulheit oder Dummheit der Berliner Gemeindeschulkinder, noch eine zu geringe Leistungsfähigkeit der Lehrkräfte als die Ursache eines solchen Mißerfolges anzusehen ist. Diese ist vielmehr allein in den Mängeln der äußeren und inneren Organisation der Gemeindeschulen zu suchen, die die Arbeit der Lehrer und die Theilnahme der Kinder am Unterricht beeinträchtigen müssen.

Preußische Klassenwahl-Gerechtigkeit. Eine von der „Freisinnigen Zeitung" gelegentlich der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen veröffentlichte Statistik bringt von neuem einen schlagenden Beweis dafür, daß die jüngste Steuergesetzgebung das Gemeindewahlrecht immer mehr noch zu gunsten einiger weniger Reichen und zum Nachtheil der mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung verschiebt. Auf die neun Stadtverordneten 1. Abtheilung, welche gegenwärtig sich einer Neuwahl zu unterwerfen haben, entfielen 1891 2235 eingeschriebene Wähler, während in den betreffenden Bezirken gegenwärtig 1897 die Zahl der eingeschriebenen Wähler nur 797 beträgt. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler der ersten Klasse hat sich also nahezu auf ein Drittel vermindert. In einzelnen Wahlkreisen ist die Verminderung noch beträchtlicher. Einzelne der jetzt ausscheidenden Stadtverordneten erster Klasse sind erst nach 1891 gewählt. Im ganzen konkurriren danach bei den 14 ausscheidenden Stadtverordneten gegenwärtig 1110 eingeschriebene Wähler, während bei der früheren Wahl derselben 2990 eingeschrieben waren. Die Stärkeverminderung der Wähler erster Klasse hat aber keineswegs zu einer Vermehrung der Wähler zweiter Klasse geführt. Im Gegentheil! Auch in der zweiten Klasse zeigt sich eine große Verminderung, trotzdem die aus der ersten Klasse ausgeschiedenen Wähler durchweg der zweiten Klasse zugeführt worden sind. Es haben sich jetzt sieben Stadtverordnete für die zweite Abtheilung einer Neuwahl zu unterziehen, welche 1891 gewählt worden sind. In den sieben Wahlbezirken waren 1891 in der zweiten Klasse 8869 Wähler eingetragen. Jetzt beträgt die eingeschriebene Wählerzahl daselbst nur 4758. In der zweiten Abtheilung ist also die Wählerzahl auf die Hälfte herabgegangen. In einzelnen Wahlbezirken beträgt der Rückgang noch mehr als die Hälfte.

Ueberhaupt waren an den früheren Wahlen der jetzt ausgeschiedenen Stadtverordneten 14 908 berechtigt, während die Zahl der Berechtigten jetzt auf 8991 zusammengeschmolzen ist. Im ganzen betrug die eingeschriebene Wählerzahl bei den jetzt in der I. und II. Abtheilung Ausscheidenden 17 893, während jetzt nur 10 101 der Wahlberechtigten aufgerufen werden. Ganz anders natürlich in der III. Klasse. Hier hat eine Vermehrung der Wahlberechtigten Platz gegriffen nicht blos infolge der Versetzung der Wähler aus den oberen Klassen, sondern auch infolge der Vermehrung der Bevölkerung. Es sind 14 unter 42 Wahlbezirken der 3. Klasse an den Neuwahlen betheiligt. In denselben waren bei den früheren Wahlen der jetzt Ausscheidenden 97 888 Wahlberechtigte eingeschrieben, während jetzt 116 795 eingeladen werden. Die vorstehenden Zahlen beziehen sich nur auf diejenigen 14 unter 42 Bezirken der 3. Klasse, in denen jetzt Neuwahlen stattfinden. Die städtische Verwaltung hat die Gesammtzahlen der dritten Wählerklassen aus der Eintheilung von 1897 nicht veröffentlicht. Im Jahre 1895 waren 289 973 Wahlberechtigte der 3. Klasse vorhanden gegen 239 132 im Jahre 1891. Gegenwärtig dürften weit über 300 000 Wahlberechtigte der 3. Klasse vorhanden sein, gegenüber 1110 Wählern der 1. Klasse und 8896 der 2. Klasse. Die Wähler 1. und 2. Klasse zusammen wählen also doppelt soviel Stadtverordnete wie diejenigen der 3. Klasse, betragen aber noch nicht ein Dreißigstel der Zahl derselben. Im Jahre 1891, vor der Steuerreform, erreichten dagegen die Wähler 1. und 2. Klasse wenigstens ein Elftel der Zahl der 3. Klasse (3. Klasse 239 139, 2. Klasse 18 030, 1. Klasse 3535).

Es muß betont werden, daß die Freisinnigen mit dem Klassenwahlrecht, diesem Gipfel der politischen Ungerechtigkeit, gerade in der Kommune völlig einverstanden sind, und ebenso wie die Konservativen nichts ärger fürchten, als ein gleiches Wahlrecht in Gemeinde-Angelegenheiten. Jedermann, dem an der Beseitigung der bestehenden Ungerechtigkeit gelegen ist, handelt daher unklug, wenn er zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl einem freisinnigen Kandidaten seine Stimme giebt.

Zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl giebt die ultramontane „Märk. Volks-Ztg." der katholischen Bevölkerung Berlins den dringenden Rath, beileibe nur keinem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben. Die Mehrheit der katholisch getauften Arbeiter wird diesen Appell mit gebührender Heiterkeit aufnehmen. Sie wissen, daß ein bürgerlicher Kandidat unfähig ist, ihre Interessen zu vertreten.

Die studentische Ehrengerichts-Bewegung der technischen Hochschule zu Charlottenburg ist in eine neue Phase eingetreten. Bekanntlich stellten sich Rektor und Senat ursprünglich der Bewegung direkt feindlich gegenüber und lösten am 6. November 1896 die gegründete akademische „Ehrengerichts-Vereinigung" auf. Die Folge war, daß im Juli 1897 eine neue studentische Vereinigung mit denselben Zielen ins Leben trat, die einen rein bürgerlichen Charakter insofern trug, als sie sich der akademischen Gerichtsbarkeit entzog und sich direkt der polizeilichen Aufsicht unterstellte. Mit dem Rektoratswechsel scheint die Stellung des akademischen Senats zur Duellfrage eine andere geworden zu sein, als früher. Auf direkte Veranlassung des jetzigen Rektors ist Montag Abend in einer im Logen-Restaurant stattgehabten Studenten-Versammlung die bisherige Ehrengerichts-Vereinigung aufgelöst und eine zweite auf den gleichen Statuten basirende Vereinigung geschlossen, die wieder den rein studentischen Charakter trägt, bei der technischen Hochschule angemeldet wird und sich der akademischen Gerichtsbarkeit unterstellt. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Der jetzige Rektor soll einer Abordnung ausdrücklich erklärt haben, daß nach geschehener Neuanmeldung der Vereinigung an der technischen Hochschule derselben seitens des Senats keinerlei Hindernisse mehr in den Weg gelegt werden. Die Gegner des Duells erblicken in dem Entgegenkommen des Rektors eine große Förderung ihrer Bestrebungen.

Mit einer Kühnheit, wie sie nur den Kühnemännern eigen, ist bei Gelegenheit der Verhandlungen in Sachen des Formerausstandes von Herrn Henneberg an amtlicher Stelle das Vorhandensein schwarzer Listen bestritten worden. Es war ein leichtes für uns, demgegenüber nachzuweisen, daß der Verband der Metallindustriellen eine seiner wesentlichsten Aufgaben darin sieht, mißliebige Arbeiter durch Verfehmung auszuhungern; diese Taktik ist dem Unternehmerthum in der Metallindustrie so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß selbst kleine Krauter das Beispiel des Großprotzenthums nachäffen.

Uns liegt ein Brief vor, den ein hiesiger Schlossermeister dieser Tage an einen anderen gerichtet hat. Das für die Kennzeichnung unserer Zustände immerhin schätzbare Schreiben lautet:

> Sie werden hiermit auf den Schlossergesellen X., welcher bei Ihnen in Arbeit stehen soll, aufmerksam gemacht. Derselbe ist bisher aus allen größeren Werkstätten wegen Aufwiegelung entlassen worden und ist Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei. Ich bin fest überzeugt, daß Ihre Leute Schriften zu lesen (!) und Beiträge zu zahlen gezwungen sind, ohne zu wollen. (Folgt die Unterschrift.)

Solche Uebergriffe des Unternehmerthums sollten die Arbeiterschaft immer von neuem gemahnen, daß es eine Sache der persönlichen Ehre ist, in fester und leistungsfähiger Organisation gegen die Unterdrücker gerüstet dazustehen.

In die Listen des Zentralvereins für Arbeitsnachweis haben sich in den ersten drei Quartalen dieses Jahres 23 048 arbeitslose Personen einschreiben lassen; hiervon wurden 17 951 Personen in Arbeit gebracht. Die Beschlußfassung über die Einrichtung eines Arbeitsnachweises für weibliche Dienstboten und sonstiges weibliches Hilfspersonal (Aufwartefrauen u. s. w.) wurde in der letzten Sitzung des Vereins vertagt, ebenso die Beschlußfassung über ein aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu bildendes Kuratorium zur Mitwirkung bei der Verwaltung und Beaufsichtigung des Arbeitsnachweises. Beschlossen wurde, die Einrichtung eines Verbandes der allgemeinen Arbeitsnachweise im Königreich Preußen in die Wege zu leiten und zu diesem Zwecke eine Voranfrage an die in betracht kommenden Städte zu erlassen.

Die Kartenbriefe, die bekanntlich am 1. November im deutschen Reichspostgebiet und in Württemberg zur Einführung kommen, sind aus weißem Papier hergestellt. Auf der für die Aufschrift bestimmten Seite tragen sie eine eingedruckte übliche Zehn-Pfennig-Marke und in rother Inschrift die Worte: „Deutscher Reichspost-Karten-Brief". Für die Adresse sind ähnlich wie bei den Postkarten vier rothe Linien vorhanden. An den beiden Seitenflächen befinden sich gummirte Streifen zum Verschließen des Kartenbriefes, die so gut durchlöchert sind, daß sie sich leicht und sicher abtrennen lassen. Der Kartenbrief enthält vier beschreibbare Flächen, von denen jede den Raum einer Postkarte bietet. Er ist auch im Weltpostverkehr verwendbar und trägt auf der Rückseite die Worte: „In denjenigen Verkehrsbeziehungen zum Auslande, wo das Briefporto 20 Pf. beträgt, ist das Franko um 10 Pf. in Marken zu ergänzen." In Bayern, welches bekanntlich zur Illustration der deutschen Einheit ebenso wie Württemberg besondere Postmarken hat, ist eine Einführung der Kartenbriefe am 1. November nicht zu erwarten, da, wie die „Direktion der bayerischen Posten und Telegraphen" bekannt giebt, die Einrichtungen der dortigen Postdruckerei eine so rasche Herstellung nicht ermöglichen. Als Termin der Einführung wird Mitte November oder Anfang Dezember angegeben.

Eine Lehrerinnen-Versammlung soll Ende Oktober oder Anfang November von Frl. Dr. Anita Augspurg in Berlin einberufen werden. Auf derselben wird Frl. Marie Raschke die Nothwendigkeit der Einführung von Gesetzeskunde in Schulen und Fortbildungsschulen darlegen und Frl. Dr. Anita Augspurg über die Rechte der Lehrerinnen sprechen.

Die Herbst-Kontroll-Versammlungen für die in Berlin (ausschließlich der Vororte) wohnenden Reservisten der vier Berliner Bezirks-Kommandos (Jahrgänge 1890 bis 1897) werden auf dem Hofe der neuen Landwehr-Dienstgebäude zu Schöneberg in der General Pape-Straße am Tempelhofer Felde stattfinden. Für den Landwehrbezirk I Berlin (Provinzial-Infanterie mit den Namens-Anfangsbuchstaben A bis K) sind die Tage vom 1. bis 6. November, für den Bezirk II (Provinzial-Infanterie mit den Anfangsbuchstaben L bis Z) vom 8. bis 15. November, für den Bezirk III (Mannschaften der Garde) vom 15. bis 22. November und für den Bezirk IV (Provinzial-Jäger, -Feld- und -Fuß-Artillerie, -Pioniere, Train und -Handwerker sowie der Marine) vom 23. bis 30. November bestimmt.

Die Unfallstation XIII wird in den nächsten Tagen in der Kronenstr. 56, dicht an der Friedrichstraße eröffnet werden. Die Unfallstation XIV wird zu gleicher Zeit in der Alexandrinenstr. 81 in Betrieb gesetzt. Die letzterwähnte Station wird mit der Sanitätswache Nr. 3 in Verbindung gebracht.

Zeitgemäße Menschenquälerei. Nahezu sechzehn Stunden Dienst hintereinander haben die Schaffner der Omnibus-Gesellschaft „Reform", nämlich von 6¼ Uhr morgens bis 10 Uhr abends. Dafür erhalten sie der „Berl. Ztg." zufolge 45 M. Monatsgehalt und müssen 30 M. Kaution stellen.

Unfug. Von polizeilicher Seite wird mitgetheilt: Der angebliche Ueberfall, der Montag Vormittag auf die 16 Jahre alte Selma Lichtenthal in deren elterlichen Wohnung, Auguststraße 16, verübt worden ist, hat sich, wie das Mädchen jetzt selbst zugiebt, als von ihm erfunden herausgestellt. Sie scheint damit bezweckt zu haben, ein Alleinbleiben in der Wohnung für die Zukunft zu vermeiden.

Leichenberaubung? Auf dem Wege nach seiner Wohnung verstarb am Freitag, wie bereits der Polizeibericht meldete, infolge Herzschlages der Maurerpolir Grese, als er die Madaistraße passirte. Um den Todten, der später nach der Leichenhalle gebracht wurde, sammelte sich sofort eine große Menschenmenge an. Nachdem der Verstorbene jetzt beerdigt, sind Kleidungsstücke sowie die bei ihm vorgefundenen Gegenstände den Angehörigen übergeben worden; letztere vermißten jedoch das Portemonnai, Schlüssel und Taschenmesser, welche Gegenstände wahrscheinlich von „hilfsbereiten" Personen, die die Leiche umstanden, geraubt sein dürften. Als sich G. am Morgen aus seiner Wohnung entfernte, hatte er ca. 30 M. bei sich.

Moderner Gaunerkniff. Zu der Festnahme des Theaterdirektors Maurice wird im Anschluß an unsere bisherigen Meldungen noch folgendes mitgetheilt: M. hat bei allen Verträgen mit seinem kautionshinterlegenden Personal sich das Verfügungsrecht über die Kautionssumme vorbehalten und bei Abfassung der Kontrakte stets zu erkennen gegeben, daß er die Gelder zu geschäftlichen Zwecken benutzen werde. In Fällen, in denen das zu engagirende Personal hiermit nicht einverstanden war, kam das Engagement überhaupt nicht zum Abschluß. Eine strafbare Handlung wird von der Behörde nur darin gefunden, daß, wie die Staatsanwaltschaft meint, M. bei der Uebernahme der Kautionsbeträge gewußt haben muß, daß eine Rückzahlung der Gelder wohl kaum erfolgen könnte, und daß die Direktion dem kautionsfähigen Personal, welches sie lediglich zu dem Zwecke der Geldausnutzung engagirte, nicht von der prekären Lage des Belleallience-Theaters Kenntniß gegeben habe. Nur durch die Verheimlichung dieser Thatsache sind die geschädigten Personen zu der Hergabe der Kautionssumme veranlaßt worden.

In eine furchtbare Lage gerieth der Bauunternehmer S. aus Berlin, als er am Sonntag Abend durch den Rüdersdorfer Wald dem Bahnhof Erkner zueilte. In der Nähe des Flankensees gerieth S. in der Dunkelheit in einen Sumpf, aus welchem er sich nicht wieder zu befreien vermochte; vielmehr sank er bei der Bemühung, sich zu retten, immer tiefer. Die Hilferufe des geängstigten Mannes wurden von Ausflüglern vernommen, denen es erst mit größter Anstrengung gelang, den Bauunternehmer, der bis zur Brust im Sumpfe stak, zu befreien.

Schwer verbrannt wurde vorgestern der Schlosser Gustav Wetter, Hussitenstraße 6 wohnhaft, in der mechanischen Werkstatt des Ingenieurs de la Vari, Kastanien-Allee 10. Wetter hatte sich sein Essen warm gestellt und war in unmittelbarer Nähe der Feuerstelle eingeschlafen. Ein Funken aus der Feuerung war dem Schlafenden auf die wollene Jacke gefallen und hatte die ganze Kleidung in Brand gesetzt. Als Wetter durch heftige Schmerzen geweckt wurde, war er vor Schreck rathlos, so daß geraume Zeit verging, bevor ihm Hilfe kam. Mit schweren Brandwunden am Rücken und an den Armen wurde Wetter durch Schutzleute in ein Krankenhaus gebracht.

Feuerbericht. Nach Stralauerstr. 48 wurde die Feuerwehr Dienstag früh 12½ Uhr gerufen. Hier waren in einer Federnfabrik eine Partie Kartons mit Putzfedern in Brand gerathen. Derselbe wurde nach kurzer Zeit gelöscht, doch hat er das Haus nicht unerheblich beschädigt. Zur gleichen Zeit erfolgte Alarm nach Calvinstr. 21, wo ein Posamentirladen in Flammen stand. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich, doch durch Versicherung gedeckt. Mittags 11½ Uhr war Pankstr. 14a auf der Straße durch einen unglücklichen Zufall eine Flasche mit Gasäther in Brand gerathen, wodurch eine große Ansammlung von Menschen entstand. Die schnell erscheinende Wehr beseitigte die Gefahr.

Die Direktion der Projektions-Vorträge über Kunst und Kultur (Dr. Köppen und Dr. Stöckner) altes Urania-Theater, Invalidenstraße, theilt uns mit, daß der so beifällig aufgenommene Vortrag über „Arnold Boecklin" von Franz Herm. Meißner (gespr. von Herrn Otfried von Hanstein) heute Abend 8 Uhr zum letzten Male wiederholt wird.

Aus den Nachbarorten.

Aus Rixdorf. Einen Fluchtversuch machte am Dienstag ein Untersuchungs-Gefangener des hiesigen Amtsgerichts. Der Handelsmann Paul Schönfisch aus Berlin befindet sich zur Zeit wegen Körperverletzung 2c. hier in Untersuchungshaft. Als er am Dienstag dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde, ergriff er plötzlich die Flucht und gelangte auf die Straße, er wurde jedoch von einem Gerichtsbeamten verfolgt und auf dessen Zurufe in der Bergstraße von einem Passanten festgehalten. Letzterer erhielt hierbei von Schönfisch einen so wuchtigen Schlag ins Gesicht, daß ihm das Blut aus Mund und Nase schoß. Trotz heftigster Gegenwehr wurde Sch. doch überwunden und nach dem Gefängniß zurückgebracht. — Hier wurde gestern ein 72jähriger Greis beim Betteln abgefaßt und in Haft genommen. Auf der Polizei stellte es sich heraus, daß der Verhaftete ein ehemaliger Hauptmann des ersten österreich-ungarischen Jägerregiments namens Schenk war.

Ein Eisenbahn-Unfall hat sich am Montag Abend in der Nähe der Station Reinickendorf der Berlin-Kremmener Bahn ereignet. Ein mit Steinen beladener Wagen befand sich auf dem Geleise, als von Berlin der fahrplanmäßige Personenzug einlief. Der Kutscher hatte zu spät das Herannahen des Zuges bemerkt und so fuhr der Train in das Fuhrwerk hinein, wobei das Gefährt zur Seite geschleudert und eins von den Pferden getödtet wurde. Personen sind nicht zu schaden gekommen.

Ein Familiendrama. Weil sie die Schande nicht überleben wollte, hat sich gestern Nachmittag eine 22jährige junge Frau, die Gattin eines Hausdieners B. in der Koburgstraße zu Schöneberg, nach kaum zweijähriger, glücklicher Ehe den Tod gegeben. B. war kürzlich abends aus dem Geschäft nach Hause gekommen und hatte in der Wohnung bei seiner Frau einen fremden Mann angetroffen, von dem er glaubte, daß er zu jener in unlauteren Beziehungen stehe. Er machte daher seiner Frau, ohne auf ihre Unschuldsbetheuerungen zu achten, die schlimmsten Vorwürfe über ihre vermeintliche Untreue und ging schließlich mit seinem 14 Monate alten Knaben zu seinem in Berlin wohnenden Vater, die unglückliche Frau in größter Verzweiflung allein zurücklassend. Gestern Vormittag nun begab sich der Vater des Mannes zu der jungen Frau und machte ihr ebenfalls „wegen ihrer Schlechtigkeiten" die heftigsten Vorwürfe, bei denen er sich in den gröbsten Beschimpfungen erging. Und am Abend nach 7 Uhr fand man darauf die junge Frau als Leiche vor. Sie hatte sich in ihrer Wohnung mittels einer Zuckerschnur am Ofengesims erhängt. In einem Briefe an den Gatten hatte sie noch ihre Unschuld betheuert.

Die ausgewiesenen Schulkinder. Am 1. November vorigen Jahres zog der Arbeiter Hoff nach Rummelsburg in das Haus Neue Prinz Albertstr. 70. Hoff, der Dissident ist, schickte seine beiden Kinder im Alter von 10 und 7 Jahren in die etwa fünf Minuten von seiner Wohnung entfernte Gemeindeschule zu Rummelsburg. Unbehelligt besuchten die Kinder diese Schule neun Monate hindurch. Da erhielt Herr Hoff am 7. Juli die Aufforderung, monatlich 5 M. Schulgeld für jedes seiner Kinder zu entrichten. Begründet wurde diese Aufforderung mit der dem Vater kundgegebenen Entdeckung, daß das Haus, in welchem er wohne, noch auf Lichtenberger Grund und Boden stehe, und die Gemeinde mithin keinerlei Verpflichtung habe, die fremden Kinder umsonst zu unterrichten. Herr Hoff war sprachlos über diese Neuerung; und er weigerte sich, ein Schulgeld zu zahlen, das annähernd dem Betrage gleichkam, den man für den Besuch einer Realschule entrichten muß. Die Folge war, daß die beiden Schüler aus der Gemeindeschule zu Rummelsburg ausgewiesen wurden. Alle Beschwerden waren natürlich fruchtlos, und Hoff muß seine Kinder jetzt in eine Schule schicken, die fast eine Stunde von seiner Wohnung entfernt liegt. Ist es schon wunderlich, daß man neun Monate gebrauchte, um die Nichtzugehörigkeit der gemaßregelten Kinder zur Rummelsburger Schule zu entdecken, so muß die Höhe des verlangten Schulgeldes doppelt in Erstaunen setzen!

Aus Spandau. Mit den Vermessungsarbeiten für die elektrische Bahn Spandau—Potsdam ist bereits begonnen. — Der Feuerwehrmann Merten ist den schweren Verletzungen, welche er bei dem Schennenbrande in der Alten Bergstraße erhalten hatte, im Krankenhause erlegen. — In der Potsdamerstraße wurde am Sonnabend Abend ein unbekannter Mann beim Ueberschreiten der Schienengeleise von einem Motorwagen gefaßt und eine Strecke weit mitgeschleift, ehe es dem Wagenführer gelang, den Wagen zum Stehen zu bringen.

Gerichts-Zeitung.

Eine Duellflegelei kam gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Der praktische Arzt Dr. Alexander Steinhoff führte in diesem Frühjahre mit seinem Hauswirth einen Zivilprozeß, in welchem der letztere vom Rechtsanwalt Max Aronsohn vertreten wurde. In einem der Termine wurde dem Dr. Steinhoff ein Eid auferlegt, und als er sich zur Leistung desselben bereit erklärte, soll Rechtsanwalt Aronsohn in verwundertem Tone gefragt haben: „Den Eid wollen Sie leisten?" Hierdurch fühlte Dr. Steinhoff sich beleidigt. Er forderte zunächst den Rechtsanwalt auf, ihm eine Ehrenerklärung zu geben, und als hierauf eine Antwort nicht erfolgte, sandte er einen Kartellträger in der Person des Redakteurs Carl Sohlich von den „Akademischen Blättern" zu ihm. Dieser sollte den Rechtsanwalt auf gezogene Pistolen fordern. Da der letztere es ablehnte, in irgend einer Form Genugthuung zu geben, sondern einfach bei der Erklärung beharrte, daß er sich der fraglichen Aeußerung garnicht mehr entsinne und jedenfalls den Dr. Steinhoff nicht habe beleidigen wollen, so kam der Kartellträger gar nicht erst zur förmlichen Ueberbringung der Herausforderung. Die Anklagebehörde hielt aber dennoch die Bedingungen der Kartellträgerei für erfüllt. Im Termine erklärten beide Angeschuldigten, daß sie nicht anders hätten handeln können, als sie gethan. Der Staatsanwalt bezeichnete die Handlungsweise der Angeklagten als frivol und sie sei um so schwerer zu beurtheilen, da Rechtsanwalt Aronsohn lediglich seine Berufspflicht ausgeübt habe. Es ginge im bürgerlichen Leben doch nicht an, daß jemand seinen angeblichen Rechten durch Herausforderung zum Zweikampf Nachdruck geben könne. Er beantrage gegen Dr. Steinhoff zwei, gegen Sohlich eine Woche Festungshaft. Der Gerichtshof verurtheilte Dr. Steinhoff nach dem Antrage des Staatsanwalts, den Angeschuldigten Sohlich zu drei Tagen Festungshaft. In der Urtheilsverkündung hob der Vorsitzende hervor, daß der Zeuge Aronsohn der Mehrzahl der Mitglieder des Gerichtshofes als ein Anwalt bekannt sei, welcher sich auf ruhige und sachliche Ausführungen beschränke.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung (Aufforderung zur Betheiligung an einem Streik unter Anwendung einer Drohung) war der Maurer Hermann Georg Zaggert vom Schöffengericht zu zwei Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Der Zentralverein der Maurer Deutschlands ist eine Vereinigung zur Erlangung günstigerer Lohnbedingungen im Baugewerbe. Im Sommer d. J. wurde bekanntlich auf dem Baumarkte eine Agitation zur Erhöhung des Stundenlohns von 55 auf 60 Pf. entfaltet und einzelne Banten wurden von Beauftragten der Maurergesellen beobachtet. Am 28. Juli vormittags bemerkte der Leiter eines Neubaues der Straße 30, daß der Angeklagte dort auf- und abging. Er soll nun zwei Maurergesellen, die dort in Arbeit treten wollten, von dieser Absicht abgehalten, ihnen vorgehalten haben, daß der erhöhte Stundenlohn dort gar nicht gezahlt werde und die Drohung hinzugefügt haben: „Wenn Ihr nach dem Bau hingeht, so werdet ihr aus dem Verbande herausgeschmissen." Das Schöffengericht war der Ansicht, daß dies nicht nur eine Ehrverletzung, sondern auch eine rechtswidrige Drohung darstelle und in solchem Vorgehen eine große Gefahr für das Berufsleben liege. Deshalb erfolgte die Verurtheilung zu Gefängnißstrafe. In der gestrigen Verhandlung vor der Berufungsinstanz erklärte der eine der in Frage stehenden Maurergesellen, daß er aus freiem Antriebe die Arbeit nicht angefangen, weil er gehört habe, daß nur ein Stundenlohn von 55 Pf. gezahlt werde. Der zweite der Gesellen ist inzwischen nach auswärts verzogen. Der Staatsanwalt hält eine kommissarische Vernehmung dieses Zeugen für nothwendig, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld hielt dagegen eine Freisprechung schon aus rechtlichen Gründen für geboten, weil nach seiner Meinung die Thatbestandsmerkmale des § 153 nicht erfüllt werden durch den Hinweis „event. aus dem Zentralverein hinausgeschmissen zu werden." Der Gerichtshof entschied sich jedoch für eine Vertagung der Verhandlung, um den zweiten Zeugen noch zu vernehmen.

Eine Anklage wegen Sachbeschädigung führte gestern den Handelsmann Spilker vor die 2. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hatte bei dem Rentier Joseph eine Wohnung inne, in welcher er eine Dirne unangemeldet beherbergte. Der Hauswirth legte sich mehrere Nächte auf die Lauer, und als er genügende Anhaltspunkte hatte, erwirkte er die polizeiliche Ausweisung der unbequemen Mitmietherin aus seinem Hause. Aus Niederträchtigkeit haben die beiden dann sowohl die Kammer, als auch den Hängeboden in geradezu kannibalischer Weise verunreinigt. Ein pestilenzialischer Geruch zog mehrere Tage durch das Haus und belästigte die Miether derart, daß sie aus gesundheitlichen Gründen auf die Abstellung dieses Uebelstandes drangen. Die mephitischen Dünste kamen offensichtlich aus der Wohnung des Angeklagten und als der Wirth und die Portierfrau die letztere betraten, prallten sie entsetzt zurück, denn es zeigte sich, daß die beiden freundlichen Miether den Fußboden sowohl der Kammer als auch des Hängebodens als Rieselfelder benutzt und daselbst geradezu erstaunliche Mengen Unraths aufgeschichtet hatten. Die sorgfältigste Karbolreinigung hat nicht vermocht, den Gestank ganz zu vertreiben, außerdem hat das empörende Vorgehen des Angeklagten umfangreichere Reparaturarbeiten nothwendig gemacht. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängniß. Eine gleiche Strafe ist schon früher über die Theilnehmerin an dieser Sachbeschädigung verhängt worden.

Weil sie ihr Kind nicht verhungern lassen wollte, hatte die eheverlassene Frau R. aus Reinickendorf gegen das Eigenthum gefrevelt. Die Frau wurde aus dem Zentralgefängniß in Moabit der zweiten Strafkammer am Landgericht II vorgeführt. Die Unglückliche trug dem Gericht einen für ihren Gemüthszustand wie für die göttliche Weltordnung bezeichnende Bitte vor. Sie hat noch 15 Monate wegen Betruges zu verbüßen und wurde gestern noch weiterer drei vollendeter und zweier versuchter Betrugsfälle schuldig erachtet. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängniß; die Angeklagte bat aber, diese Strafe in eine Zuchthausstrafe umzuwandeln. Sie wolle lieber die schwerere, aber kürzere Zuchthausstrafe erdulden, weil sie dann eher wieder zu ihrem Kinde

komme. Diese Bitte verfehlte ihre Wirkung nicht, zumal die Angeklagte die ihr zur Last gelegten Betrügereien nur begangen hatte, um Nahrungsmittel für ihr hungerndes Kind zu schaffen. Die Angeklagte wurde nicht ins Zuchthaus geschickt, dagegen wurden die Zusatzstrafen für die einzelnen Fälle auf das denkbar niedrigste Maß, nämlich auf fünf Monate Gefängniß zusammengerechnet.

Zur Beherzigung für Hauswirthe und Hausverwalter. Ein kleines Vermögen soll der Gärtner Hermann Frisch bezahlen, weil er in seiner Eigenschaft als Hausverwalter eine grobe Fahrlässigkeit begangen hat. Derselbe stand gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. Frisch ist Verwalter der Geheimrath Willmann'schen Häuser in der Friedenauerstraße zu Schöneberg. In dieser Eigenschaft ließ er im November v. J. eine Hausthürschwelle erneuern, unterließ es aber, die Anrampung alsbald zu bewirken, so daß die neue Schwelle, die höher lag als die alte, gewissermaßen in der Luft schwebte. Die in demselben Hause wohnende Frau des Musterzeichners Leopold stürzte am Abend des 14. November über die betreffende Schwelle, sie brach sich den rechten Ellenbogen und hat fünf Monate zu ihrer Heilung gebraucht. Jetzt ist ihre Erwerbsfähigkeit bei schwerer Arbeit um 40 pCt., bei leichter Arbeit um 20 pCt vermindert. Die arme Frau wurde von dem Unglück um so schwerer betroffen, als ihr Mann sich in der Irrenanstalt Herzberge befand und ihr Kind schwerkrank darniederlag. Da der Angeklagte die gefährdete Stelle mit keinerlei Sicherheitsvorkehrung umgeben, sogar nicht einmal beleuchtet hatte, wurde er wegen der fahrlässigen Körperverletzung zu 50 M. Geldstrafe und zur Zahlung einer Buße an die Verletzte in Höhe von 3000 M. verurtheilt.

Wegen Beleidigung des Amtsvorstehers Schmock in Schöneberg hatte sich heute der Redakteur des „Schöneberger Tageblatt", B. Laverrenz, vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. zu verantworten. Der Amtsvorsteher Schmock hat vor einiger Zeit dem „Schöneberger Tageblatt" die amtlichen Nachrichten entzogen, obwohl dasselbe die Aufnahme ohne Entgelt bewerkstelligte, dagegen wurde dem „Schöneberger Wochenblatte" der Charakter eines amtlichen Organs gegeben und diesem wurde aus der Gemeindekasse Honorar gezahlt. „Das „Schöneberger Tageblatt" hat dieses Vorkommniß in einem Leitartikel besprochen und hat in demselben behauptet, daß der Verleger und Redakteur des „Schöneberger Wochenblattes", der einstige Gerichtsvollzieher A. Rindfleisch, ein unmoralischer Mensch sei, der sich noch in neuerer Zeit mehrfacher Unterschlagungen schuldig gemacht habe. Der Amtsvorsteher habe das Vorleben des Rindfleisch gekannt, habe aber das Blatt desselben subventionirt wegen seines Verhältnisses zu der Schwiegermutter des Rindfleisch, der Wittwe des Vorbesitzers, und um diese nicht der Gemeinde-Unterstützung anheimfallen zu lassen. In diesen Ausführungen erblickte Herr Schmock eine Beleidigung und stellte Strafantrag. Der Gerichtshof erkannte auf 300 Mark Geldstrafe.

Zu sechs Wochen Gefängniß ist der Fischhändler Max von Borondzielski aus Charlottenburg gestern von der 2. Strafkammer am Landgericht II verurtheilt worden, weil er verdorbene Flundern verkauft hatte.

Vom häuslichen Herd des Bürgermeisters. Aus Radevormwald wird berichtet: Die Klage der Elise Haberer gegen den abgesetzten und flüchtigen Bürgermeister Hüsgen vor der Elberfelder Strafkammer endete im Wiederaufnahme-Verfahren mit der völligen gerichtlichen Wiederherstellung des s. Z. zu unrecht so tief verletzten Mädchens. Hüsgen erhielt bekanntlich s. Z. Katzenmusiken, weil die Haberer erzählt hatte, sie sei von Hüsgen in der Nacht zum 7. Juni 1896 und 25. August desselben Jahres mit unsittlichen Anträgen in ihrem Schlafzimmer, in dem außer ihr noch die neunjährige Tochter Hüsgens schlief (und zwar mit der Elise Haberer in demselben Bette) verfolgt worden. Der Landfriedensbruchsprozeß fand Ende Januar d. J. statt. Vorher hatte aber Hüsgen schon, „empört über die Verleumdungen" der Elise Haberer, gegen letztere Strafantrag gestellt, und am 26. November v. J. wurde diese, nachdem Hüsgen mit dreister Stirn geschworen hatte, daß sich das Mädchen alles aus den Fingern gesogen habe, wegen übler Nachrede zu 30 M. Geldbuße verurtheilt. Nunmehr drehte aber der Vater der Haberer den Spieß um, indem er Hüsgen wegen thätlicher Beleidigung der Elise Haberer verklagte. Das Lenneper Schöffengericht, das damals sich mit der Angelegenheit zu befassen hatte, verurtheilte Hüsgen zu drei Monat Gefängniß. Das Urtheil, das in dieser Verhandlung verlesen wurde, sagte, Hüsgen sei mit „erdrückender Wucht" überführt worden. Im übrigen ging daraus hervor, daß Hüsgen allen seinen Dienstmädchen schon nachgestellt hatte, wenn sie erst vier Tage im Dienst waren; daß er in gleicher Weise seine jetzt verheirathete Nichte verfolgt hatte, daß seine Frau das geduldet und gutgeheißen hatte, daß seine erst neunjährige Tochter, im Urtheile „Visiten-Engel" genannt, Fremden gegenüber die Reinheit selbst gewesen, zu Hause aber Kenntnisse von den tollsten Dingen gehabt habe; daß ein Dienstmädchen sogar gegen seine, des Bürgermeisters Nachstellungen, den Schutz der Polizei nachgesucht habe; daß Hüsgen Zeugen beeinflußt habe, daß er stets die schlüpfrigsten Sachen und Zoten erzählt und einmal auf einer Festlichkeit ein Lied vorgetragen habe, das den Rückzug aller anwesenden Damen zur Folge gehabt hatte. Nachdem Hüsgen durch seine Flucht den Verdacht des Meineids nur noch bestärkt hatte, stellte die Haberer durch Rechtsanwalt Niemeyer Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens, dem auch stattgegeben wurde. In der Verhandlung nun sprach die Strafkammer die Elise Haberer, ohne Zeugen vernommen zu haben und ohne zur Berathung abzutreten, frei und übernahm nicht allein die Kosten der Vertheidigung, sondern auch die der Elise Haberer erwachsenen sonstigen baaren Auslagen, dem Antrage ihres Vertheidigers entsprechend, auf die Staatskasse.

Aus Zwickau wird uns vom 22. Oktober berichtet: Wegen Vergehens auf grund der Novelle zum Erwerbs- und Wirthschafts-genossenschafts-Gesetz vom 12. August 1896, § 145a, wurden die Restaurateure der Wirthschaften in Grundstücken des Konsumvereins zu Schedewitz, Wendler und Georgi vom hiesigen Landgericht zu je 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Angeklagten, welche auch nach dem 1. Juni d. J. noch an Nichtmitglieder des Vereins Getränke verabreichten, wurden zuerst vom Schöffengericht und auf erhobenen Einspruch seitens der Staatsanwaltschaft auch vom Landgericht freigesprochen; das Oberlandesgericht hob aber das freisprechende Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, das auf grund der Direktive, welche das Oberlandesgericht in längerer Begründung gegeben, nun zur Verurtheilung gelangte.

Und abermals polizistische Prügelhelden. Das Landgericht Danzig hat am 18. Mai die Schutzleute Lehmann I. und Seele wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung im Amte zu 6 bezw. 4 Monaten und den Schutzmann Hilpert wegen Körperverletzung im Amte in zwei Fällen zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt. Zwei Studenten der Rechtswissenschaft, Dr. E. und M., welche von einem Familienausfluge in etwas animirter Stimmung zurückgekehrt waren, unterhielten sich abends in den Straßen von Danzig damit, daß sie die Firmenschilder ins Englische übersetzten. Die beiden erstgenannten Schutzleute, von denen einer auch etwas Englisch versteht, mischten sich in diese Unterhaltung und kamen bald mit den Studenten in Konflikt. Schließlich verhafteten sie, gereizt durch den Widerspruch, der ihnen zu theil wurde, die beiden Studenten, obwohl sich diese hinreichend legitimirten. Sie transportirten dann die Herren, die sich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht hatten, unter Mißhandlungen nach dem Arrestlokale. Dort hat der dritte Angeklagte den Studenten M. zweimal mißhandelt. Erst um 5 Uhr morgens erhielten die Gefangenen ihre Freiheit wieder. Das Gericht hat bei der Strafabmessung die große Rohheit berücksichtigt, welche alle drei Angeklagten an den Tag gelegt haben. — Die Revision der drei Schutzleute, welche behaupteten, nur nach ihrer Instruktion gehandelt zu haben ꝛc., wurde gestern vom Reichsgericht verworfen.

Ein Schwurgericht ohne Klassenhaß. Aus Winterthur wird uns berichtet: Am Morgen des 13. August wurde in der großen Winterthurer Maschinenfabrik von Gebrüder Sulzer der Mitbesitzer Ziegler von dem Hobler Josef Jolidon aus Belfort (Frankreich) mit einem Gleichmaß in die rechte Brustseite gestochen, so daß er sofort in ärztliche Behandlung genommen werden mußte, während der Arbeiter verhaftet wurde. Der Fall wäre für phantasievolle und von verzehrendem, tödtlichem Hasse gegen die Sozialdemokratie erfüllte Leute sehr geeignet gewesen, an alle Gutgesinnten zu einer Hetze gegen die genannte Partei zu appelliren, allein hier geschah nichts derartiges und nicht einmal das Leiborgan der Fabrikanten machte den Versuch, den Vorgang gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu funktisiziren. Diese Woche fand nun vor dem Schwurgericht in Winterthur die Verhandlung gegen den „Fabrikanten-Attentäter" statt. Da stellte sich heraus, daß der Jolidon ein sehr nüchterner und ordentlicher Arbeiter, sowie ein musterhafter Familienvater ist, der seine Arbeit in der Fabrik stets zur Zufriedenheit ausführte, dagegen von seinem vorgesetzten Meister Merz, einem Streber ersten Ranges, der ihn nicht leiden mochte, chikanirt, ungerecht gebüßt und bei den Fabrikanten wiederholt angeschwärzt wurde, so daß er von der Maschine weggenommen und zum Handlanger degradirt werden sollte. Diese Strafversetzung wollte am erwähnten Morgen der Fabrikant Ziegler vornehmen, dessen Befehl Jolidon nicht sofort gehorchte und wobei er einer üblen Gewohnheit gemäß mit den Fingern vor den Augen Ziegler's herumgestikulirte, wodurch sich dieser bedroht fühlte und dem Arbeiter die Hand herunterschlug. Daraufhin passirte nun der Unfall, über dessen näheren Hergang aber weder Ziegler noch Jolidon etwas sagen konnten; nach der Darstellung des letzteren scheint Ziegler einen Angriff auf Jolidon, der das Gleichmaß in der Hand hielt, beabsichtigt und beim Avanzieren auf Jolidon sich das Instrument selbst in die Brust gestoßen zu haben. Diesen Eindruck hatten offenbar auch die Geschworenen, denn sie sprachen Jolidon frei, worüber nun die kapitalistischen Kreise sehr entrüstet sind und auf die Geschworenen wie die Rohrspatzen schimpfen. Seine Mitarbeiter in der Sulzer'schen Fabrik hatten während der Untersuchungshaft Jolidon's zur Unterstützung seiner Familie 850 Fr. gesammelt.

Versammlungen.

Eine öffentliche Korbmacher-Versammlung, die unter starker Betheiligung am 25. Oktober in den Arminhallen tagte, nahm Stellung zu dem Lohnabzug in der Kugelkorbbranche. Hauptsächlich handelte es sich um die Firma Schlesinger. Den dort beschäftigten Korbmachern wurde am letzten Sonnabend eine Lohnreduktion von 50 Pf. pro Korb angekündigt. Bezüglich einer Arbeitsniederlegung in dieser Werkstatt wurde eine eingehende Debatte gepflogen und aus der Mitte der Versammlung eine Reihe von Anträgen eingebracht. Zwei Anträge verlangten Wiedereroberung des ursprünglichen Lohnsatzes von 5 M., einer dieser Anträge schlug zur Erlangung desselben den Generalstreik vor; beide Anträge wurden abgelehnt. Ein dritter Antrag verlangte Festsetzung des Lohnsatzes von 4,80 M., um welchen Lohn die Spandauer Korbmacher 14 Tage gekämpft hatten; dieser Antrag wurde gegen eine erhebliche Minorität abgelehnt, und stimmte die Versammlung schließlich folgendem Antrage mit überwiegender Majorität zu: „Der Lohnsatz von 4,50 M. ist als Mindestlohn definitiv festzusetzen, denjenigen Kollegen, die unter 4,50 M. pro Korb erhalten, z. B. den Kollegen von Schmidt, Zimmer und Starke ist aufzugeben, sofort an die betreffenden Firmeninhaber mit der Forderung von 4,50 M. heranzutreten; bei Nichtbewilligung ist die Arbeit sofort niederzulegen. Sämmtliche Kollegen erklären, die Streikenden thatkräftig zu unterstützen und zu diesem Zwecke unverzüglich pro Woche 3 M. zu steuern! Eine Resolution, die besagt, daß in einer Branchenversammlung der Korbmacher, die dem Holzarbeiter-Verband angehören, ebenfalls Stellung zur Regelung der Lohnfrage genommen werden solle, wurde abgelehnt. Die anwesenden Spandauer Korbmacher bekundeten Unzufriedenheit mit dem Resultat der Abstimmung; aus der Mitte der Versammlung wurde das Abstimmungs-Ergebniß über den dritten Antrag angezweifelt, vom Bureau der Versammlung aus jedoch nochmals dessen Ablehnung konstatirt. Den Spandauer wie auch einem Theil der Berliner Korbmacher wurde ernstlich zum Vorwurf gemacht, daß sie sich dem in letzter Versammlung gefaßten Beschlusse, pro Woche 1 M. zur Streikunterstützung zu steuern, nicht gefügt hätten. Die Zahl derjenigen Korbmacher, die gegenwärtig unter 4,50 M. arbeiten, wurde auf 180 geschätzt; 52 von diesen waren in der Versammlung anwesend, ihnen wurde anheim gegeben, anderen Tages sofort ihre Mitkollegen zu einer Werkstattsitzung zusammenzuberufen, den Unternehmern die aufgestellte Forderung durch Vertrauenspersonen unterbreiten zu lassen und das Resultat am Mittwoch Abend dem Vertrauensmann der Korbmacher Berlins mitzutheilen. Anzutreffen sei derselbe bei Stramm, Ritterstr. 128. Dost rügte, daß die Korbmacher bei diesem Schritt es unterlassen haben, sich vorher mit dem Holzarbeiter-Verband in Verbindung zu setzen, dem ein großer Theil der durch den angenommenen Beschluß ausständig werdenden Korbmacher angehören und mithin ein großer Theil der zu tragenden Unterstützung zufalle. Die Versammlung verlief zum Schluß ziemlich unruhig.

Der Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands hielt am 21. d. M. seine zweite Monatsversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken an den verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Grillenberger durch Erheben von den Plätzen. Kollege Eichelhardt hielt einen Vortrag über „Rudolf II. von Habsburg und seine Zeit", welcher beifällig aufgenommen wurde. Bei der Diskussion wies Casper speziell auf die verschiedene Art und Weise der Geschichtsschreibung hin. Unter Verschiedenem wurde auf die am 9. November cr. stattfindende öffentliche Versammlung hingewiesen und um recht zahlreiche Betheiligung ersucht.

Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker hielt am 19. Oktober ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Kassenbericht für das 3. Quartal ergab: Bestand vom 2. Quartal 339,61 M., Einnahme 484,85 M., Ausgabe 385,32 M. Bestand vom 3. Quartal 439,14 M. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Den Bericht des Arbeitsnachweises gab Böhm. Nach demselben wurden 316 Kollegen bei 60 Musikgeschäften beschäftigt. Schlechte Ausführung der Musikgeschäfte einzelner Kollegen, wodurch Differenzen mit den Bestellern entstanden, wurden verschiedentlich energisch gerügt. Zum Arbeitsnachweisvorsteher wurde Böhm wiedergewählt. Unter Verschiedenem wurden die Mitglieder vom Vorstande ersucht, die Lokale anzugeben, wo Hauskapellen der Freien Vereinigung spielen, damit dieselben von den Gewerkschaften und Vereinen mehr berücksichtigt werden können.

Die hiesige Verwaltungsstelle des Zentralvereins der Bildhauer hielt am 19. d. M. ihre ordentliche Generalversammlung ab. Beim ersten Punkt wurde es allgemein unliebsam empfunden, daß die Redaktion des „Vorwärts" und die Preßkommission seinerzeit dem Gesuch des Vereins, aus dem „Vorwärts" die Inserate der Arbeitgeber im Arbeitsmarkt zu entfernen, nicht nachgekommen war. Schließlich wurde beschlossen, die Angelegenheit nochmals der Preßkommission zu unterbreiten. — Hiernach folgen die Vierteljahrsberichte der Zentral- und Lokalkasse. Für erstere betrugen die Einnahmen 5193,13 M.; Ausgaben: für Unterstützungen a. an Streikende 351 M., b. an Arbeitslose 2183 M., c. solche auf der Reise 194,50 Mark, d. an Kranke 286 M., = 3014 M. Für Rechtsschutz wurden 51,13 M., für Stellenvermittlung 135 M. verausgabt. An die Hauptkasse gingen 1150 M., insgesammt mit zurückbehaltenem Bestand von 567,04 M. und sonstigen Ausgaben = 5193,13 M. Den Einnahmen der Lokalkasse von 1780,04 M. stehen Ausgaben von 1353,32 M. gegenüber. Bestand 426,72 M. Nach Entlastung des Kassirers wird auf das am 6. November im Böhmischen Brauhaus stattfindende Herbstfest hingewiesen. Zum Schluß weist R. Meyer auf die am 2. Weihnachtsfeiertage stattfindende öffentliche Wanderversammlung für Berlin, Provinzen Brandenburg, Pommern ꝛc. hin. Adressen von Kollegen kleinerer Städte und Zuschriften für obige Versammlung sind an R. Meyer, Schlesischestraße 35, 1. Eingang III. zu richten. Näheres siehe „Bildhauer-Zeitung".

Friedrichshagen. Am Sonnabend, den 23. Oktober, fand in Lerche's Bürgersälen eine Parteiversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des so plötzlich dahingeschiedenen Genossen Grillenberger in üblicher Weise. Alsdann erstattet Genosse Freiwald den Bericht über den Hamburger Parteitag. Nach einer kurzen Einleitung ging der Redner zu einer ziemlich eingehenden Berichterstattung der wichtigen Tagesordnung des Parteitages über. Die Wiedergabe der Ausführungen des Redners, der sich namentlich gegen die Schippel'schen Aeußerungen über die Forderung der neuen Kanonen, sowie über die Betheiligung an den bevorstehenden preußischen Landtagswahlen ausführlich äußerte, erübrigt sich, da durch die Berichterstattung des „Vorwärts" und das inzwischen erschienene Protokoll die gefaßten Beschlüsse allgemein bekannt sind. In der Diskussion nahm als erster Redner Genosse Paatz das Wort. Derselbe glaubt, daß der Charakter des diesjährigen Parteitages ein besserer gewesen sei als bisher, indem sich die Mehrzahl der Parteigenossen von dem gewissermaßen bevormundenden Einwirken unserer Hauptführer freigemacht und die Beschlüsse mehr nach ihrer eigenen Ueberzeugung gefaßt hätten. Den Vorwurf, daß die Vertrauensleute zu viel Geld am Orte behielten und zu wenig an die Parteikasse abführten, hält der Redner für ungerechtfertigt; es ist ein gutes Recht der einzelnen Orte, sich so selbständig wie möglich in bezug auf Geldangelegenheiten zu machen, damit die Genossen nicht genöthigt seien, bei eintretendem Geldbedarf für Agitation ꝛc. sich an die Hauptkasse zu wenden. Redner wendete sich dann gegen den Leiter der Vorwärts-Buchhandlung und kritisirt sein Benehmen gegen den Genossen Hoffmann. Im andern Falle könne man aber auch nicht umhin, das Verhalten des Genossen Hoffmann auf das entschiedenste zu verurtheilen. Der Parteitag sei keine Theaterbühne, auf der die Delegirten ihre Klausen vortragen dürfen. Zum Fall Schippel meint Redner, daß die Angelegenheit denn doch nicht so einfacher und unschuldiger Natur sei, wie sie von verschiedenen Seiten dargelegt wird. Die Bewilligung des warmen Abendbrotes für die Soldaten habe mit derjenigen neuer Kanonen nichts zu thun, ein solcher Vergleich hinkt. Was die Betheiligung an den Landtagswahlen betrifft, so steht den einzelnen Kreisen frei, ob sie sich an den Wahlen betheiligen wollen oder nicht; leider ist vom Genossen Bebel der Beschluß dahin ausgelegt worden, daß die großen Städte verpflichtet wären, sich für Betheiligung zu erklären. An der weiteren Diskussion betheiligten sich noch die Genossen Heyfelder und Sonnenburg. Dieselben äußern sich zum Theil in ähnlichem Sinne wie Paatz. Sonnenburg nimmt Fischer gegenüber den Angriffen Paatz' in Schutz; derselbe thue doch auch seine Pflicht. Hierauf wurde eine Resolution angenommen, in welcher sich die Versammelten mit dem Verhalten der Delegirten des Nieder-Barnimer Kreises auf dem Hamburger Parteitage einverstanden erklärt. Sodann gab der bisherige Vertrauensmann den Jahresbericht. Derselbe ergiebt eine Einnahme von 520,70 M., der eine Ausgabe von 456,05 M. gegenübersteht. Durch unseren Vertrauensmann sind für den hiesigen Ort fünf Volksversammlungen einberufen worden, außerdem je eine in Neu-Rahnsdorf und Rüdersdorf. Auf Listen zum vorjährigen Parteitag wurden 93,75 M., für die Hamburger Hafenarbeiter 223,75 M. im hiesigen Orte gesammelt. Als Revisoren wählte die Versammlung Barth, Heyfelder und Rose. Da der bisherige Vertrauensmann, Genosse Paatz, welcher das Amt bereits zwei Jahre bekleidete, eine Wiederwahl ablehnte, wurde für das nächste Jahr Karl Gran zum Vertrauensmann gewählt. Nach einem Bericht der Lokalkommission wurde die Neuwahl vollzogen, die auf die Genossen Mertens, Hinze, Hübner fiel. — Genosse Schmidt ersucht die Anwesenden, sich an den Sammlungen für die englischen Maschinenbauer zu betheiligen. — Genosse Barth richtete zum Schluß an die Parteigenossen einen warmen Appell, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß ein jeder sein Theil zur Aufbringung der bei den bevorstehenden Wahlen, insbesondere den Reichstagswahlen, erforderlichen Geldmittel beiträgt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Sonnabend Abend von 6 bis 8 Uhr statt.

L. R. 100. Da müssen Sie die Aufgeber und Bezahler des Inserats fragen, für uns lag kein Anlaß vor, die Aufnahme des Inserats abzulehnen.

In dem Bund der Lotterie-Vereine können wir beim besten Willen keine gute Sache erblicken, sollten sich Parteigenossen zu solchem Mumpitz zusammenfinden, so können wir das nur sehr bedauern.

Sch. W. 97a. Wird gelegentlich verwendet werden.

W. E. Die städtische Fachschule für Tischler, Krautstr. 49.

Witterungsübersicht vom 26. Oktober 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresniv.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 0° R.)
Swinemünde .	776	NW	1	Nebel	5
Hamburg . .	776	SO	3	Nebel	4
Berlin . . .	776	SW	1	Nebel	6
Wiesbaden . .	774	NO	1	wolkenlos	7
München . .	774	O	2	wolkenlos	2
Wien	774	NW	2	bedeckt	7
Haparanda . .	767	NW	2	heiter	4
Petersburg . .	764	NW	2	heiter	5
Cork	766	SO	5	bedeckt	13
Aberdeen. . .	770	SSO	2	wolkig	11
Paris	771	SO	1	Dunst	2

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 27. Oktober 1897.
Ruhig und kühl, zeitweise aufklärend, vorwiegend neblig, ohne wesentliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung!
Holzarbeiter!
In der Möbelfabrik von
Eberhardt, Michaelbrücke 1,
Komptoir Holzmarktstr. 21, haben 65 Tischler, 5 Drechsler und 25 Polirer Differenzen wegen die Arbeit niedergelegt. **Zuzug ist fernzuhalten.**

Möbelpolirer!
Bei **Eberhard, Michaelbrücke 1** und bei **Wenkel Nachf., Besselstr. 14,** sind Differenzen ausgebrochen. Um Zuzug fernzuhalten, ersucht [148/16
Die Fachkommission d. Verbandes.

Farbigmacher verlangt E. Beer, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 73.

Tüchtige **Versilberer** sucht **Werkmeister,** Brunnenstr. 194. 1475b

1 Silberschleifer verlangt
1493b **Weichhardt,** Ritterstr. 73.

Korbmachergesellen verlangt
A. Malz u. Co., Weinbergsweg 11 b.

Werkzeugschlosser,
der längere Zeit auf Mechanikknöpfe gearbeitet hat, verlangt
Paul Hübner, Markusstr. 4.

Mamsells auf Mädchenmäntel und Jackets, im Hause, verl.
Lambrecht, Rykestr. 4, IV.

Ein sehr geübt. **Papier-Zuschneider** auf Kartons bei hohem Lohn und dauernder Stelle verlangt. Offerten unter **X. 3** nimmt die Exped. entgegen.

Lehrmädchen auf Karton-Arbeit sucht **Wichert,** Gerichtstr. 20. [1487b

Bilderrahmenmacher
w. verlangt Kottbuser Ufer 32. [1483b

Baroquerahmen-Vergolder und **Farbigmacher** w. verl. Kottb. Ufer 32.

Rahmenkröpfer
sofort verl. Wasserthorstr. 46. [1485b

Tüchtiger Bilderglaser
sofort verl. Wasserthorstr. 46. [1486b

Maurerpolier,
tüchtig und erfahren in Tieffundirung (Kästenkenken) m. guten Empfehlungen, aber nur ein solcher, kann sich melden bei Ramlau, Bernburgerstr. 22a part. rechts (bis 10 u. 5—7). 1488b

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 28. Oktober 1897, abends 8 Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20/22:

Oeffentliche Maurer-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Das Verhalten einzelner Unternehmer betreffs des Lohnes, und wie wurde dieses von der Kollegenschaft zurückgewiesen. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Laut Versammlungsbeschluß werden die Versammlungen von jetzt ab punkt 8 Uhr eröffnet, und ersuchen wir die Kollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

296/13 **Die Lohnkommission.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Berlin.)

General-Versammlung

Heute, Mittwoch, den 27. Oktober, abends 8½ Uhr, in den Andreas Festsälen, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:
Kassenbericht vom 3. Quartal. Bericht des Vorstandes und der Bezirksleiter. Bericht des Arbeitsvermittlers und der Werkstatt-Kontrollkommission. Wahl eines Schriftführers und eines Ausschußmitgliedes. Anträge, Verbandsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

300/20 **Die Ortsverwaltung.**

Donnerstag, den 28. Oktober 1897, abends 6½ Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstr. Nr. 20:

Branchenversammlung der Korbmacher.

Tages-Ordnung:
1. **Die Vertretung unserer Branche im Holzarbeiter-Verband und Wahl einer Kommission.** 2. Die Abzüge in der Kugelfuder-Branche und unsere Stellungnahme hierzu. 3. Verschiedenes und Branchen-Angelegenheiten. 288/1

Für englische Maschinenbauer gingen auf dem Arbeits-Nachweis, Annenstr. 39, folgende Beträge ein: Möbelfabrik Kluge, Fruchtstr. 32 23,40. Parkettbodenbranche 50,—. Tischlerei Arndt, Adalbertstr. 82 2,30. Drechslerei Bredo, Schönhauser Allee 167a 5,05. Tischlereien: Wusterhartz u. Sohn, Alte Jakobstr. 132 10,—. J. C. Pfaff, Saal I, Zeughofstr. 3 18,70. Becker, Oranienstr. 189 0,85. Hinze, Schinkestr. 8/9 5,10. Nielsen, Wrangelstr. 107 2,50. Billow, Grimmstr. 7 4,35. W. Gurisch, Rüdersdorferstraße 48 6,—. Unrau 4,90. Wegeleben, Andreasstr. 32 3,50. Gebr. Schaar, Chausseestr. 39 12,45. Schubert, Kastanien-Allee 14 9,70. Stadero, Pankow, Kreuzstr. 8 2,10. Rahn, durch Rassekt, Brunnenstr. 196 17,—. Knopffabrik Fischer, Kurstr. 38 4,60. Tischlereien: Hoob, Admiralstr. 16 11,25. Philipp, Köpnickerstr. 154a 4,85. Sawatzky, Belle-Alliancestr. 84 6,—. Wiehr, Friedenstr. 47 6,05. Appelt, Reichenbergerstr. 106 10,85. Pianofortefabrik Pfeifer, Wassergasse 4 (1. Rate) 15,40. Pianofortefabrik Hirschfeld, Eisenbahnstraße 19 (1. Rate) 17,40. Tischlereien: Simon, Skalitzerstr. 10 8,10. Peege, Rüdersdorferstr. 48 4,25. Rosser, Alte Jakobstr. 134 4,30. Thiemann, Wittenwalderstraße 17 4,—. Werner, Langestr. 91 5,90. Teschmann, Friedenstr. 47 3,—. Möbelfabrik Kümmel, Gr. Frankfurterstr. 16 (außer den Möbelpolitrern) und Fruchtstr. 37, 3. Saal 43,70. Tischlereien: Elsholz, Krautstr. 52 5,40. Voigt, Weberstr. 3 5,—. Metzer, Dresdenerstr. 2 8,25. Kurth, Neue Hochstraße 7,30. Möbelfabrik Bach u. Kopitz, Königsbergerstr. 30 (außer 12 Mann Saal 1) 12,20. Tischlerei Jacksohn, Fruchtstraße 25 4,50. Möbeltischlerei Gebr. Geißler nebst Budiker 10,90. Tischlereien: Wertz, Gleditzschstr. 26 3,30. Postzki u. Wolf, Stallschreiberstr. 28 5,50. Custodis, Schwedterstr. 258 3,55. Drechslerei Marzahn, Bergmannstr. 91 4,70. Ueberschuß beim Skat bei Bertels, Arkonaplatz 2,30. Tischlereien: Detert, Fruchtstr. 32 2,60. Krause u. Corilla u. Co., Königsbergerstraße 6,75. Berger, Friedenstraße 33 4,—. Feldmann u. Wegner, Belleallancestr. 84 10,90. Zöllner u. Plathen, Königsbergerstr. 26—27 25,90. Pianofortefabrik Wagner u. Co., Frankfurter Allee 47 19,40. Tischlerei Wöhler u. Schwab, Gr. Frankfurterstr. 16 11,30. Einige Bautischler, Putzbuserstr. 19 6,90. Tischler und Maler, Flatow, Andreasstr. 21 0,85. Tischlereien: Schreppe u. Ritter, Admiralstr. 18a 6,75. Kempan, Wrangelstr. 28 7,30. Sand u. Franz, Feilnerstr. 2 5,50.

Achtung! Klempner. Achtung!

Donnerstag, den 28. Oktober 1897, abends 8½ Uhr:

Versammlung

für die Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Klempner

im Lokal von Cohn, Beuthstr. Nr. 20/21. 1 Tr.

Tagesordnung:
1. Abrechnung über die zu den letzten Delegirtenwahlen gesammelten Gelder. 2. Ist die freie Arztwahl in den Krankenkassen durchführbar? Referent: Genosse **Dr. Heymann.** 3. Diskussion. 4. Stellungnahme zu den bevorstehenden Delegirtenwahlen, event. Aufstellung einer Kandidatenliste. 5. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die freiwillige Kommission.**

NB. Diejenigen Kollegen, welche gewillt sind, sich als Kandidaten aufstellen zu lassen, werden ersucht, ihr Krankenkassen-Buch, oder wenigstens die Nummer desselben, sowie ihre Legitimation als organisirte Arbeiter mitzubringen. 14825

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Donnerstag, den 28. Oktober 1897, abends 8 Uhr:

Branchenversammlung

der

Mechaniker, Uhrmacher und verw. Berufsgen.

im Lokale von Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Georg Wagner** über: „Der internationale Arbeiterschutz-Congreß in Zürich". 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Die Kollegen der Gasmesser-Abtheilung der englischen Gasanstalt sind hierzu besonders eingeladen.

161/17 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Töpfer und Ziegler Deutschlands

(Filiale Berlin).

Nachdem die Ueberführung der Bibliothek stattgefunden und eine genaue Sichtung der Bücher stattfinden muß, ersucht Unterzeichneter diejenigen Kollegen, die noch im Besitz von Büchern sind, sie bis zum Sonnabend, den 30. d. M. abzuliefern. 196/17

Die Ortsverwaltung. J. A.: G. Thiele, Tilsiterstr. 80.

Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Mittwoch, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal „Königsbank", Gr. Frankfurterstr. No. 117:

Große öffentliche

Schuhmacher-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Der Streik bei der Ringfirma Simon u. Co. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 188/17

Kollegen, bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller, zu erscheinen. Im Auftrage der Agitations-Kommission.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:

Verkauf frisch gek. schw. perls. und fun. Fleisches.

Rindfleisch . . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . . 40 Pf. [2905L*

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Orts-Krankenkasse des Töpfer-Gewerbes

zu Berlin.

Donnerstag, den 4. November 1897, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Röllig, Rosenthalerstr. 11/12:

Ordentl. Generalversammlung der Mitglieder

(Arbeitgeber und Arbeitnehmer).

Tagesordnung:
1. Neu- bezw. Ersatzwahl der Delegirten (§ 47 des Statuts, 21 Arbeitgeber, 28 Arbeitnehmer).
2. Anträge zur Generalversammlung.

Donnerstag, den 4. November 1897, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Röllig, Rosenthalerstr. 11/12:

Ordentl. Generalversammlung der Delegirten

(Arbeitgeber und Arbeitnehmer).

Tagesordnung:
1. Neu- bezw. Ersatzwahl des Vorstandes (3 Arbeitgeber, 4 Arbeitnehmer).
2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung pro 1897.
3. Beschlußfassung über den Vertrag mit dem Verein der freigewählten Kassen-Aerzte pro 1898.
4. Statutenänderung (§§ 1—68, spez. §§ 2, 13, 14, 19, 27 und 28).
5. Bericht über den derzeitigen Stand der Zentralisation der Orts-Krankenkassen Berlins und der Vororte.
6. Anträge von Mitgliedern.

201/5 **Der Vorstand.**

Unterstützungsverein d. Kupferschmiede Otschlds.

Filiale Berlin.

Sonnabend, den 30. Oktober 1897 in **Feind's** Salon, Weinstr. 11:

ausserordentliche Versammlung.

Die Versammlung beginnt **punkt 9 Uhr.** 99/18

Der Vorstand.

Die Bekanntmachung der Stockarbeiter

in Nr. 250 des „Vorwärts" könnte den Anschein erwecken, als ob es meinerseits böse Absicht gewesen wäre, den Herren meinen Saal vorzuenthalten. Dem ist nicht so, vielmehr mußte die für mich unangenehme Absage erfolgen, weil ich vorher am genannten Tage meinen Saal anderweitig vergeben hatte, was leider durch einen Irrthum in meinen Büchern nicht vermerkt war. Sobald ich den Irrthum bemerkte, habe ich den Herren vom Vorstand der Stockarbeiter Mittheilung gemacht und auch einen kleineren Saal angeboten. Selbstverständlich stehen meine Säle zu Versammlungen und Vergnügungen den Arbeitern nach wie vor zur Verfügung.

Karl Steckert,
Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.

Tanzlehrerverein Solidarität.

Sitzung jeden Freitag bei **Stabernack,** Jüdestr. 10.

Bitte Bestellungen nur dorthin und an Unterzeichneten zu richten. 200/5

Rich. Hartmann, Vorsitzender, Schönhauser Allee 63.

Erwiderung. Erkläre hierdurch, daß ich an den Verein Freiheit III keinerlei Verpflichtungen habe und betrachte die gestrige Aufforderung nur als einen Akt persönlicher Gehässigkeit.

Hermann Bretag, Schlosser, Neu-Weißensee, Kronprinzenstraße 2.

Vereinszimmer zu 60 Personen u. Kegelbahn sof. z. verg. Sophienstr. 5, **Immendorf.**

Mundt's Saal.

Inh.: **Ernst Gründer.**
Köpnickerstraße 100.
Fernsprecher Amt VII 39.
Täglich: **Grosser Ball.**
Entrée } **Herren 50 Pf.**
Tanz }
Garderobe } **Damen 25 Pf.**

Achtung! 4 Säle

zu Versammlungen und Vereins-Festlichkeiten. [2094L*

Alexanderstr. 27c (Engl. Gart.).

Saal frei

für Vereins-Festlichkeiten
3213L* **Bergstrasse 12.**

Johannisbeerwein

1/10 Liter Weinglas 10 Pf.

Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkelterei.

Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar

Kommandantenstr. 67.

Arbeiter-Bildungs-Schule!

Der Unterricht in der **Rechtskunde** muss am **29. d. Mts. ausfallen,** weil ich verhindert bin.

6/12 **Wolfgang Heine,** Rechtsanwalt.

Herbstfest der Bildhauer

Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11—13.

Sonnabend, den 6. November 1897.

Anfang 8 Uhr. Eintrittspreis inkl. Tanz 0.50 M.

Aufführungen: Konzert: Neue Berliner Sinfonie-Kapelle. — **Gesang:** Doppelquartett „Harmonie". — **Solisten:** Herr königl. Sänger Th. Scheer. Herr Rudyke, Cello. Herr Rhein, Piston.

Eine tolle Nacht.

Kommersposse in 1 Akt von H. Dupont.

Musikalisch-humoristische Vorträge von bekannten Kollegen.

Rauchen verboten.

Billets geben ab: O. Meyer, Engelufer 2b 4 Tr.; Trautvetter, Krautstraße 28; Stützer, Josephstr. 10, 2 Tr., Noack, Muskauerstr. 48, 2 Tr.; Prahm, Landsbergerstr. 120; Restaurant Kapplsch, Pallisadenstr. 77; Restaur. Pätsch, Adalbertstr. 82; Restaur. Krummerich, Portstr. 62.

Diese Annonce erscheint nur einmal.

39/10 **Die Vergnügungskommission.**

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Mittwoch, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, in Gröbler's Salon, Bergstraße Nr. 147:

Oeffentliche sozialdemokratische

Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Parteitag. Referent Reichstags-Abgeordneter **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Berichterstattung über die Parteispedition. 4. Bericht und Neuwahl der Vertrauensmänner, der Zeitungskommission und der Lokalkommission.

Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, pünktlich zu erscheinen.

205/19 **Der Vertrauensmann.**

Möbel und Polsterwaaren Franz Tutzauer,
Tischlermeister, Berlin SW., Blücherstr. 14.

Billigstes Harmonika-Angebot!

Für gute Qual. bürgt d. bedeutende Umfang mein. Fabrikation. **Garantie:** Zurücknahme bei Nichtbefriedigung. **Die besten Harmonikas** sind meine unter Nr. 71775 patentamtlich geschützten **Accordinas** (Name gesch.); sie haben weicher., schöner. Ton u. sind leichter, bequemer zu spielen als alle anderen Harm. u. dabei **billiger!** — Eine zehnklappige **Accordina** mit 2 Bässen, 2chörig, unverwüstl., 11falt. Doppelbalg mit Metallschutzecken 2c. kostet **nur Mk. 4,50** gegen Nachnahme. Porto 80 Pf. Verp. u. Schule zum Selbsterl. frei! — Naturgetreu in Bunt ausgef. Abbild. über 2- und 3chör., 17-, 19- und 21klappig Instrumente zur Ansicht franko durch

Karl Adolf Meinel, Untersachsenberg Nr. 5.

Möbel-Tischlerei und Lager

compl. Wohnungs-Einrichtungen

empfiehlt in jeder Holz- und Stilart, vom einfachsten bis zu dem elegantesten, zu den billigsten Fabrikpreisen

Julius Apelt, Tischlermeister, **Skalitzerstr. 6.**

Zu erreichen mit allen Pferdebahnlinien nach dem Kottbuser Thor. (2357L*

Direct von Aachen!

weltberühmt durch seine im **Inlande** und **Auslande prämiirten reellen Tuchwaaren,** versenden wir zu **anerkannt** niedrigen Preisen **Herren-Anzug- und Paletotstoffe** vom einfachsten bis zum elegantesten. Vorzügliche Musterauswahl **franco** an Jedermann! Zahllose **Empfehlungen** aus allen Kreisen beweisen unsere Reellität!

Monopol-Cheviot, uns. bekannte Spezialität, kosten 3⅓ Met. schwarz, blau od. braun zu einem gedieg. Anzug **10 M.**

Anerkennungsschreiben u. Nachbestellungen tägl.!

Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen No. 78.

Brockhaus', Meyer's

Lexikon, Brehm's Thierleben, Klassiker, Weltgeschichten und andere Werke jeder Wissenschaft beleiht und kauft Antiquariat Kochstraße 56. 3.3

Brockhaus, Meyer's Lexikon, ganze Bibliotheken, wissenschaftl. Bücher beleiht und kauft, sabeld. hohe Preise, **Antiquariat Rosenthalerstr. 11/12 I.** 60/10*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben **Putzger, Steglitzerstr. 65.**

Aluminium-Gebisse,

Preis per Zahn inkl. Platte 4 Mark

Kautschuk-Gebisse

Preis per Zahn inkl. Platte 3 Mark. **Plomben** 1,50 M., Zahnziehen 1 M. Schmerzloses Ziehen eines od. mehrerer Zähne (Lachgas- od. Chloroformnarkose) im Beisein eines Arztes 6 Mark.

Waldemar und **Reinhold Haupt,**
Brunnenstraße 18 II.
Frankfurterstraße 113 II.

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. *
Olga Jacobson, Invalidenst. 145.

Dr. Simmel Moritzplatz, i. Haus v. Aschinger

Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Zahn-Atelier.

Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mitt. Cocain, Chloräthyl, Chloroform und Lachgas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigen umsonst; Ratenzahlung gestattet, Woche 1 M. *

Guckel, Lausitzer Platz 2, Elsasserstraße 12, Steglitzerstraße 71.

Charlottenburg. Spreestr. 24, sind getragene Stiefel billig zu haben.

Jede Dame

spart Geld

beim Einkauf von **Damenmänteln, Winterjackets,** hochelег. **Modelle** in **Kragen, Capes, Stickereien** auf **Seidenplüsch, Federkrimmer, Seal** von **5—45. Abendmäntel** auf Seide wattirt, mit echten Straußfedern, Perlbesatzen **30. Stoff-Abendmäntel. Gelegenheitskauf** 8 Mk., **Kragen, Golf-Capes** von **2—10** Mk.

Landsbergerstr. 59 1 Treppe rechts Laden

Anzüge nach Maaß für Herren- u. Knaben

Größte Auswahl in in- und ausländischen **Stoffen** für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** 2c. werden unter **Garantie** des **guten Sitzes** zu **überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Fracks und Gesellschafts-Anzüge für jede Figur passend, werden verliehen. **Barsch,** Kommandantenstr. 72 I, Ecke Beuthstr. Anzüge u. Paletots werd. zu bill. Preisen nach Maaß angefertigt.

Theilzahlung. Monatlich 10 M. liefert **Herrengarderobe** fertig und nach Maaß. Gegen Baarzahlung billigste Preise. **Tomporowski,** Jüdenstr. 37, I.

Winterpaletots, Anzüge, Hosen, spottbillig. Pfandleihe, Neanderstr. 6.

An F. Kitzing!

Zu Deinem 35. Wiegenfeste
Wünschen Dir das allerbeste
Deine Freunde und alten Gäste.
E. B., H. B., P. J., G. H., W. F., E. H., F. O., P. J., Th. D., E. L., W. R.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

(Verwaltungsstelle Berlin.)

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 24. Oktober starb unser langjähriges Mitglied, der Metalldrücker

Georg Schultze.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. Oktober, Nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht

161/16 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Allen Freunden u. Genossen meinen herzlichsten Dank für die Theilnahme am Begräbniß meines Sohnes, insbesondere dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, dem Turnverein Fichte, dem Gesangverein Liberté und den Kollegen und Kolleginnen der Firma Gustav Grohe. 14955

Wilhelm Langfeldt nebst Frau und Geschwister.

---

27. November

sofort gratis zu vergeben. 3324L*

Nieft's Festsäle,
Weberstr. 17.

Lebende Hechte pro Pfund **60** und **70** Pf.
Lebende Karpfen pro Pfund **75** Pf.
Prima frischen Zander pro Pfund **50** Pf.
Pa. frischen Seelachs pro Pfund **20** Pf.
Pa. frischen Schellfisch pro Pfund **20** Pf.
Pa. frischen Cabliau pro Pfund **20** Pf.
Pa. frische Rothzunge pro Pfund **30** Pf.

Alle anderen Fischsorten in reichster Auswahl zu Ausnahmepreisen.

16 Dragoner-Strasse 16

Otto Gundermann

Fischgrosshandlung.

Tägl. Versand nach ausserhalb.

Möbel

in jedem Stil und jeder Holzart äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel 3223L*

Oranienstr. 73.

Steppdecken-Fabrik
Berlin C., Wallstr. 72.

Vorzügl. Handarbeit; staunend billig. Alte Decken werden aufgearbeitet.

Verpackung frei!

Große Betten 12 Mk.

Deckbett, Unterbett, 2 Kissen, mit neuen, gereinigten Federn, bessere 15 u. 18 M., 1½schläfrige 16,50, 20, 24 M. mit guten Federn. **Gutes Daunenbett nur 27 M.** empfiehlt und versendet unter Nachnahme die Bettfedern- und Bettenfabrik von

D. Feibel,
Berlin N., [3181L*
Chausseestr. 111.
Preislisten frei!

Fertige Betten von **9 Mk.** an bis zu den feinsten Herrschaftsbetten,

Bettfedern und Daunen

in größter Auswahl spottbillig.

E. Becker, Landsbergerstr. 45.

Hunde, Vögel, Tauben, Hühner, Kaninchen, Aquarien und Terrarien verkauft und kauft man vortheilhaft durch die „Berliner Thierzeitung". Jeder Thierliebhaber soll die „Berl. Thierz." als treuen Rathgeber in mancherlei Fach-Fragen zur Seite haben. Man abonnirt mittels Karte bei der Exped. Friedrichstr. 244.

Muschelmöbel spottb. verk. Rosenthalerstr. 4 III. l.

Betten, Gardinen, Tischdecken spottb. Neanderstr. 6, Pfandleihe.

Sophastoffe auch **Reste** in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!** 2352L*

Proben franko!

Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Buchen- und Eichen-Abfall-Holz, die beste Ofenheizung — billiger wie Kohle — liefert **W. Jonentz,** Bärwaldstr. 64.

Frdl. 1 fenstr. Zimmer Herrn od. ruhig. Dame bill. verm. Schönleinstr. 16 IV. l.

Freundl. Schlafstelle bei Talke, Zimmerstr. 84, 3. Hof 2 Tr. [14965

Schlafst. vermiethet Berk, Muskauerstraße 24 r. part. 14979

Frdl. Schlafst. zu verm. b. Gen. Remer, Manteuffelstr. 57, v. IV.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Kompromiß oder Bündniß?

Es wird uns geschrieben: Die Debatten, welche die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen in der Partei hervorgerufen hat, und welche durch die Verhandlungen des Hamburger Parteitages hierüber zu einem vorläufigen Abschluß führten, nöthigen, ähnliche Vorgänge in der Partei genau zu verfolgen.

Im Großherzogthum Baden handelt es sich bei den bevorstehenden Landtagswahlen darum, die schon Jahrzehnte dauernde Herrschaft der Nationalliberalen zu brechen. Sozialdemokratie, Demokratie, Zentrum und Freisinnige haben bisher den Versuch gemacht, dies zu vollbringen, aber noch ist es ihnen nicht gelungen, denn das herrschende indirekte Wahlsystem in Verbindung mit der Wahlkreiseintheilung und dem Einfluß der Staatsbeamten verhinderte dieses. Indeß haben sich die Verhältnisse so gestaltet, daß die erwähnten Oppositionsparteien im gegenwärtigen Landtag fast die Hälfte der Kammer bildeten. Eine Veränderung des Stimmenverhältnisses in der Gestalt, daß die Opposition noch 2 Mandate gewinnt, verwandelt die nationalliberal-konservative Mehrheit in eine Minderheit, und ist diese beseitigt, so besteht die Hoffnung, daß alsdann auch das jetzige indirekte Wahlsystem durch Einführung des allgemeinen gleichen, direkten Wahlrechts, für das die gesammte Opposition eintritt, ersetzt wird.

Die Entscheidung über den Sturz der bisherigen Mehrheit hängt in erster Linie von dem Wahlresultat in der Landeshauptstadt, in Karlsruhe, ab, wo die Nationalliberalen bisher eine sichere Mehrheit gegenüber jeder anderen Partei hatten. Vereinigen sich dagegen die Oppositionsparteien, so ist es voraussichtlich um die Nationalliberalen geschehen, sie unterliegen.

Um letzteres herbeizuführen, verhandelten schon seit längerer Zeit Sozialdemokraten, Demokraten und Freisinnige über ein Bündniß auf der Basis, daß jede der genannten Parteien einen Kandidaten aufstellen solle, die alsdann die Anhänger aller drei Parteien gemeinsam zu wählen hätten. Unsere Parteigenossen erklärten sich aber gegen einen solchen Vorschlag, weil sie nach den Nationalliberalen die stärkste Partei bei den Landtagswahlen sind; sie verlangten zwei von den drei aufzustellenden Kandidaten, der dritte solle der Volkspartei zufallen. Auf dieser Basis haben sich schließlich diese beiden Parteien geeinigt und sind gemeinsam in den Wahlkampf eingetreten. Neuerdings haben sich aber die Freisinnigen dem Bündniß insofern angeschlossen, als sie einstimmig beschlossen, die sozialdemokratischen und volksparteilichen Kandidaten zu unterstützen, um auf diese Weise die nationalliberale Mehrheit zu stürzen. Die Gerechtigkeit gebietet, dieses Verhalten der Freisinnigen anzuerkennen.

Wie das in Karlsruhe ebenfalls in betracht kommende Zentrum stimmen wird, darüber ist offiziell nichts bekannt. Von seinem Verhalten hängt wahrscheinlich der Sieg der einen oder andern Seite ab. Seine Leiter, die „klug wie die Schlangen" sind, haben es bisher vermieden, offen Farbe zu bekennen; aber die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die katholischen Wähler, vor die Wahl gestellt, einem kulturkämpferischen, unterdrückungssüchtigen Nationalliberalen oder einem † † † Sozialdemokraten die Stimme zu geben, sich für letzteres entscheiden. Der Wahltag wird über diese Frage Klarheit bringen. Eine Niederlage der Nationalliberalen in der Hauptstadt des badischen Landes wäre auch noch deshalb besonders zu wünschen, weil nächst dem Kaiser es am meisten der Großherzog von Baden ist, der bei jeder Gelegenheit seine Reden gegen unsere Partei richtet und zu ihrer Bekämpfung auffordert.

In dem Baden benachbarten Würtiemberg beschäftigt im Augenblick eine ähnliche Frage die Gemüther eines Theiles unserer dortigen Genossen. Es handelt sich um die bevorstehende Gemeinderathswahl in Stuttgart. Auf dem Stuttgarter Rathhaus kommandiren die nationalliberalen konservativen Mucker, unter dem Namen deutsche Partei. Sozialdemokraten und Volkspartei haben, jede Partei auf eigene Faust, bisher vergeblich Anstrengungen gemacht, das Muckerregiment zu stürzen. Frühere Angebote der Volkspartei, mit unseren Parteigenossen gemeinsame Sache zum Sturze der herrschenden Partei zu machen, wurden von diesen abgewiesen. Allein die Ueberzeugung, daß auf absehbare Zeit keine der Oppositionsparteien stark genug ist, für sich allein mit dem Gegner fertig zu werden, hat schließlich einen Stimmungsumschlag bei unseren Genossen erzeugt, wie folgende Verhandlung zeigt, die in der Parteiversammlung am 20. Oktober stattfand und über die unser Stuttgarter Parteiorgan „Schwäbische Tagwacht" berichtet.

Genosse Kloß war Berichterstatter. Nachdem er auseinandergesetzt, was für wichtige Aufgaben Arbeitervertreter im Stuttgarter Rathhaus zu erfüllen hätten, die aber durch das jetzt herrschende Regiment niemals erfüllt würden, fährt er nach dem Bericht der „Schwäbischen Tagwacht" also fort:

„Die bisherigen Wahlergebnisse hätten aber gezeigt, daß die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit keine Aussicht habe, mit einem reinen Stimmzettel eine Vertretung zu erlangen. Der agitatorische Gesichtspunkt komme bei der Gemeinderathswahl nicht in betracht, es handle sich nur um die Frage, wolle man eine Vertretung erlangen oder nicht. Seitens der Volkspartei sei bereits das Anerbieten gemacht worden, mit uns einige Namen auszutauschen, es handle sich nur um zwei oder drei; jeder Partei bleibe freilich das Recht vorbehalten, die Namen ihrer Austausch- sowie ihrer sonstigen Kandidaten selbständig zu bestimmen. Von einem Kompromiß im landläufigen Sinne des Wortes könne bei einem solchen Namensaustausch nicht gesprochen werden, denn keine der betheiligten Parteien gebe irgend eine ihrer Forderungen auf. Man solle die Frage in Erwägung ziehen, ob man eine Vertretung haben wolle oder nicht; beantworte man die Frage mit Ja, so sei der Namenkaustausch mit der Volkspartei der einzig mögliche Weg. Auf einen gemeinsamen Zettel mit je 5 Namen wolle sich die Volkspartei nicht einlassen und es habe dieser Standpunkt auch insofern etwas für sich, als man mit getrennten Parteizetteln wenigstens die Stimmen der Parteien zählen könne.

In eingehender sachlich geführter Debatte wurden sodann die berührten Gesichtspunkte noch des weiteren ausgesponnen. Einige Redner vertraten den Standpunkt, wenn man mit der Volkspartei einmal ein Abkommen treffen wolle, so sei es doch richtiger, einen gemeinsamen Zettel, zu dem jede Partei die Hälfte der Namen stelle, aufzustellen. Wenn man so gemeinsam die Mehrheit der Stimmen erlange, so sei doch wenigstens dem deutschparteilich-konservativen Muckerregiment gleich eine stattliche Anzahl Sitze entrissen. Die Mehrheit der Redner war dagegen der Ansicht, daß ein Zettel, auf dem nur einige Kandidaten ausgetauscht werden, mehr Aussicht habe, weil bei den Gemeindewahlen der Parteistandpunkt nicht so sehr hervorgekehrt werden könne, wie bei politischen Wahlen. Auf diesem Wege könne mit ziemlicher Sicherheit eine sozialdemokratische Vertretung auf dem Rathhause erreicht werden. Werde dann künftig mit Ausdauer weiter gekämpft, so gelinge es auch in absehbarer Zeit, das Muckerregiment gänzlich zu beseitigen. In der Abstimmung wurde zunächst die Frage entschieden, ob überhaupt ein Abkommen mit der Volkspartei getroffen werden solle. Mit übergroßer Mehrheit entschied sich die Versammlung dafür. Der Vorstand wurde sodann beauftragt, mit der Volkspartei in Verbindung zu treten, um möglichst drei, mindestens aber zwei Namen gegenseitig auszutauschen. Die Ernennung der Kandidaten erfolgt in der nächsten Parteiversammlung."

Die Partei wird mit Interesse der weiteren Entwickelung dieser Vorgänge entgegensehen.

Versammlungen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Schöneberg wurden in einer am Montag in der Schloßbrauerei abgehaltenen Versammlung besprochen. Das Referat hatte Genosse Bebel übernommen, und war der Besuch der Versammlung ein ungemein zahlreicher. Mehr als tausend Personen füllten den nicht sehr geräumigen Saal. Bebel schickte seinem Vortrage die Bemerkung voraus, daß er erst kurze Zeit, von der noch ein beträchtlicher Theil auf Reisen entfalle, in Schöneberg wohne. Er habe daher noch keine Gelegenheit gehabt, sich über die lokalen Verhältnisse zu informiren und könne also auch nicht über die Schöneberger Gemeinde-Angelegenheiten im besonderen sprechen. Der Redner erörterte dann in nahezu zweistündigem Vortrage unter lebhaftem Beifall seiner Zuhörer die Gründe, welche die Arbeiter veranlassen müssen, trotz der Schwierigkeiten und der geringen Aussichten, welche das Dreiklassen-Wahlsystem ihnen bietet, Vertreter aus ihren eigenen Reihen in die Stadtverordneten-Versammlung zu entsenden. Zwar sei den Besitzenden unter der Herrschaft des gegenwärtigen Wahlverfahrens in jedem Falle die Majorität gesichert. Die Vorschrift, daß auch von den in der dritten Abtheilung zu wählenden Vertretern die Hälfte Hausbesitzer sein müssen, und solche sich natürlich unter den Schöneberger Arbeitern nicht befinden, eröffne unseren Parteigenossen nur die Aussicht auf die Hälfte der Mandate der dritten Abtheilung. Das dürfe aber die sozialistischen Arbeiter nicht hindern, mit aller Kraft in den Wahlkampf einzutreten, denn die Angelegenheiten, welche der Gemeinde-Verwaltung unterstehen, berühren die Interessen der Gemeinde-Angehörigen viel näher und unmittelbarer, wie die Thätigkeit der gesetzgebenden Körperschaften. Wenn auch unsere Genossen in der Stadtvertretung nicht viel durchsetzen können, so könnten sie doch durch fortgesetzte unerschrockene Kritik der gegnerischen Maßnahmen mancherlei Uebeles verhindern. Der Redner beleuchtete eingehend die mannigfachen Aufgaben, die der Gemeinde auf dem Gebiete der Wohlfahrtspolizei, der Hygiene, der Krankenpflege, des Schulwesens u. s. w. zufallen und wies nach, daß hier noch sehr viel zu gunsten der Besitzlosen zu verbessern sei, was sich durchführen lasse, ohne daß an den Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft etwas geändert werde. Zum Schluß forderte er auf, daß jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch mache und nicht vor der öffentlichen Stimmabgabe zurückscheue. Je zahlreicher die Betheiligung, desto weniger seien Maßregelungen zu fürchten. Deshalb möge jeder seine Schuldigkeit thun. — Da Gegner sich nicht zum Wort meldeten, nahm die Versammlung von einer weiteren Aussprache Abstand und beschloß, daß die sozialdemokratischen Wähler sich nur in denjenigen 8 Wahlbezirken der dritten Abtheilung betheiligen, wo keine Hausbesitzer zu wählen sind. Auf Vorschlag des sozialdemokratischen Wahlkomitees wurden folgende Kandidaten aufgestellt: Tischler Raue, Köster und Hoffmann, Klempner Masuch, Schankwirth Obst, Buchdrucker Schubert, Schlosser Meiling und Graveur Peterson. In der nächsten Woche sollen Bezirksversammlungen abgehalten werden, in denen die Kandidaten sich persönlich den Wählern ihres Bezirks vorstellen.

Im Fachverein der Stellmacher wurde in der Versammlung vom 14. d. M. der Kassenbericht gegeben. Danach war im dritten Quartal eine Gesammteinnahme von 540,36 M. eine Ausgabe von 111,86 M. zu verzeichnen, mithin verblieb ein Kassenbestand von 428,50 M. Blaurock hielt ein Referat über die Frage der Organisationsform. Redner trat für Lokalorganisation mit Vertrauensmännersystem ein. Die folgenden Redner kritisirten bald die eine, bald die andere Form der Organisation, doch neigten die meisten in ihren Ausführungen mehr dem Holzarbeiter-Verband zu. Von einem Beschluß hierüber wurde Abstand genommen und eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die nun zu prüfen hat, welche Zentralisirungsform für die Stellmacher wohl am zweckmäßigsten wäre, und dies der nächsten Versammlung zu unterbreiten.

Der Verein Berliner Droschkenkutscher nahm in seiner ordentlichen Mitgliederversammlung per drittes Vierteljahr den üblichen Geschäfts- und Kassenbericht entgegen, welcher zu Beanstandungen keine Veranlassung bot. Gelegentlich der Beschlußfassung über zu veranstaltende Wintervergnügungen kam es zu lebhaften Debatten in betreff der Lokalfrage. Dem Vergnügungsausschusse wurde zur Pflicht gemacht, kein gesperrtes Lokal zu miethen, wie dies seitens des Vorstandes leider gelegentlich der im Sommer stattgehabten Landpartie geschehen sei, indem dieser einem Versammlungsbeschlusse entgegen das Lokal „Alte Fischerhütte" als Zielpunkt bestimmt hatte an stelle der Brauerei Pichelsdorf. Wenn letzteres Lokal zur Abhaltung des Sängerfestes tauglich sei, müsse es für den Verein doch sicher passend erscheinen. Bei Vergnügungen müsse unbedingt die Lokalliste berücksichtigt werden. Vom Vorstande wurde demgegenüber der Standpunkt vertreten, daß die Lokalliste in ihrer jetzigen Abfassung unhaltbar und eine Zwickmühle hauptsächlich für die größeren Gewerkschaften sei. Wenn man den Arbeitern predige, sich zu organisiren und dann der Organisation als solcher Lokale verbiete, deren Besuch den einzelnen Arbeitern gestattet sei, so sei dies ein unhaltbarer Widerspruch. In bezug auf die Stadtlokale könne die Lokalliste zur Durchführung gebracht werden; anders verhalte es sich indessen mit den Lokalen in der Umgegend Berlins, von denen diverse für Versammlungszwecke ganz und gar nicht in betracht kämen und doch gesperrt seien. Das sei eine verfehlte Taktik, die dringend der Abänderung bedürfe, wolle man nicht die großen Gewerkschaften wider deren Willen in steten Widerspruch mit der Lokalliste setzen, und soll nach dieser Richtung hin die erforderliche Anregung gegeben werden. Die Versammlung erörterte im weiteren Verlaufe der Verhandlungen noch etliche sachgewerkliche Angelegenheiten. Seitens der Vertrauensleute werden den ausständigen englischen Maschinenbauern 50 M. aus öffentlichen Geldern überwiesen werden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die Ortsverwaltung Schöneberg tagte am 21. d. M. bei Obst. Nach einem Referat von Obst wird eine Resolution angenommen, in der sich die Anwesenden verpflichten, dem Holzarbeiter-Verbande beizutreten. Die Mitgliederversammlungen finden jeden Donnerstag nach dem ersten statt.

Rixdorf. Am 19. Oktober tagte hier eine Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, in der Genosse Hansen einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Innungswesen hielt. In der Diskussion sprach Volkmann im Sinne des Referenten. Der Kassirer erstattete den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wird demselben Decharge ertheilt. Zum Punkt „Verschiedenes" wird ein Antrag Volkmann's, eine Beschwerde an die Preßkommission zu richten in betreff der eingesandten Berichte im „Vorwärts", angenommen.

Arbeiter-Bildungsschule. Inselstr. 10, v. 2 Tr. Mittwoch: Nationalökonomie (Grundbegriffe der Nationalökonomie; Dr. Conr. Schmidt). Donnerstag: Geschichte (Die vorgeschichtliche Zeit und die ersten geschichtlichen Ueberlieferungen; Dr. Georg Zeppler). Die Bibliothek ist von 8–9 Uhr geöffnet. Mitgliedsbeitrag monatl. 25 Pf., Kursus (10 Abende) 1 M. pro Fach. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folg. Stellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Meul, Barnimstr. 42; Schiller, Rosenthalerstr. 67; Gleinert, Müllerstr. 79; Paul Mücke, Manteuffelstr. 128; H. Königs, Dieffenbachstr. 30. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Paul Mücke jr., SO. Manteuffelstr. 128, Geldsendungen an den Kassirer H. Königs, S. Dieffenbachstr. 30, zu senden.

Theater- und Vergnügungsverein Helgoland. Heute Abend 9 Uhr Ackerstr. 141: Sitzung.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Heute Abend 8½ Uhr: Gr. Versammlung mit Frauen in G. Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstraße 75. Vortrag des Herrn Dr. J. Sternberg.

Die neue Winter-Preisliste wird kostenfrei zugesandt.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung Berlin W. Leipzigerstr. III.

Damenstrümpfe, schwarz, gestrickt **70,** reine Wolle **95** Pf.

Kinderstrümpfe, schwarz,

für ca. 1	2	3	4–5	5–6	6–7	7–8	8–10	10–12	12–14 Jahre
32	40	45	50	55	60	70	75	80	85 Pf.

Damen-Röcke, gestrickt mit hellen Streifen 1,20 Mk.

Herren-Westen, 4 Grössen 3,25, 3,50, 3,60, 4 Mk.

Soeben erschien ein neuer

Kinder-Kalender 1898.

Ein Jahrbuch zur Unterhaltung und Belehrung. Märchen, Erzählungen, Lied für Kinderstimme, Gedichte, Sprüche, Verwandlungs-Aufgaben, Rätsel.

Mit 12 Farbendruckbildern und zahlreich. Illustrationen, 190 Seiten stark, nebst einer Spielbeilage. In elegantem festem Einband . . . . . 75 Pf.

Hausschürzen 70 Pf.

Wirtschaftsschürzen 1,15 und 1,20 Mk.

Tändelschürzen, farbig 1 Mk. schwarz 1,25 Mk.

Hutgarnituren

Flügel, alle Farben 18 Pf. Vögel, schwarz 20 Pf.

Matrosenhüte, farbig, mit schwarz. Ripsband garnirt 2,90 Mk.

Seemoos, grosses Bund 30 Pf.

Nackenrüschen

Chiffon in allen Farben 60 Pf.

Spitze mit Band 30 und 42 Pf.

Warenhaus A. Wertheim

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 27. Oktober.

Opernhaus. Haschisch. A Basso Porto. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orleans. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Die versunkene Glocke. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Faust, 2. Theil. Anfang 7½ Uhr.
Goethe. Hasemann's Töchter. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Hans Huckebein. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Aschermittwoch. Vorher: Lieb' im Spiel. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Odette. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Das Stärkere. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Pariser Leben. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Maria Stuart. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Tohu-Bohu. Anf. 7½ Uhr.
Ostend. Die Geisterglocke. Anfang 8 Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Das Zeichen des Kreuzes. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Im Sumpf. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
American. Berlin, wie's näht und trennt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Indisches Dorf.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Mittwoch, abends 8 Uhr: **Das Stärkere.**

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**

Freitag, abends 8 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.

Abends 8 Uhr:

Maria Stuart.

Ein Trauerspiel von Fr. v. Schiller.

Morgen Donnerstag:

Der große Wohlthäter.

Direkte Verbindung mit dem Theater: Elektr. Bahn: Dönhoffplatz—Reichenbergerstraße in **10** Minuten.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.

Direktion Richard Schultz.

Mittwoch, den 27. Oktober 1897:

Emil Thomas a. G.

Zum 54. Male:

Berliner Fahrten.

Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer. Anfang ½8 Uhr.

Morgen und die folgenden Tage: **Berliner Fahrten.**

Thalia-Theater.

Mittwoch, den 27. Oktober 1897:

Zum 12. Male:

Hôtel Tohu-Bohu.

(L'Auberge du Tohu-Bohu.)

Vaudeville in 3 Akten von Maurice Ordonneau. Deutsch von Viktor Léon. Musik von Viktor Roger.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**

Letzte Woche:

Die Geisterglocke.

Drama in 4 Akten von C. Matthias. Musik von C. Schiller. Anfang 8 Uhr.

Sonntag: Auf allgemeines Verlangen zum letzten Male: **Am Altar.**

89472

Personen haben nach Ausweis der Kassenbücher in den bisherigen **50** Aufführungen der Zug- u. Kassenstücke

Im Atelier u.

Ein Abend im Wintergarten

das

1. Original-Budapester Possen- u. Operetten-Theater

in Kaufmann's Variété

besucht! Es repräsentirt dies einen ☛ **Erfolg**, wie ihn trotz der unnachahmlichen Eigenart ihrer völlig individuellen Komik und ihrer notorischen Beliebtheit **Donat u. Anton Herrnfeld** doch in allen ihren Stücken ☛ bisher so gross noch nie gehabt.

Urania

Taubenstrasse 48—49.

Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.

Invalidenstrasse No. 57/62: Täglich (ausser Sonntags und Mittwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.

Näheres die Tagesanschläge!

Urania-Theater (Invalidenstr. 57). Dir.: Dr. Köppen u. Dr. Stoedtner.

Mittw.: **Arnold Böcklin** 8 Uhr. Vortrag m. z. Th. farb. Lichtbildern.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.

Bärenweib

die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!

Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Passage-Panopticum.

Letzte Woche:

Indisches Dorf

mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt

Monng Toon.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.

☛ **Täglich:** ☚

Hoffmann's Quartett

und

Humoristen.

U. a.: **„Charivari."**

Sensationelle Novitäten von

Müller Lipart.

Anfang: Sonntag 7 Uhr. Woche 8 Uhr.

An **Sonnabenden** werden die Gesammträume des Concerthauses zu **Festlichkeiten** vergeben.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77.

Das grösste Wunder des 19. Jahrhunderts!

Das ☛
☛ **flammende** ☚
☛ **Räthsel?**

Ferner grosser Erfolg der

3 frères Apollons, Reuter, Nivello, Bland.

24 erstklassige **24**

Spezialitäten.

Anfang des Konzerts 7½ Uhr, der Vorstellung **8** Uhr.

☛ **Entree 50 Pf.** ☚

Im **Reichshallen-Tunnel**

Donnerstag, 28. Oktober:

Militär-Graf-Konzert

Kapelle des 2. Garde-Reg.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. **J. Glück.**

Erna Koschel. Mr. Brown.

Miss Marie Halton.

Mr. Rapoli. Dagmar Hansen.

Neun Heinzelmännchen.

Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr.

Montag, den 1. November 1897:

Wiederauftreten des Gesangshumoristen

Robert Steidl

und vollständig neues Programm.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).

Mittwoch, den 27. Oktober 1897, abends 7½ Uhr:

Grande Soirée equestre.

150 Pferde nach einander in der Manege. Hippolog. Monstre-Tableau, vorgeführt vom Dir. **Busch.** 12 ung. Fuchshengste und 10 trakehner Rapphengste, dressirt und vorgeführt vom Dir. **Busch. Pferd und Elefant.** Original-Dressur des Sign. **Corradini. Tourbillon equestre,** geritten von 20 Damen. Eine Tanzschule, große Quadrille, geritten in historischen Kostümen. Die Marmor-Statuen, dargestellt von Gebrüder **Berngère. Gebr. Ratta,** eine Velocipedefahrt an der Circusdecke.

Morgen: Neues Programm. Eine Velocipedefahrt an der Circusdecke.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant

97. Dresdener-Straße 97.

Die Reezenburg.

Bilder aus dem Berliner Volksleben von L. Ely.

Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 7½ Uhr. — Entree: Sonntags 40 Pfg., Wochentags 20 Pfg.

Konzerthaus Sanssouci

Kottbuser Straße Nr. 4a.

Dir. **H. Pierry.**

Artistischer Leiter **Jos. Aichinger.**

Stürmisch. Erfolg. Riesiger Beifall.

Sportmädel.

Neu! **Guste auf Posten.** Neu!

Vorzügliche neue **Spezialitäten.**

Anfang des Konzerts: Wochent. 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Anfang der Vorstellung: Wochent. 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 50 Pf.

Wochent. Passe-partouts gültig. Diese Vorstellungen finden jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag statt.

Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.

☛ **Täglich** ☚

Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Novitäten-Programm.

U. a.: **Deta Waldau,** U. a.: bildschöne Kostüm-Soubrette.

Eugen Rosée, der beste Mimiker.

Neu! Wer ist der Vater? Neu!

Burleske mit Gesang und Tanz.

Neu! Die zweite Frau. Neu!

Volksstück.

Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Preise wie gewöhnlich.

Alcazar

Variété-Theater I. Ranges.

Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage) Annenstraße 42/43.

Direktion **Richard Winkler.**

Vornehmster Familien-Aufenthalt.

Neu! Novität! Neu!

Der Herzverführer.

Große Ausstattungs-Operette in 1 Akt von Leop. Ely. Musik von Holländer.

Vorher:

Tante Mollig. Posse in 1 Akt.

Auftreten sämmtl. Kunst-Spezialitäten.

Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.

☛ **Entree 30 Pf.** ☚

Reservirter Platz 50 Pf.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22.

Dir.: **Winkler & Fröbel.**

Nur noch bis Sonntag: • Um 8½ Uhr:

Rich. Winkler u. Wilh. Fröbel in der urkom. Gesangsposse

☛ **'Ne wilde Sache.** ☚

Dazu das erfolgreiche brillante

Oktbr.-Riesen-Programm.

Fidele Droschkenfahrt u. s. w.	Miniatur-Circus Nelly u. s. w.

Anfang 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

In Vorbereitung:

Die Ballet-Ratten.

American-Theater.

Dresdenerstr. 55.

Mittwoch, den 27. Oktober 1897:

Kolossaler Erfolg! Stürmischer Beifall!

Zum 47. Male:

Berlin wie's näht und trennt.

Volksstück m. Gesang in 2 Abth. v. L. Ely. Musik von M. Schmidt.

Der Traum von Bayreuth.

Parod. Traumbild.

Hugo Schulz als Seemann. **Wally Smollm,** Excentrique-Soubrette. **Emmy und Ernst Nebentisch** als Zukunfts-Ehepaar. **Paul Bendix,** Humorist.

Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7½, Wochentags 8 Uhr.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.

Heute Mittwoch, 27. Oktober:

Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.

Morgen Donnerstag, 28. Oktober:

Tochter der Hölle.

Lustspiel in 5 Aufzügen von Knellel.

Wedding-Park

N., Müllerstr. 178.

Jeden Mittwoch:

Norddeutsche Sänger

Ziegler, Wolff, Hohenberg rc.

Entree 20 Pf. [33219*

H. Ebert's Festsäle

Kommandantenstrasse 72.

☛ Habe noch einige Sonnabende u. Sonntage im November und Dezember frei. ☚ 14455

4. Ziehung d. 4. Klasse 197. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 26. Oktober 1897, vormittags.
Nur die Gewinne über **210** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

70 284 557 81 662 708 988 **1003** 167 206 [500] 15 41 302 497 882 820 68 **2153** 228 89 376 435 935 **3019** 29 494 590 934 **4340** 424 39 328 68 713 848 50 83 **5054** 230 [300] 305 19 518 68 645 850 54 77 928 **6006** 117 46 251 372 403 571 619 740 **7034** 42 156 263 88 [300] 391 419 553 935 83 **8357** **9040** 289 395 403 [300] 700 33 49 78 692

10129 99 221 305 499 531 [1500] 641 725 51 842 963 **11147** 206 365 76 464 528 70 **12065** 87 139 [3000] 272 346 436 98 537 46 [1500] 58 631 711 70 819 **13001** 8 104 219 308 503 659 85 741 843 946 **14032** 145 [1500] 570 967 702 822 **15082** 234 60 482 620 42 732 94 911 37 [1500] **16084** 137 92 368 448 604 7 21 798 **17000** 62 250 64 321 572 619 735 76 910 **18414** 690 880 **19268** 92 425 722 807 67 79

20027 374 558 703 **21126** 56 89 208 357 459 78 502 773 98 943 70 [300] 90 [300] **22042** 117 [5000] 72 93 407 531 58 89 701 **23052** 244 451 86 534 680 896 954 **24098** 228 75 435 640 [1500] **25222** 416 17 508 948 76 53 **26045** 246 509 736 81 820 62 944 **27025** 115 43 312 425 783 [300] 905 **28838** 57 [1500] 450 507 606 749 70 809 **29080** 170 304 43 537 673 91 792 [300] 805 97 [300]

30048 95 107 201 16 354 439 79 528 [300] 68 658 [1500] 81 853 991 [300] **31157** 78 298 327 34 465 95 [3000] 545 684 812 54 76 **32372** 414 15 582 767 77 880 907 24 **33054** 174 402 98 623 89 867 959 **34006** 19 92 100 6 35 78 [500] 241 381 664 848 [3000] **35053** 56 181 72 397 [1500] 408 [1500] 73 577 607 754 845 942 88 **36194** 320 52 493 55 537 609 27 **37168** 99 369 415 517 767 [5000] 840 938 66 [500] **38035** 71 74 107 16 410 540 [300] 80 81 **39179** 231 357 470 522 837

40017 115 234 417 685 724 58 811 13 956 95 **41006** 25 50 [300] 80 369 405 [10000] 597 57 615 770 872 949 **42090** 289 332 589 806 89 976 **43133** 96 278 410 89 790 963 998 95 **44032** 214 48 485 561 92 663 708 [1500] 800 72 912 94 **45160** 243 [300] 44 338 57 58 [300] 81 911 750 806 66 957 87 **46019** 83 86 108 [3000] 54 209 [500] 16 414 16 564 618 38 725 66 [1500] 326 80 980 [500] **47235** 52 317 403 524 602 747 825 36 956 61 66 **48066** 214 64 300 12 39 615 56 702 87 868 [1500] 987 **49333** 444 594 697 721 [3000] 86

50017 156 239 [1500] 376 628 81 775 88 856 80 911 43 **51111** 61 254 365 406 12 624 706 15 44 898 **52117** 351 95 505 51 770 976 **53110** [1500] 37 290 307 48 440 507 11 56 691 811 **54072** 153 87 491 599 [300] 658 783 93 902 **55127** 64 77 402 609 802 79 81 900 **56207** 324 36 400 23 56 [3000] 75 552 78 801 948 **57126** 93 225 [300] 76 308 575 773 97 **58004** 17 60 299 345 [300] 448 551 82 673 87 718 **59157** 269 442 44 545 98 601 15 51 797 812 27 68 919 39

60144 83 213 26 305 414 507 97 826 912 **61061** 109 280 555 625 887 93 960 **62037** 55 92 152 67 816 **63079** 120 229 55 [300] 71 401 73 801 92 848 818 **64003** 163 86 429 570 665 86 770 816 964 75 **65316** [1500] 39 62 73 467 603 11 785 835 **66126** 727 67 840 945 [300] **67564** 788 [300] 89 831 **68129** 60 216 524 96 798 **69113** 37 271 401 631 753 [300] 889

70252 313 520 85 96 696 885 936 **71422** 518 739 45 53 991 **72198** 232 44 400 531 672 709 854 57 **73130** 228 330 565 702 827 94 950 91 **74124** 249 483 537 43 58 [300] 612 958 **75060** 158 254 79 803 416 677 981 **76166** 290 429 517 602 61 729 39 828 955 64 [3000] **77028** 29 67 78 122 387 99 415 [500] 515 43 88 600 75 [300] 759 **78100** 405 10 43 81 609 15 31 700 **79034** [3000] 158 230 305 441 537 744 603 73 982 43

80034 66 157 79 [3000] 338 562 83 670 93 719 57 85 838 905 **81224** 47 440 571 628 764 [300] 812 **82189** 280 572 806 913 **83160** 377 94 96 856 912 **84003** 115 213 [3000] 64 [300] 368 523 609 14 774 825 940 41 **85129** 348 491 **86204** 6 9 15 350 441 81 500 616 99 744 825 85 [300] **87072** 356 568 761 820 [3000] 976 **88006** [1500] 49 271 96 346 67 [1500] 450 61 84 611 **89231** 74 [15000] 492 551 625 744 51 846 [5000] 923

90132 58 59 66 227 372 93 511 780 827 **91079** 143 240 45 66 [500] 579 87 642 [500] 83 728 976 **92184** 226 426 78 515 758 [300] 842 52 **93036** 366 442 69 567 623 37 [1500] 45 [3000] 69 712 71 [3000] 816 58 **94076** 286 [300] 305 93 840 59 **95125** 45 86 307 685 37 62 814 18 **96230** 142 205 324 50 462 [3000] 692 753 77 852 95 **97432** 659 738 875 920 86 **98217** 30 76 77 518 40 850 **99000** 143 51 94 244 543 652 94 799 [300] 987

100054 295 637 834 40 71 925 **101019** 138 [500] 373 [500] 471 542 73 88 627 878 83 970 **102053** 118 424 536 41 600 733 96 862 **103007** [300] 64 193 258 386 412 40 [1500] 71 574 782 808 38 89 **104029** 238 57 649 704 895 940 **105417** 564 609 16 841 **106016** 195 344 [500] 406 571 636 751 862 64 [300] 983 [500] **107181** 450 557 79 652 952 64 66 **108485** 97 533 616 62 780 861 **109069** 106 27 85 211 370 95 457 588 [1500] 610 73 707 [1500] 59 91 822 961

110034 165 609 10 876 950 **111050** 232 354 452 618 713 36 66 **112072** 175 307 34 451 595 **113176** [300] 258 90 373 641 704 **114350** 69 87 517 802 14 27 76 **115491** 546 967 **116016** 220 399 443 55 87 530 635 755 942 [300] 96 **117042** 115 206 317 490 [500] 544 [300] 656 759 [300] 90 836 92 958 **118064** 195 452 58 548 619 749 78 802 922 99 **119110** 19 337 91 411 [1500] 699 731 887

120039 90 [300] 643 94 702 56 **121081** 112 473 94 545 627 122082 697 785 **123012** 52 255 324 30 736 69 989 **124112** 271 300 4 530 95 **125117** [3000] 28 [300] 71 340 [500] 91 526 50 779 81 879 908 **126414** 300 544 [300] 74 993 **127054** 115 313 [300] 509 91 612 40 715 98 823 97 **128180** 89 300 96 483 662 68 969 **129037** 71 97 117 19 289 [300] 463 503 30 603 705 907 41

130266 373 456 679 711 **131236** 54 585 699 713 835 49 70 906 34 **132188** 237 54 709 97 **133006** 56 116 98 321 451 524 29 713 895 [3000] 922 [3000] **134042** 89 295 316 20 78 423 [300] 45 509 641 71 **135187** 95 225 340 421 627 95 804 62 **136024** 249 371 420 516 70 612 73 84 891 939 **137028** 46 97 [300] 172 259 85 829 670 891 96 **138140** 383 408 [300] 757 [1500] 92 814 **139189** 214 381 [300] 464 821 938

140145 75 296 318 476 639 **141084** 260 74 371 447 947 66 67 680 818 **142189** 258 370 461 509 84 655 [500] 71 868 900 **143028** 63 65 212 415 508 909 41 59 **144010** [1500] 99 113 350 91 489 604 52 790 864 95 **145137** 73 74 210 85 389 94 415 28 [3000] 504 [3000] 681 70 **146031** 46 [300] 127 400 [300] 580 958 91 **147016** 62 164 203 62 310 502 28 797 809 76 **148070** 287 416 625 721 345 73 966 **149054** 79 [1500] 253 415 26 61 561 614 27 41 747 941

150061 163 583 [500] 79 854 59 988 **151061** 115 93 349 436 506 734 814 [500] 63 **152305** 61 486 509 638 63 715 73 947 964 77 **153084** 106 553 57 [5000] 66 710 884 905 67 **154228** 983 **155133** 62 71 88 281 352 523 605 712 58 882 **156072** 90 174 216 387 [500] 474 668 768 825 **157019** 20 176 261 [500] 307 429 [300] 511 614 89 813 **158251** 89 507 664 79 881 917 57 **159013** 496 521 65 725 822 94 984

160158 419 676 749 825 51 81 954 67 69 **161089** 200 30 414 16 595 [3000] 708 24 67 857 **162496** 982 848 987 46 **163061** 176 424 [3000] 509 610 729 837 **164037** 53 171 [1500] 261 [300] 71 [500] 308 408 30 92 589 723 43 900 29 **165067** 153 291 422 97 793 **166065** 258 578 683 719 842 924 50 **167084** 184 [1500] 223 98 387 425 79 560 755 909 26 70 **168272** 597 [500] 607 833 99 **169101** 38 68 227 42 50 490 92 695 706 958

170142 276 541 77 679 763 [3000] 85 900 **171360** 402 522 **172059** 175 303 [3000] 535 83 [300] **173026** 150 [1500] 72 475 667 74 731 821 **174255** 532 36 44 [500] 612 902 **175000** 110 420 64 76 567 694 824 53 **176050** 80 168 68 497 531 59 769 81 904 90 **177067** 193 428 691 783 86 839 901 37 71 [500] **178511** 12 449 **179045** 145 63 83 [3000] 532 655 892 972 595 641

180321 57 785 92 909 **181011** 68 156 80 81 909 15 [500] 395 415 53 87 627 781 803 901 25 [500] 29 60 **182102** 454 963 **183321** 401 601 **184076** 149 417 513 44 744 91 **185130** 481 649 970 71 **186162** 98 [300] 169 402 9 45 521 31 625 800 74 **187106** 268 318 48 [300] 418 40 [1500] 643 701 75 886 [500] **188020** 64 238 352 775 953 **189088** [1500] 119 318 84 479 [5000] 596 678 734 47

190065 261 371 404 61 781 61 819 [300] 998 **191016** 156 61 247 85 90 300 24 47 [3000] 694 815 93 982 54 [3000] 96 **192002** 88 189 348 402 15 [3000] 89 518 649 52 53 749 820 89 **193249** 672 81 89 799 [1500] 811 59 69 [3000] 982 **194101** 24 44 72 418 40 559 760 [3000] 97 925 **195288** 309 [1500] 67 704 58 92 98 827 61 [3000] 70 954 **196025** 130 391 437 [500] 621 88 759 829 66 **197197** 203 57 300 465 80 518 [1500] 670 83 720 34 871 916 51 **198142** 45 [300] 286 306 31 95 522 674 714 95 831 73 77 95 987 **199056** 133 287 335 67 [300] 452 527 614 83 95 754 [1500] 821

200016 32 85 127 208 20 487 [500] 616 740 873 **201042** 106 43 47 68 335 744 73 92 809 974 **202298** 643 709 846 68 [500] **203212** 24 44 [500] 55 308 93 718 67 90 858 **204010** 56 107 86 314 42 49 64 454 606 744 95 **205135** [1500] 347 82 [500] 523 37 650 812 **206099** 297 332 93 544 720 970 99 **207015** 24 [3000] 328 335 704 82 927 [500] **208254** 56 495 817 95 98 **209059** 270 79 315 [500] 90 461 [300]

210065 [300] 84 118 23 81 717 852 917 39 70 **211005** 12 153 484 558 613 782 963 **212005** 185 836 45 80 596 649 51 789 82 863 89 **213108** 69 88 408 529 655 724 879 [300] 914 **214072** 144 [1500] 287 374 91 452 612 34 715 874 **215013** 77 85 384 575 706 862 81 87 926 75 88 **216111** 86 398 453 719 867 88 [500] **217075** 237 414 70 83 [500] 609 895 24 **218116** 57 86 271 [3000] 580 911 41 **219098** 107 71 90 377 [500] 81 618 60 727 809

220010 191 272 412 21 34 [500] 516 66 821 44 925 29 59 **221072** 94 [3000] 824 [1500] 450 919 **222121** 232 41 88 [1500] 376 522 617 73 812 989 **223024** [500] 127 88 313 51 [1500] 515 805 **224054** 256 315 433 513 79 [3000] 91 682 755 [1500] **225006** 55 129 46 [500] 56 210 454 608

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 500000 Mk., 2 zu 200000 Mk., 1 zu 150000 Mk., 2 zu 100000 Mk., 1 zu 75000 Mk., 2 zu 50000 Mk., 2 zu 40000 Mk., 7 zu 20000 Mk., 22 zu 15000 Mk., 39 zu 10000 Mk., 78 zu 5000 Mk., 1179 zu 3000 Mk., 1247 zu 1500 Mk., 1393 zu 500 Mk.

4. Ziehung d. 4. Klasse 197. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 26. Oktober 1897, nachmittags.
Nur die Gewinne über **210** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

55 90 278 301 54 500 68 78 617 85 772 839 73 943 **1050** [3000] 56 71 222 [500] 60 [300] 99 406 567 619 [300] 45 [10000] 722 **2023** 77 [3000] 646 75 78 751 **3100** 27 75 246 422 543 68 [3000] 615 58 936 **4107** [1500] 205 309 53 [1500] 71 91 98 683 98 701 **5079** [300] 119 371 78 432 668 80 717 958 [1500] **6003** 402 66 95 670 77 79 90 813 929 **7071** 193 247 68 404 59 652 766 869 89 **8282** 309 401 [300] 28 54 554 720 31 848 **9112** 70 [3000] 75 214 38 861 72 931 68

10028 57 63 124 331 428 [300] 53 532 63 [300] 618 84 **11064** [3000] 229 324 424 38 39 42 631 709 59 68 84 872 85 985 [40000] **12757** 833 87 969 88 **13005** 404 11 84 851 **14086** 162 85 520 [300] 708 [300] 881 88 **15126** [300] 238 40 528 64 669 844 46 **16094** 270 362 72 645 **17008** 229 87 886 **18218** 479 549 809 **19014** 110 61 202 3 8 308 436 537 648 746 52 58 805 20 97

20195 98 420 508 645 738 [1500] 940 **21023** 61 185 339 542 74 647 [1500] 65 93 705 10 863 **22008** 61 120 306 33 35 387 465 632 739 811 [300] 978 **23012** 68 133 277 340 [500] 655 72 89 **24065** 79 189 210 49 672 812 26 **25184** 226 405 [500] 19 93 516 643 52 72 81 724 800 80 **26022** 31 109 293 503 75 874 918 39 95 99 **27083** 123 24 208 27 68 [1500] 319 494 534 77 645 729 57 858 56 935 **28046** 87 173 237 418 689 700 869 70 **29083** 112 315 483 583 [500] 93 686 722 84 954 83

30020 88 213 35 37 65 386 91 685 [5000] 683 996 [1500] **31144** 83 240 74 85 329 81 592 714 **32169** 475 [3000] 650 788 850 **33082** 153 [500] 291 317 68 584 662 **34024** 57 71 400 48 825 38 50 56 91 **35061** 148 96 929 132 89 487 683 907 **36055** 153 208 [500] 76 379 660 818 927 **37001** 257 61 476 502 683 **38009** 220 324 427 744 911 53 80 [500] **39178** 409 67 508 631 858 63 69 [1500] 942 72

40012 75 83 156 [1500] 243 [3000] 494 558 665 804 40 **41162** 87 [300] 484 628 65 97 716 81 **42072** 317 35 80 740 924 **43049** 60 137 208 98 248 64 716 84 812 907 [3000] 41 **44135** 208 309 908 50 **45046** 296 367 464 75 527 608 714 74 96 921 [300] 54 59 78 **46190** 400 81 [300] 93 909 [3000] **47140** 204 10 41 77 312 44 497 551 [3000] 926 **48249** 782 806 66 914 72 **49107** 475 [300] 619 72 82 915 44

50026 378 414 514 46 92 694 716 29 49 864 67 **51011** [1500] 313 47 62 456 68 582 [5000] 61 83 657 98 730 915 **52188** 301 94 440 763 805 80 882 72 **53014** 238 371 483 667 975 **54440** 600 711 **55062** 139 309 474 516 649 58 720 819 59 67 **56113** 14 294 64 519 31 606 708 **57021** 69 295 44 52 928 41 643 702 914 78 [1500] **58180** 74 52 214 44 725 32 806 **59116** 22 68 207 45 819 31 456 605 994

60178 231 82 397 522 [500] 28 46 62 675 772 **61050** 112 80 60 383 427 500 673 74 782 **62119** 105 77 [3000] 412 602 769 [3000] 84 859 72 **63072** [10000] 467 658 761 823 **64024** 230 97 [3000] 461 649 69 702 948 [500] 56 **65083** 249 486 84 567 [1500] 878 983 42 [500] **66001** 229 61 318 416 678 616 [300] 18 24 69 784 [3000] 94 906 **67486** 619 904 **68185** 467 561 676 703 9 850 92 922 [300] 24 **69023** 81 [1500] 250 [1500] 92 769

70171 269 510 [300] 619 89 816 948 **71208** 22 330 68 57 404 18 61 [500] 85 527 97 691 707 68 814 967 **72163** 215 [500] 351 [300] 93 462 [300] 81 91 797 **73127** 250 814 839 665 817 **74103** 10 71 265 428 644 61 80 779 935 54 [500] **75187** [3000] 205 76 334 [500] 470 813 784 [3000] 894 **76018** 99 140 48 288 397 473 74 745 900 **77076** 234 318 97 416 [500] 91 **78191** 83 229 5 6 691 718 62 79 871 **79067** 134 291 311 [500] 462 64 82 535 717 962

80101 231 61 226 515 18 [3000] 94 958 **81038** 44 420 587 603 41 741 90 882 903 79 **82018** [300] 69 230 386 78 548 **83061** 118 70 [300] 98 299 485 598 99 609 37 80 [300] 706 24 841 [500] 73 924 71 66 **84252** 324 419 [500] 598 799 96 880 942 **85019** 188 204 15 465 503 28 632 857 [300] **86082** 91 439 550 697 77 86 814 34 951 **87086** 214 516 881 92 **88069** 225 485 653 [500] 811 978 **89018** 193 211 443 [1500] 88 597 [3000] 656 842 44 [300] 935 [5000] 82

90020 130 307 22 441 65 [3000] 508 53 614 834 69 924 **91063** 97 174 222 42 67 215 482 552 54 638 54 748 58 **92077** 133 72 77 213 327 639 741 887 90 942 **93140** 55 411 516 70 611 741 48 876 952 **94008** 151 230 341 422 [300] 76 760 66 **95099** 272 646 87 91 718 867 [500] 901 71 **96383** 410 521 678 764 887 915 **97119** 47 883 **98054** 56 61 283 352 679 927 **99036** 34 60 [300] 224 455 74 [1500] 88 556 754 800 54

100303 686 714 62 895 32 55 918 **101078** 125 [3000] 648 72 715 898 77 **102005** 57 264 402 [1500] 20 22 505 31 605 12 28 791 [300] 895 **103015** [3000] 80 93 98 410 72 74 581 628 719 834 905 74 **104088** [1500] 113 284 349 62 478 637 92 739 **105026** 106 49 273 374 482 642 774 [75000] 86 92 849 951 **106048** 261 330 510 749 68 581 945 60 **107008** 10 155 60 241 372 487 626 813 **108257** 97 306 602 53 82 89 [3000] 99 619 32 **109390** 423 32 534 607 89 [3000] 761 826 76

110011 159 295 626 965 **111123** 41 57 58 308 [300] 18 80 492 619 828 961 **112156** 246 327 30 429 46 700 14 983 **113089** 148 62 88 339 511 44 608 722 27 824 **114492** 501 957 **115143** 65 77 224 462 81 565 864 [3000] 76 **116218** 39 430 60 556 **117008** 284 96 352 74 408 18 73 510 24 83 630 62 701 929 **118071** [300] 111 269 365 92 418 506 615 891 **119040** 152 236 [1500] 85 588 [1500] 877 940 79

120171 [300] 20 237 581 856 67 934 62 **121023** 25 85 146 226 463 69 914 81 78 **122003** 17 187 535 648 708 968 **123210** 603 25 81 777 889 43 954 **124002** 48 71 100 35 99 297 348 82 841 800 935 45 **125043** 48 88 150 272 306 41 498 507 [1500] 877 921 94 **126354** [3000] 64 547 772 859 71 [3000] **127118** 419 82 [300] 607 72 772 824 964 **128001** 219 309 415 623 49 66 91 95 949 55 [3000] **129176** 542 793 850 903

130094 [3000] 125 237 542 **131136** 99 210 302 654 94 780 [1500] 967 **132019** 379 595 620 [3000] 730 99 807 27 **133026** 30 60 62 238 814 [300] 416 69 584 683 900 **134096** 129 82 381 431 [3000] 689 856 [1500] **135047** 95 204 310 74 487 935 **136083** 356 512 608 36 **137002** 106 230 65 348 602 52 62 [500] **138067** 121 291 309 452 531 866 75 88 963 **139203** 386 450 593 42 63 615 54 92 704 957

140082 214 407 [300] 58 794 **141336** 784 94 864 **142058** 119 207 420 521 680 96 938 **143041** 45 156 337 69 91 [500] 99 805 [300] 49 958 **144063** 65 371 428 615 55 [300] 62 861 74 **145115** 32 87 327 401 47 579 641 815 961 85 92 **146058** 137 69 390 597 656 76 77 810 30 962 76 87 **147098** 296 492 579 716 **148392** 500 11 **149000** 53 [500] 233 345 942 [3000]

150236 [150000] 64 68 378 438 573 719 95 917 24 43 **151023** 55 [1500] 192 211 339 43 [1500] 539 614 15 719 76 986 **152069** 169 92 356 82 451 77 526 67 716 18 845 **153275** 98 680 768 971 89 **154230** 531 47 634 835 [10000] 98 985 **155035** 31 86 188 263 389 407 630 781 **156083** 134 849 473 533 42 24 730 60 836 **157015** 48 [3000] 76 186 68 920 336 416 54 530 779 803 16 [500] 59 937 58 **158002** 321 606 61 760 67 **159089** 78 305 437 604 643 99

160142 [1500] 705 [300] 7 25 **161222** 535 69 628 911 34 47 **162127** [300] 84 318 448 95 687 971 88 **163084** 85 197 244 417 [500] 644 [3000] 734 40 99 859 **164147** 223 76 370 522 718 879 968 **165104** 87 285 634 41 71 803 62 956 **166159** 361 98 442 599 980 **167198** 326 50 76 452 683 925 36 66 **168038** 255 95 371 [300] 405 522 99 658 711 818 81 88 974 **169037** 255 57 303 13 72 58 420 550 648 707 828 54

170181 231 597 619 805 63 75 **171102** 297 401 43 560 82 782 67 **172075** 172 287 588 943 **173017** 111 [500] 30 53 [500] 325 404 507 78 754 856 86 966 **174031** 67 111 [1500] 79 375 [1500] 476 777 881 977 **175179** 274 589 75 756 881 78 99 900 14 59 **176053** 247 56 389 417 709 841 65 930 48 98 **177015** 41 59 125 285 78 534 80 652 736 887 902 **178039** 90 [1500] 166 92 218 313 83 470 788 873 926 **179050** 148 293 519 620 822 67

180106 312 20 80 641 889 984 **181022** 290 97 427 581 974 97 **182177** 265 479 678 711 19 54 [1500] 73 895 [300] 941 **183518** 784 808 994 **184016** 58 70 155 83 229 66 83 345 400 [1500] 580 638 870 [300] 88 912 63 66 82 90 **185099** 121 [3000] 530 601 89 967 **186069** 195 200 [300] 27 37 86 98 989 [3000] **187011** [3000] 221 25 505 9 759 861 972 **188077** [300] 105 250 425 508 34 608 23 713 878 **189018** 96 131 888 938

190004 12 128 79 [300] 90 226 330 84 445 531 663 741 918 99 **191085** 421 48 82 **192013** 40 229 27 923 [3000] 499 554 679 **193106** 398 474 785 37 878 **194078** 112 [1500] 285 318 83 410 657 60 719 [5000] 42 47 54 92 849 74 907 59 **195081** [500] 188 [300] 210 16 404 556 57 [1500] 729 934 **196377** [300] 89 96 526 628 63 748 71 92 806 **197050** 381 442 846 **198289** 442 93 42 566 641 751 **199108** 32 83 308 644 67 713 41 887

200022 140 287 343 558 749 **201301** 54 791 828 978 89 **202377** 158 91 377 88 588 710 24 [3000] 32 890 957 **203021** 378 688 239 78 **204057** 163 242 382 446 58 644 **205085** [300] 205 362 422 654 91 713 62 **206043** 76 122 305 [1500] 45 [500] 63 [500] 457 504 [3000] 662 754 882 904 7 **207106** 64 277 374 511 14 76 616 958 **208007** 219 364 582 881 **209075** 113 93 99 324 412 512 69 85 642 819 [1500]

210259 416 891 **211239** 342 49 414 533 84 [300] 648 64 823 911 53 40 93 **212229** 77 915 **213128** 215 48 96 391 445 622 779 91 **214123** 27 83 305 414 712 802 900 [500] **215252** 402 75 556 708 **216054** 60 71 240 25 367 95 492 23 594 696 727 882 **217086** [3000] **218226** 80 312 38 [1500] 472 604 98 821 953 63 **218479** 569 645 781 [1500] 94 855 931 **219064** 140 74 296 [300] 81 678

220057 107 23 294 90 304 49 98 794 951 88 **221060** 88 278 [500] 342 474 [3000] 588 656 80 769 842 **222028** 140 259 [3000] 462 76 567 670 802 903 95 **223006** 122 99 320 429 23 74 600 754 81 884 43 992 [1500] 96 **224064** 835 [3000] 413 76 581 620 88 775 838 [3000] 74 909 **225035** 114 346 50 60 413

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 500000 Mk., 2 zu 200000 Mk., 2 zu 100000 Mk., 2 zu 50000 Mk., 1 zu 40000 Mk., 7 zu 20000 Mk., 22 zu 15000 Mk., 38 zu 10000 Mk., 75 zu 5000 Mk., 1181 zu 3000 Mk., 1219 zu 1500 Mk., 1354 zu 500 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.